Heft 115 / 2023

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Demokratiestärkung in Ostdeutschland

weitere Themen:

- **Jüdischer Widerstand: im Unterricht kaum ein Thema**
- **Erweitertes Angebot im Kölner NS-DOK**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

wir haben uns entschlossen, in dieser Ausgabe der Zeitschrift ein vom geschäftsführenden Vorstand beschlossenes Konzeptpapier zum Thema „Demokratiestärkung in ostdeutschen Bundesländern" in voller Länge abzudrucken. Es wurde nach einem vereinsinternen Workshop erstellt, zu dem sich Vertreterinnen und Vertreter der AG Ost der Regionalen Arbeitsgruppen, Mitglieder der Geschäftsstelle und des geschäftsführenden Vorstandes sowie Expertinnen und Experten aus dem Verein im März 2023 in Berlin getroffen hatten. Die Veröffentlichung in der Zeitschrift geschieht nun in einer Zeit, in der wir angesichts neuer Umfrageergebnisse und einzelner Wahlerfolge der AfD auf kommunaler Ebene eine Debatte erleben, die an Schärfe noch einmal zugenommen hat.

Demokratische Strukturen und Kräfte stehen in vielen ostdeutschen Regionen mehr unter Druck als in den meisten westdeutschen, das ist seit längerem unübersehbar. Es gibt dringenden Handlungsbedarf, sowohl für Verantwortliche in der Politik als auch für Menschen, die sich auf der zivilgesellschaftlichen Ebene engagieren. Mir scheint es jedoch, als seien wir in Deutschland momentan vor allem in Schuldzuweisungen und Empörungsreaktionen besonders gut, aber weniger darin zu schauen, was wir selbst in unseren jeweiligen Positionen tun können.

Was können wir zur Stärkung der Demokratie in ostdeutschen Bundesländern beitragen, und was müssen wir dafür an unserem eigenen Verhalten verändern? Diesen Fragen müssen wir uns auch bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. stellen. Antworten kann es nur nach einer echten Analyse der Problemlagen, also auch anhand wissenschaftlicher Studienergebnisse geben, und nicht nur auf Grundlage eigener Erfahrungswerte. Doch gilt es, sich neue Studien und deren Forschungsdesign genau anzusehen, bevor man auf schnell ausgelösten Empörungswellen „mitsurft".

Die Einstellungen in der Bevölkerung sind breit gefächert, viele Menschen vertreten differenzierte Meinungen und lassen sich nicht so schnell in von Forschungsinstituten oder Medien gebastelte Schubladen stecken. Wer zum Beispiel Menschen, die sich unzufrieden über das Funktionieren unseres politischen Systems äußern, pauschal als Demokratiefeinde bezeichnet, dreht selbst an der Spirale der Polarisierung. Um die Demokratie zu erhalten, müssen wir im Gegenteil daran arbeiten, das Vertrauen in die Institutionen und Abläufe wieder zu stärken. Das ist Aufgabe der Regierung, aber auch zivilgesellschaftlicher Akteure. Unter anderem hat sich die AG Ost von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. auf den Weg gemacht, um von Akteuren vor Ort zu lernen und dort gute Ansätze zu finden.

In diesem Heft stellen wir einige Beispiele dafür vor. Es geht etwa darum, engagierte Menschen vor Ort gezielt zu unterstützen und die politische Teilhabe derjenigen zu fördern, die bislang nicht ausreichend angesprochen werden, sich potenziell aber gern einbringen wollen. Wir stellen außerdem exemplarisch die schon jetzt intensive Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Bezug auf die Migrationsgesellschaft in den ostdeutschen Bundesländern vor.

Gerade in belasteten, unübersichtlichen Zeiten ist es wichtig, aus reinen Problemsichten, vor allem auch aus Schuldzuweisungen herauszufinden und lösungsorientiert nach Ansätzen zu suchen, die funktionieren. Es gibt sie, und wir brauchen dringend mehr davon.

Bleiben Sie an unserer Seite!

Herzlich,

Ihr Andreas Voßkuhle

Zum Vormerken: Die Mitgliederversammlung findet am 25. November 2023 in Freiburg im Breisgau statt.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, *info@gegen-vergessen.de*, *www.gegen-vergessen.de*
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelbild: Straßenmusikfest „Musik für alle" 2021, Foto: Kai Winter

Redaktion: Liane Czeremin, Beke Detlefsen, Dr. Dennis Riffel, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Demokratiestärkung in ostdeutschen Bundesländern 4
Bisherige Aktivitäten der AG Ost 9
Geballte Kompetenz? – Gibt's auch im Osten! 10
Antirassismusbeauftragter des Chemnitzer Fußballclubs – ein systemischer Selbstversuch 11
Freiberg für alle 14
Ostdeutsche Migrationsgesellschaft vertreten und leben 16
Interview: „Die Person hinter dieser Tür macht den Unterschied!" 18
Interview: „Wir haben alle dazugelernt" 21

ANALYSE UND MEINUNG

Kaum Teil des Unterrichtskonzepts: 80 Jahre Aufstand im Warschauer Ghetto 22

AUS UNSERER ARBEIT

Workshopangebot #BeInterNett – Demokratische Kommunikation im Netz 24
RAG Brandenburg: Gegen das Vergessen – „March of the Living" 2023 26
RAG Nordhausen: Digitale Überlieferung 28
RAG Böblingen: Die erste „Adolf-Hitler-Schule" in Württemberg 30
RAG Rhein Ruhr West: Ensemble! – Insieme! – Juntos! – Miteinander! 32
RAG Westküste: Veranstaltungsreihe „NS-Menschheitsverbrechen und Dithmarschen" 34

NAMEN UND NACHRICHTEN

Interview: Nicht klagen, selber was machen! 35
Ein Haus für Erinnern und Demokratie 37

SO HELFEN SIE!

Geschenkspende. Schenken mit Sinn. 39

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht: 40
Fremd.
Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang.
„Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt."

BUCHEMPFEHLUNGEN

Über das Leben mit dem Stigma 29
Der Widerstand, der aus der Ostalb kam 45
Vom Mut weiterzukämpfen 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

DEMOKRATIESTÄRKUNG in ostdeutschen Bundesländern

Ein Konzeptpapier des geschäftsführenden Vorstandes von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Aktuelle Studien geben Auskunft über Einstellungen zu Demokratie und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Natürlich können auch repräsentative Befragungen mit wissenschaftlichem Forschungsdesign nur Annährungen an eine komplexe Wirklichkeit sein. Um einen breiteren Überblick zu geben, kommen solche Studien auch nicht umhin, mit Typologisierungen und Kategorienbildungen zu arbeiten. Zahlen sind also mit Vorsicht zu behandeln. Gleichzeitig liefert das vorliegende Datenmaterial eine wichtige Grundlage, um zielgerichtete Angebote der politischen Bildungsarbeit zu entwickeln.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. nimmt die aktuellen Studien und viele Gespräche mit Engagierten und Verantwortungsträgern zum Anlass, stärker zu akzentuieren, wo der Verein Schwerpunkte setzt, um demokratiestärkend in den ostdeutschen Bundesländern wirken zu können. Dabei ist es für den Verein wichtig, Ansatzpunkte zu finden, die explizit auf Bedürfnisse von Menschen in den ostdeutschen Bundesländern eingehen, und die Einstellungen Ostdeutscher nicht pauschal als problembehaftete Abweichung von einer „westdeutschen Norm" einzuordnen.

Bei dem Versuch, unterschiedliche gesellschaftliche Milieus analytisch in Gruppen zu kategorisieren, orientiert sich der Verein terminologisch an Studien der Organisation „More in Common", die für Deutschland sechs gesellschaftliche Typen ausgemacht hat (siehe Abbildung):

- **Die Offenen**: Menschen, denen Selbstentfaltung, Weltoffenheit und kritisches Denken wichtig ist
- **Die Involvierten**: Menschen mit Bürgersinn, die gesellschaftliches Miteinander schätzen und bereit sind, gesellschaftliche Errungenschaften zu verteidigen
- **Die Etablierten**: Menschen, denen Verlässlichkeit und gesellschaftlicher Frieden wichtig ist und die am zufriedensten mit dem Status Quo sind
- **Die Pragmatischen**: Menschen, denen Erfolg und privates Fortkommen wichtig ist, die sich weniger für Politik interessieren und ihren Mitmenschen nicht blind vertrauen
- **Die Enttäuschten**: Menschen, denen das Gefühl von Gemeinschaft verloren gegangen ist und die sich Wertschätzung und Gerechtigkeit wünschen
- **Die Wütenden**: Menschen, die Kontrolle und nationale Ordnung schätzen, wütend aufs System sind und Menschen generell eher misstrauen

„More in Common" macht in ihren Studien deutlich, dass keiner der gesellschaftlichen Typen auch nur in die Nähe einer Mehrheit der Bevölkerung kommt. Die Ableitung daraus prägt auch die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: *„Gesellschaftlicher Zusammenhalt [kann] nur gelingen, wenn Menschen mit unterschiedlichen Wertefundamenten und Perspektiven miteinander auskommen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede anerkennen, Raum für produktive Diskussionen finden – und wenn sie an der Aushandlung der Zukunft ihres Landes beteiligt werden."*

I. ANSATZPUNKTE

1. Nur eine kleine Gruppe von Menschen in der Bundesrepublik Deutschland hat ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Laut der Leipziger Autoritarismus-Studie liegen die Werte für die ostdeutschen Bundesländer bei 2,1 Prozent der Bevölkerung (zum Vergleich: westdeutsche Bundesländer 2,9 Prozent).

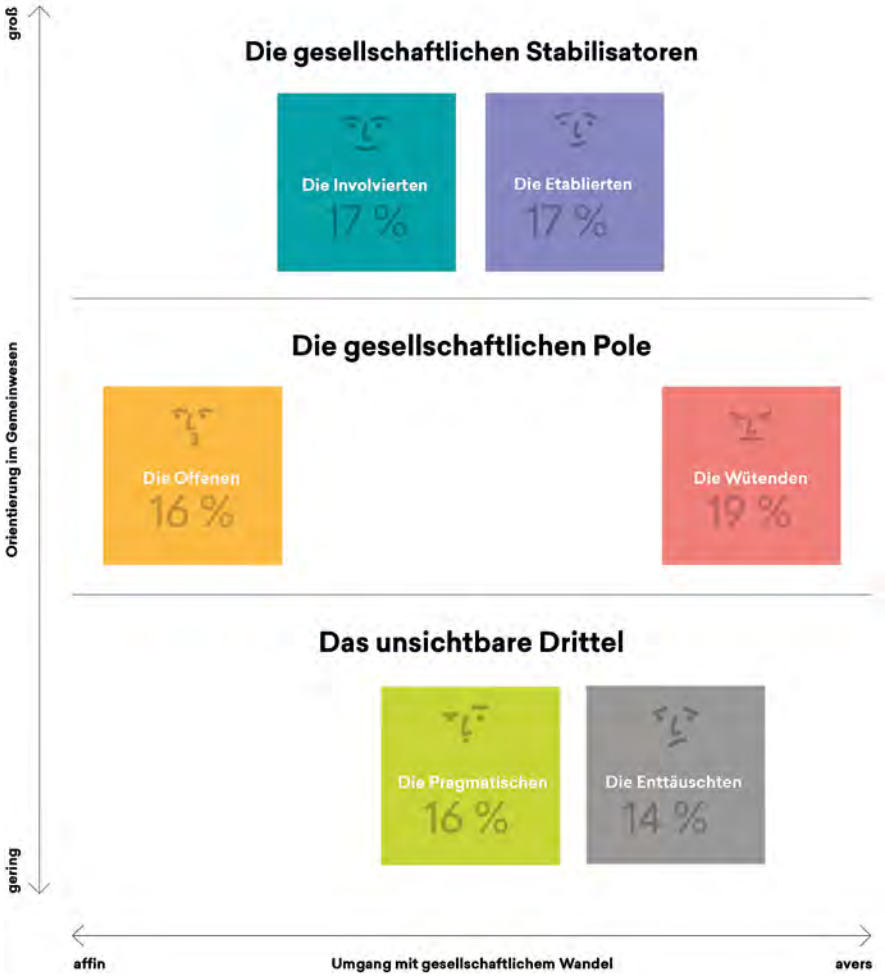
   Allerdings schwanken die Werte für die ostdeutschen Bundesländer im Langzeitverlauf stark: 2012 wurden in der Leipziger Autoritarismus-Studie 15,8 Prozent der Bevölkerung als rechtsextrem eingeordnet, 2020 waren es 9,5 Prozent. Die Forscher machen eine abnehmende Bedeutung der „Neo-NS-Ideologie" für die Rückgänge verantwortlich. Der Thüringen-Monitor beziffert den Anteil der rechtsextrem Eingestellten in Thüringen 2021 auf 11 Prozent. Auf Grundlage des vorliegenden Zahlenmaterials kann angenommen werden, dass sich in den ostdeutschen Bundesländern der Anteil Rechtsextremer mit geschlossenem Weltbild in einem Bereich von rund 2 Prozent der Bevölkerung bewegt, bis hin zu einem Graufeld von circa 10 Prozent.

   » Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. fordert, dass staatliche Akteure die vorhandenen Repressionsmittel nutzen und gegebenenfalls erweitern, um gegen Menschen vorzugehen, die aktiv gegen die Werte des Grundgesetzes eintreten. Zudem ist es wichtig, spezifische Interventionsangebote (z. B. Ausstiegsberatung, Deradikalisierungsarbeit) auszubauen, um auf diesen Personenkreis einzuwirken.

   Als Organisation, die vornehmlich auf politische Bildung setzt, sieht Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. für sich selbst keine Möglichkeit, auf Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild Einfluss zu nehmen.

2. Im Umkehrschluss hat ein Anteil von über 90 Prozent der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Daher ist der Großteil der Bevölkerung als Zielgruppe für Maßnahmen der politischen Bildung in den Blick zu nehmen. Im Sinne eines zielgerichteten Zusammenarbeitens ist es notwendig, differenzierte Angebote zu entwickeln, die unterschiedliche Personenkreise ansprechen.

Quelle: more in common



Eine Studie von more in common hat gezeigt, dass es verschiedene gesellschaftliche Typen gibt. Vor allem die „Pragmatischen" und die „Enttäuschten" werden bei Formaten politischer Beteiligung und Bildung oft vergessen.

» Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. fordert politisch Verantwortliche wie auch Träger der politischen Bildungsarbeit auf, mit Mitteln der politischen Bildung in der Gesamtbevölkerung für demokratische Einstellungen und Handlungen zu werben. Das Postulat „Bildung für alle" ist ernst zu nehmen. Die Angebote dürfen nicht nur an Personengruppen adressiert sein, deren Einstellungen denen der eigenen Organisation gleichen.

» Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. setzt sich insbesondere dafür ein, dass auch mit unterschiedlichen Wertemilieus zusammengearbeitet wird.

3. Als besonders dringliches Aufgabenfeld wird identifiziert, dass eine relevante Anzahl von Menschen in den ostdeutschen Bundesländern – ca. ein Fünftel bis ein Drittel der Bevölkerung – eine Distanz zu zentralen Elementen und Werten der Demokratie zeigen. So stimmen 20,3 Prozent nicht der Demokratie als Verfassungsnorm zu (West: 9,6 Prozent). 33,1 Prozent sind „ausländerfeindlich" (West: 12,6 Prozent).

   Die aktuelle Studie des Ostbeauftragten wählt für 35 Prozent der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern den Begriff „verdrossene Populisten". Diese Kategorie entspricht in etwa der von More in Common gewählten Typen der „Enttäuschten" und „Wütenden". In dieser Gruppe von rund einem Drittel der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern sind auch Rechtsextreme enthalten, die – wie zuvor gezeigt – 2 Prozent mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild bis hin zu einem „Graufeld" von ca. 10 Prozent ausmachen. Die „Enttäuschten" und „Wütenden" sind jedoch in der Mehrzahl keine Rechtsextremen. Hier mit zielgerichteten Angeboten anzusetzen, ist besonders wichtig, weil die Gefahr besteht, dass sich die Distanz zu zentralen Elementen und Werten der Demokratie verfestigt und sich diese Menschen dauerhaft von der parlamentarischen Demokratie abwenden. Umso wichtiger ist die Bereitschaft von politisch Verantwortlichen wie auch Trägern der politischen Bildungsarbeit, mehr über diese Gruppe zu wissen und sich in deren Gedankenwelt hineinzuversetzen; ohne für alle Einstellungen Verständnis haben zu müssen (ausführlich dazu Punkt 6.) Die in Teilen rechtsextreme Partei AfD sucht die Kommunikation mit diesen Menschen und unterbreitet ihnen ein Wahlangebot. Dagegen fehlt bislang die Bereitschaft demokratischer Akteure, mit „Enttäuschten" und „Wütenden" in eine echte Auseinandersetzung zu gehen.

» Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. spricht sich dafür aus, den Personenkreis der „Enttäuschten" und „Wütenden" besonders in den Blick zu nehmen. Der Verein fordert insbesondere bestehende Bundes- und Landesprogramme mit den Schwerpunkten Demokratiestärkung und Extremismusprävention auf, neue Fördermöglichkeiten sowie inhaltliche Konzepte und Angebote für „demokratieskeptische und demokratieablehnende Akteur*innen" zu entwickeln.

4. Daneben benennt die Studie des Ostbeauftragten drei weitere gesellschaftliche Typen: die „angepassten Skeptiker" (Ost: 26 Prozent, West: 32 Prozent), „kleinbürgerlich Konservative" (Ost und West: 24 Prozent) sowie „Offene und Liberale". Letztere Gruppe ist in den ostdeutschen Bundesländern nur im Umfang von 15 Prozent vertreten (West: 26 Prozent).

   Eine Strategie, die allein auf die Ansprache des eigenen, kosmopolitischen Lagers („Offene und Liberale") setzt, ist schon unter diesen Voraussetzungen kaum geeignet, Wirkung in der Gesamtgesellschaft zu entfalten. Daher reicht es auch nicht, bestehende Bundes- und Landesprogramme unter dem Stichwort „Unterstützung einer engagierten Zivilgesellschaft" allein auf diesen Personenkreis der „Offenen" auszurichten. »

» Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. setzt auf eine Doppelstrategie in Bezug auf die Gruppe der „Offenen". Zum einen gilt es, jene zu unterstützen und zu ermutigen, die sich vor Ort unter teils schwierigen Verhältnissen für die Stärkung der Demokratie einsetzen. Zum anderen gilt es, in Zusammenarbeit mit der Gruppe der „Offenen" Ideen dafür zu entwickeln, wie mit Menschen jenseits ihrer Einstellungen Kommunikationsstränge (wieder-) aufgebaut, Gemeinsamkeiten akzentuiert und neue Sichtweisen gefunden werden können.

5. Medial wird das Augenmerk oft auf eine Polarisierung zwischen „Offenen" und „Wütenden" gelegt. Dabei gerät das breite „Dazwischen" aus dem Blickfeld. Hier ist das größte Potenzial politischer Bildungsarbeit angesiedelt, indem die Unterstützungsbereitschaft für die Demokratie bei den „Involvierten" und „Etablierten" gefestigt und gestärkt wird und bei den „Pragmatischen" Missbehagen und Unzufriedenheit abgebaut werden. Politische und gesellschaftliche Mehrheiten können nur entstehen, wenn mit Menschen aus der gesellschaftlichen Mitte – jenseits der Gruppe der „Offenen" zusammengewirkt wird.

» Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. fordert politisch Verantwortliche wie auch Träger der politischen Bildungsarbeit auf, eine positiv ausgerichtete Strategie für die Zusammenarbeit mit Menschen aus der „gesellschaftlichen Mitte" zu entwickeln. Die bestehenden Bundes- und Landesprogramme zur Demokratiestärkung und Extremismusprävention müssen um neue Fördermöglichkeiten, inhaltliche Konzepte und Angebote ergänzt werden. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. entwickelt selbst Programme für die „gesellschaftliche Mitte". Kernelement der Angebote ist die Unterstützung von Menschen, die das Potenzial haben, in ihren Organisationen, Arbeits- und Freizeitzusammenhängen mit breiteren Bevölkerungskreisen in den Austausch zu kommen.

6. Vielfach verfolgen Programme und Projekte der historisch-politischen Bildung einen zielorientierten Ansatz, der auf eine zeitnahe Veränderung einer Situation ausgelegt ist. Dabei bleibt oftmals zu wenig Zeit, im aktiven Zuhören die Genese einer Situation zu erfassen und die persönlichen Erfahrungen der Zielgruppe und deren Bedürfnisse vor Ort kennenzulernen und zu verstehen. Mitunter werden für die Programme der historisch-politischen Bildung Normen festgesetzt und Ziele formuliert, die sich nicht an den eigentlichen Bedürfnissen der Zielgruppen orientieren. Etwas verstehen zu wollen, setzt die Bereitschaft für einen offenen Dialog voraus. Derzeit bestehen jedoch bei divergierenden Einstellungen starke Tendenzen, ein Gespräch abzulehnen oder mit Forderungen nach harter Kante zu reagieren.

» Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. tritt Personengruppen, deren Einstellungen nicht denen der eigenen Organisation gleichen, mit einer grundsätzlich verstehen-wollenden Haltung gegenüber. Dazu gehört auch, Ansatzpunkte zu finden, die explizit auf Bedürfnisse von Menschen in den ostdeutschen Bundesländern eingehen. In der Praxis bedeutet das für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., prozesshaft Verständigung zu ermöglichen und Kompromisse zu finden. Der Weg dorthin führt über den Dialog, der konstruktiv geführt wird. Dazu zählt auch, Andersdenkenden und ihrer Haltung grundsätzlich wertschätzend und respektvoll zu begegnen; Dialogbereitschaft wird angeboten und zugleich dürfen bestimmten Äußerungen Grenzen gesetzt werden.

II. AKZENTSETZUNGEN AUF DEN ARBEITSEBENEN DES VEREINS

Die vorgenannten Forderungen werden auf den unterschiedlichen Arbeitsebenen des Vereins operationalisiert. Dies soll in Form von klaren Akzentuierungen geschehen, die auch umsetzbar sind. Die Auswahl geschieht nach den folgenden Kriterien:

- **Kompetenz**: Hat Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in diesem Punkt spezifische Kompetenzen, die andere nicht haben? Sind andere Akteure vielleicht kompetenter, um bestimmte Aufgaben in Angriff zu nehmen?
- **Glaubwürdigkeit**: Passt die jeweilige Idee zur überparteilichen Ausrichtung wie zum allgemeinen Auftreten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.? Wie können die Vereinsbesonderheiten produktiv eingesetzt werden?
- **Ressourcen**: Vorstandsmitglieder wie auch Sprecherinnen und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen engagieren sich ehrenamtlich. Die anvisierten Aufgaben müssen zeitlich leistbar sein wie auch im Zusammenhang mit der eigenen Motivation zum Ehrenamt stehen. Alle in der Geschäftsstelle in der Projektarbeit eingesetzten Mitarbeitenden sind über Förderprogramme finanziert. Für geplante Schwerpunktsetzungen müssen deshalb erst entsprechende Projektanträge entwickelt und auch genehmigt werden. Die Rahmenbedingungen für die Fördermittelvergabe liegen nicht beim Verein.
- **Alleinstellungsmerkmale**: Kann mit einer Initiative ein Aspekt vorangebracht werden, der von anderen Akteuren bislang noch nicht aufgegriffen wird?

1. VORSTAND UND BEIRAT: ÜBERZEUGUNGSARBEIT

1.1. Demokratiestärkung im Öffentlichen Dienst

Im Öffentlichen Dienst arbeitet eine große Anzahl von Menschen aus den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Der Vorstand setzt sich dafür ein, dass sich staatliche Großorganisationen stärker dem Thema Demokratiestärkung und Extremismusprävention zuwenden; zum einen, um Lösungen für die Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem Öffentlichen Dienst zu finden; zum anderen, dass die Beschäftigten stärker ihre eigene Haltung zur Demokratie reflektieren.

Der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist aufgrund seiner früheren und aktuellen beruflichen Tätigkeit besonders geeignet, dieses Thema voranzubringen und Impulse in der fachwissenschaftlichen Diskussion zu setzen.

1.2. Weiterentwicklung Bundes- und Landesprogramme

Die Bundes- und Landesprogramme zur Demokratiestärkung und Extremismusprävention sollten fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Dabei gilt es nicht nur darauf zu setzen, dass es „mehr" vom Bekannten gibt. Vielmehr erfordert

Foto: GVFD e. V.

In einem Workshop im März 2023 wurden Handlungsfelder identifiziert, auf denen die drei Arbeitsebenen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. mit Bezug auf Ostdeutschland nachlegen können.

die vorangegangene Analyse zusätzlich neue Akzente. Der Vorstand setzt sich dafür ein, dass neue Fördermöglichkeiten, inhaltliche Konzepte und Angebote für die „gesellschaftliche Mitte" sowie für „demokratieskeptische und demokratieablehnende Akteure" entwickelt werden.

Der Vorstand ist politisch breit aufgestellt und vernetzt. Er kann dieses Anliegen deshalb gut gegenüber Entscheidungsträgern und Fördermittelgebern vertreten.

1.3. Öffentliche Stellungnahmen zu Themen und Fragen der ostdeutschen Bundesländer

Drei der stellvertretenden Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. stammen aus den ostdeutschen Bundesländern. Sie gehören unterschiedlichen demokratischen Parteien an.
Ihre Stellungnahme zum Begriff „Coronadiktatur" in der FAZ wurde breit rezipiert, weil ihre politische Zusammensetzung eine interessante Perspektive in die Medienlandschaft hineintrug.

Dieses Potenzial öffentlicher Stellungnahmen sollte weiter genutzt werden. Mögliche Themenbereiche hierfür könnten zum Beispiel die Folgen des Strukturwandels, die Problematik der Rekrutierung (ehrenamtlichen) politischen Personals, die Rolle der Medien oder vorhandene Wissensdefizite und Desinteresse in westdeutschen Bundesländern hinsichtlich der Belange und der Geschichte der ostdeutschen Bundesländer sein.

2. GESCHÄFTSSTELLE: INFORMATION UND BERATUNG

2.1. Weiterbildung von Menschen, die in ihren Organisationen als Demokratiepatinnen und Demokratiepaten wirken können

Eine Reihe von Projekten folgt dem Ansatz, dass eine Organisation wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. nicht direkt in bestimmte Bereiche des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens hineinwirken kann. Dies hat mit der eigenen politischen wie sprachlichen Verortung, aber auch mit mangelnden Einflussmöglichkeiten und Ressourcen zu tun. Deshalb setzen die Projekte darauf, Menschen in ihrem sozialen und beruflichen Umfeld weiter zu qualifizieren und zu unterstützen und somit ihr „Standing" vor Ort zu stärken. Gut vorbereitet können sie ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten in ihrem Bereich vor Ort nutzen, um mit Menschen in ihrem Umfeld Fragen rund um das Thema Demokratie zu besprechen. Für diesen Personenkreis wird oft der Begriff „Demokratiepatinnen und Demokratiepaten" gewählt. Diese können weit besser in den Austausch vor Ort treten, als es „Leute von außen" können.

Die Projekte in diesem Bereich sollen fortgeführt und erweitert werden.

2.2. Entwicklung von neuen Projekten, für die Förderanträge gestellt werden

Als wichtige Zielgruppe werden Menschen der „gesellschaftlichen Mitte" wie auch „demokratieskeptische und demokratieablehnende Akteure" akzentuiert. Entsprechende Fachexpertise ist in der Geschäftsstelle vorhanden und unter anderem durch drei Publikationen dokumentiert.

Beschrieben werden die Notwendigkeit und die Potenziale einer breiteren Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen. Als nächste Schritte stehen die Entwicklung und Erprobung von Angeboten an, die konkret vor Ort umgesetzt werden können.

Die Geschäftsstelle erarbeitet neue Projektanträge. Denn erst wenn finanzielle Ressourcen vorhanden sind, kann diese Weiterentwicklung der Arbeit mit entsprechender Schlagzahl und Kraft starten.

3. REGIONALE ARBEITSGRUPPEN: LOKAL UND EHRENAMTLICH

3.1. Aufgreifen von Fragen zur Geschichte und Gegenwart in ostdeutschen Bundesländern in der ehrenamtlichen Arbeit

Ehrenamtliches Engagement lebt davon, dass Einzelne sich vor allem in dem Themenfeld einbringen, das ihnen besonders am Herzen liegt. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. bietet dafür vielfältige Möglichkeiten, die als gemeinsamen Kern das Ziel haben, die Demokratie in Deutschland zu stärken.

Der Verein regt die ehrenamtlich engagierten Mitglieder in Ost- und Westdeutschland an, sich mit Fragen zur Geschichte und Gegenwart in den ostdeutschen Bundesländern zu beschäftigen und entsprechende Angebote in den Regionalen Arbeitsgruppen zu machen. Die bundesweite Förderung von Wissen und Verständnis für ostdeutsche Erfahrungen und Lebensverhältnisse kann positiv zum Klima öffentlicher Debatten beitragen.

3.2. Regionale Arbeitsgruppen weisen auf die Möglichkeiten der Bundes- und Landesprogramme hin

Vor dem Hintergrund beschränkter Ressourcen im Rahmen der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort können Regionale Arbeitsgruppen in ihrem Umfeld auf die fachlichen und personellen Möglichkeiten von Förderprogrammen hinweisen. Einen praktischen Überblick über aktuelle Bundes- und Landesprogramme sowie deren Aufgaben und Wirkungsfelder, der an andere Interessierte weitergegeben werden kann, erstellt die Geschäftsstelle. So können beispielsweise für die Vernetzung regionaler Akteure im Hinblick auf gegenseitiges Empowerment und Wissenstransfer Fachkräfte aus den regionalen Partnerschaften für Demokratie (Bundesprogramm „Demokratie leben!") heran- »

» gezogen werden, zu deren Aufgaben die lokale Vernetzung gehört.

3.3. Weiterentwicklung und Ausprobieren neuer Formate, etwa Erzählcafés und Ost-West-Begegnungen.

Die ehrenamtliche Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. lebt im besonderen Maße auch von der steten Weiterentwicklung und Neuerprobung bestehender Formate. Dieser Laborcharakter vor Ort ist ein wichtiges Pfund. Deshalb werden die ehrenamtlich engagierten Mitglieder ausdrücklich ermuntert und ermutigt, diesen Weg in Bezug auf die Demokratiestärkung in ostdeutschen Bundesländern zu beschreiten. Dazu zählen unter anderem die Formate des Erzählcafés und der Ost-West-Begegnungen. Beide Formate können vor Ort unterschiedlich umgesetzt werden. Vereinzelt haben Regionale Arbeitsgruppen damit bereits Erfahrungen gemacht oder planen diese Formate (Pilotprojekte). Idealerweise wird darüber beispielsweise in der Mitgliederzeitschrift berichtet oder die Vertreterinnen und Vertreter der Regionalen Arbeitsgruppen gehen auf Treffen darüber in den Austausch.

3.4. Besuch und Unterstützung von Initiativen

Eine Gruppe von Sprecherinnen und Sprechern Regionaler Arbeitsgruppen (AG Ost) engagiert sich dafür, stärker in einen Erfahrungsaustausch mit lokalen Akteuren und Initiativen zu treten, die sich in ostdeutschen Bundesländern für eine Stärkung der Demokratie engagieren. Dazu wurden und werden Vor-Ort-Besuche und Gespräche durchgeführt. Aus diesen Erstkontakten sollen einige Modellregionen herausgearbeitet werden, in denen die Beziehungen vertieft werden. Das Ziel ist, Menschen vor Ort zu unterstützen und exemplarisch zu zeigen, wie und in welchem Rahmen ehrenamtlich Engagierte von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. eine solche Unterstützung geben können. ■

Der geschäftsführende Vorstand

Wissenschaftliche Studien zum Thema

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (Hrsg.): **Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?** Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Gießen 2022, [online]

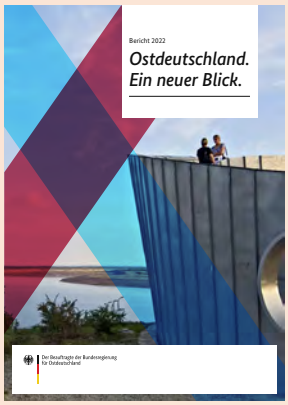
https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf [04.06.2023].

Reiser, Marion, u. a. (Hrsg.): **Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021** Jena 2022, S. 79, [online]

https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thu__ringen_Monitor_2021_bf.pdf [04.06.2023].

More in Common (Hrsg.): **Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft** Berlin 2019, S. 10, [online]

https://www.dieandereteilung.de/media/nthptlnv/moreincommon_dieandereteilung_studie_v1-0-2.pdf [04.06.2023].



Deutschland-Monitor. Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland, in: Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Bericht 2022, hrsg. v. Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland. Berlin 2022.

Bisherige Aktivitäten der AG Ost

Als Reaktion auf den Ausgang der Bundestagswahl im Herbst 2021 mit hohen Stimmengewinnen für die AfD hat die Konferenz der Regionalsprecher*innen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. die AG Ost ins Leben gerufen. Eine Gruppe der AG organisiert seitdem Treffen mit Engagierten aus der Zivilgesellschaft in mehreren Regionen, um von den Erfahrungen der Akteure gegen den Rechtsextremismus zu lernen und sie bei Bedarf mit anderen Gruppen zu vernetzen. Hier eine kurze Übersicht über die bisherigen Stationen:

Zeitz, 13. Mai 2022

Im Mittelpunkt des Treffens in Zeitz stand der Verein „Miteinander e. V." Das Aktionsbündnis betreibt mobile Beratung, kümmert sich um Betroffene, die von Neonazis verfolgt werden. In Sachsen-Anhalt gelingt es der AfD, wie es heißt, einen „Meinungskorridor in die Mitte der Gesellschaft zu treiben". In Klein- und mittelgroßen Städten gibt es „einen massiven Zuzug von Hart-Nazis aus dem Westen". Das rechtsextreme Lager sichert sich durch Ankauf von Immobilien und Unterwanderung von Vereinen mittel- und langfristigen Einfluss. Im Fokus steht dabei der Burgenlandkreis im Süden von Sachsen-Anhalt.

Halle, 14. Mai 2022

Zu den gut vernetzten Organisationen der Stadt gehört „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage". Der Verbund von 40 Initiativen und Gruppen ist breit aufgestellt, ist breit aufgestellt, arbeitet an Schulen und klärt über Auftritte des Kabarettisten Uwe Steimle auf, der in Satire verpacktes rechtsextremes Gedankengut verbreitet. Der aus dem Senegal stammende SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Karamba Diaby berichtete über Schmähungen, Beleidigungen und Attacken, denen er seit Jahren ausgesetzt ist. Auf sein Büro wurde am 4. Mai 2023 erneut ein Brandanschlag verübt.

Chemnitz, 20. und 21. Oktober 2022

Der Fußballclub Chemnitzer FC kann eine Erfolgsgeschichte mit Modellcharakter vorzeigen. Innerhalb von drei Jahren gelang es dem CFC, sein durch Neonazis und Hooligans ramponiertes Ansehen zu verbessern, die extreme Rechte zurückzudrängen und eine Atmosphäre von Toleranz, Fairplay und Achtung demokratischer Werte durchzusetzen. Rechtsextremisten bekommen keinen Zutritt mehr zum Stadion des CFC. (Seite 10)

Am 21. Oktober 2022 ging es im Otto-Brenner-Haus um Chancen und Handlungsfelder, die sich Chemnitz durch die Ernennung zur europäischen Kulturhauptstadt 2025 bieten. Eine Studie der TU Chemnitz empfiehlt, neben der Kulturförderung die Stadt zu einem Vorbild des städtischen Umgangs mit dem Rechtsextremismus zu entwickeln. In der Debatte machte der aus der Klimakrise entlehnte Begriff „Kipp-Punkt" oder „Kipp-Element" die Runde, der nahelegt, dass es auch in der demokratisch verfassten Gesellschaft Prozesse gibt, die an einem bestimmten Punkt unumkehrbar sind und damit letztendlich zum Systemwechsel führen.

Freiberg, 22. Oktober 2022

Das Aktionsbündnis „Freiberg für alle" kann sich zu einem Modell für andere Regionen im Umgang mit dem Rechtsextremismus entwickeln. Mit kreativen Ideen und Aktionen gelingt es, die schweigende Mehrheit der Stadt zu mobilisieren. Das Bündnis arbeitet eng mit Initiativen wie „Tolerantes Sachsen" und „Kulturbüro Sachsen" zusammen. Aktionen wie „Laufen verbindet" und „Komm, lauf mit!" fanden bundesweit Beachtung. „Freiberg für alle" schafft ein positives Gemeinschaftsgefühl und geht damit offensiv gegen Rechtsextremisten vor, statt ihnen das Feld zu überlassen. (Seite 14)

Erfurt, 12. und 13. Mai 2023

Das Treffen bestätigte auf eine bedrückende Weise, dass in Thüringen Demokratie und Freiheit massiv unter Druck stehen. Aktivisten*innen sind rechtsextremer Gewalt, Morddrohungen und Schmähungen ausgesetzt. Strukturen der rechten Szene haben sich in Thüringen fast flächendeckend ausgebreitet – etwa durch Pacht oder Ankauf von Immobilien, durch Kampfsporteinrichtungen, Hasskonzerte und Vertriebssysteme für NS-verherrlichendes Material. Bei der nächsten Landtagswahl 2024 steht die wehrhafte Demokratie hier vor einer weiteren Probe.

Hermann Vinke

Erste Ergebnisse

Die Erfahrungen der AG Ost auf diesen Reisestationen sind in das vorstehende Konzeptpapier des geschäftsführenden Vorstands eingeflossen und sollen auch helfen, die Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu diesen Themenbereichen sprechfähiger zu machen. Ein erstes Ergebnis auf dieser Ebene ist eine geplante Kooperation zwischen der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhausen (Thüringen) mit der Regionalen Arbeitsgruppe Mittleres Ruhrgebiet (Nordrhein-Westfalen). Über diese Kooperation soll auch versucht werden, in Westdeutschland das Verständnis über besondere Debattenzusammenhänge und Sichtweisen in den östlichen Bundesländern zu stärken. ■

Ulrike Geisler

Geballte Kompetenz? – Gibt's auch im Osten!

Ein Bericht der Regionalen Arbeitsgruppe Sachsen

„Ach, du kommst aus Sachsen …?!" Da war er wieder, dieser Blick in den Augen des Gegenübers, eine Mischung aus Mitleid, Schreck und Misstrauen. Viele Aktive aus den östlichen Bundesländern werden diese Reaktion kennen. Gerade und besonders im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention begegnet mir diese Haltung immer wieder. Gerne ergänzt um ein paar gut gemeinte Ratschläge aus der Ferne, wie wir mit „unserem Problem" am besten umgehen sollten. Dabei sind die Herausforderungen im Osten der Republik nicht besser oder schlechter als anderswo, sie bündeln sich nur auf eine besondere Art und Weise.

Foto: GVFD e. V.

Beim Fachaustausch im Oktober 2022 diskutierten in Chemnitz ausgewählte Expertinnen und Experten über den Umgang mit Rechtsextremismus. Als Sprecherin der RAG Sachsen war auch Ulrike Geisler (2.v.l.) mit dabei.

Doch bringt jeder Umgang mit Herausforderungen auch besondere Kompetenzen hervor, die es zu würdigen und zu stärken gilt: Deutlich wurde dies beispielsweise im Oktober 2022 bei dem Fachaustausch „Für Demokratie – Zivilgesellschaftliches Engagement in Chemnitz" in den Räumen des Chemnitzer FC (CFC). Organisiert von der AG Ost, wurden ausgewählte Expertinnen und Experten im Umgang mit Rechtsextremismus zum Austausch eingeladen, wobei auch wir vom Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (B3) als Sprecherinnen und Sprecher der RAG Sachsen teilnahmen.

Sowohl der gewählte Ort als auch die Erinnerung an die Chemnitzer Ausschreitungen im Jahr 2018 machten sehr deutlich, dass es nach wie vor viel zu tun gibt. Wir diskutierten dabei verschiedene Facetten des Themenfelds: Wie geht die Zivilgesellschaft vor Ort damit um? Welche demokratischen Bündnisse und lokalen Entwicklungen gibt es? Was sind die besonderen Bedingungen, vor allem auch Gefahren und Bedrohungen, denen die Aktiven ausgesetzt sind?

Einen ersten Überblick über den aktuellen Stand in der Auseinandersetzung mit menschen- und demokratiefeindlichen Phänomenen im CFC bot Martin Ziegenhagen, der Antirassismusbeauftragte des Vereins (siehe Seite 11). Er berichtete gemeinsam mit dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Norman Löster davon, wie sich der Fußballverein nach massiven personellen Veränderungen auf Leitungsebene in einem partizipativen Prozess auf gemeinsame demokratische Werte verständigt und ein Leitbild entwickelt hat. Eindrücklich berichtete auch Felix Müller, Vorstand des Vereins CFC Fans gegen Rassismus e. V., von seiner engagierten Antidiskriminierungsarbeit in der Fankurve, aber auch von Bedrohungen, denen er durch sein Engagement ausgesetzt ist.

Die geballte Kompetenz, die dort – nicht nur aus dem Bereich des Vereinssports, sondern aus der gesamten Zivilgesellschaft – versammelt war, ermöglichte einen tiefen, konstruktiven und lebhaften Austausch, aus welchem wiederum neue Projekte und Kooperationen hervorgehen konnten. Für dieses Jahr stellte Frauke Wetzel (ASA-FF e. V.) beispielsweise das Projekt #Heimspiel (heimspiel-chemnitz.de) vor, bei dem an verschiedenen Orten in Chemnitz Fußballspiele und Kleinturniere durchgeführt und von einem Kulturprogramm begleitet werden. Dabei wird in Musik, Workshops und Gesprächen die gesamte Bandbreite des Sports – Zusammenhalt und Bewegung, aber eben auch Herausforderungen, Rituale und Gewalt – in den Blick genommen. Als RAG Sachsen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unterstützen wir in diesem Zusammenhang die Ausstellung „Zwischen Erfolg und Verfolgung – Jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach", die vom 10. August bis zum 9. September 2023 mitten in der Chemnitzer Innenstadt zu sehen sein wird. Diese Wanderausstellung würdigt anhand lebensgroßer Skulpturen die jüdischen Athletinnen und Athleten der deutschen Sportgeschichte und thematisiert deren Ausgrenzung und Schicksal während der NS-Zeit. Durch die Sichtbarkeit der Skulpturen im öffentlichen Raum werden zudem auch Personengruppen angesprochen, die bisher noch nicht mit diesem Aspekt der deutschen Geschichte in Berührung gekommen sind. Es sind aber auch gezielte Führungen, etwa für Schulklassen, in Planung. Der Fachaustausch im Chemnitzer Stadion war sehr konstruktiv, unter anderem durch das offene Interesse der Mitglieder der AG Ost, und hat mich bestärkt und mit vielen Impulsen ausgerüstet in die tägliche Beratungs- und Bildungsarbeit zurückgehen lassen.

Eine weitere Auseinandersetzung mit historischer Perspektivsetzung fand zudem im Rahmen der RAG Sachsen am 21. Januar dieses Jahres in der „Villa" in Leipzig statt. Gemeinsam mit dem Autor Christoph Wilker und der Geschichtswerkstatt Lila Winkel veranstalteten wir dort die Vorstellung des Buches „Die unbekannten Judenhelfer – Wie Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus jüdischen Mitmenschen beistanden" (Volk Verlag, 2022) und diskutierten gemeinsam anhand der eindrücklichen Biografien über die Bedeutung von Zivilcourage sowie die verschiedenen Gesichter und Formen von Widerstand. Als Impulsgeber erinnerte zum einen Achim Beier vom Archiv für Bürgerbewegung Leipzig an die erste Deportation von Juden aus Leipzig, die sich an diesem Tag zum 81. Mal jährte. Nachdrücklich und erschütternd zeichnete er ihren Weg nach. Zum anderen beleuchtete Jane Wegewitz, Referentin der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, verschiedene Aspekte jüdischen Widerstands am Beispiel ehemaliger Leipziger Familien.

Der biografische Ansatz, das Beleuchten von (Lebens-) Entscheidungen und zugrundeliegenden Werten ist ein fruchtbarer Ansatz, um jenseits polemischer Eskalationsdynamiken miteinander ins Gespräch und in den Austausch zu kommen. Das wurde an diesem Abend erneut deutlich. In unserer Arbeit wird dies, gerade unter dem Eindruck des Konglomerats verwobener Einzelkrisen, immer wieder sichtbar: Es braucht beides – sowohl die Abgrenzung gegen menschenfeindliche, extremistische Einstellungen als auch das Verbindende und Gemeinsame für die Gesellschaft. Und hier kommt in den östlichen Bundesländern allgemein – und in deren ländlichen Regionen im Besonderen – eine Ansammlung verschiedener Faktoren hinzu, die es meines Erachtens zu berücksichtigen gilt. Neben (infra-) strukturellen Gründen etwa auf kommunaler Ebene sind dies auch politisch-kulturelle Praktiken, die (noch) nicht erworben wurden. Diesem Post-Diktaturproblem werden wir jedoch nicht durch Gelehrsamkeit aus der Ferne begegnen können, sondern nur, indem wir bestärken, was vor Ort funktioniert, und die Expertisen wertschätzen, die in den vergangenen Jahrzehnten im Umgang mit diesen Phänomenen gesammelt wurden.

Mit dieser Haltung machen wir gute Erfahrungen und sind dankbar für jeden Mitstreiter und jede Mitstreiterin, die wir dafür gewinnen können. Kommen Sie gerne mit unserer Regionalen Arbeitsgruppe ins Gespräch, bringen Sie Ihre Erfahrungen und Fragen mit und lassen Sie uns in den Austausch auf Augenhöhe gehen. ■

Ulrike Geisler leitet beim Institut B3 das Modellprojekt „Gute Gewalt – schlechte Gewalt?" und ist Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Sachsen. Die Historikerin promoviert an der Universität Leipzig zu religiösen Pluralisierungsprozessen in Sachsen.

Martin Ziegenhagen

Antirassismusbeauftragter des Chemnitzer Fußballclubs – ein systemischer Selbstversuch

In der Nähe des Chemnitzer Stadtfestes wurden im August 2018 ein junger Mann durch Messerstiche tödlich und zwei weitere schwer verletzt. Als Täter wurden junge geflüchtete Männer identifiziert. In der weiteren Folge kam es zu spontanen Kundgebungen. Menschen, die trauerten, und Menschen, die diese Gewalttat für eigene politische Interessen nutzen wollten, marschierten gemeinsam. Ihren Höhepunkt fanden die Kundgebungen in einem gemeinsamen Demonstrationszug, der von asylkritischen, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik dominiert wurde, organisiert vorrangig durch die Bürgerbewegung „Pro Chemnitz". Sie nutzte die allgemeinen Proteste gegen die Asylpolitik des Landes und fühlte sich legitimiert, Gewalttaten auszuüben, sich offen rassistisch zu äußern und sogenannte „Bürgerstreifen" zu organisieren. Menschen mit Migrationsgeschichte, Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten, Polizistinnen und Polizisten, Pressevertreterinnen und Pressevertreter sowie unbeteiligte Passantinnen und Passanten wurden Opfer rassistischer und hasserfüllter Gewalt. Es wurden Anschläge auf Restaurants verübt, deren Besitzer eine Migrationsgeschichte hatten, und auch auf ein jüdisches Restaurant. Es gab eine „Bürgerstreife", die sich „Revolution Chemnitz" nannte, es wurden volksverhetzende Parolen skandiert und der Hitlergruß gezeigt. Im Rahmen von Kundgebungen und Demonstrationen wurde statt zur Distanzierung von Gewalt zur aktiven Verteidigung aufgerufen.

Diese gewalttätigen Ausschreitungen sind vielen Menschen in ganz Deutschland nachhaltig im Gedächtnis geblieben und können als Ausgangspunkt für meine ehrenamtliche Tätigkeit beim Chemnitzer FC gelten. Denn im Zuge der Ereignisse wurde sichtbar, was vorher bereits bekannt war: Teile der Fanszene des Chemnitzer FC sind eng mit der rechtsextremistischen Gruppe „Pro Chemnitz" und der Partei „Die Rechte" vernetzt. Mitglieder der Partei „Die Rechte" aus Dortmund sind in der Chemnitzer Fanszene aktiv. Druckerzeugnisse unter dem Titel „Chemnitz vereint" wiesen darauf hin, dass die Chemnitzer Fanszene, Hooligans und Rechtsextreme ein starkes Netzwerk bilden, das bis heute existiert. Ein weiterer Ausdruck dieser Vernetzung war 2019 eine während eines Heimspiels im Stadion inszenierte Trauerfeier zu Ehren des stadt-, bundes- und europaweit bekannten Fans Thomas Haller, der die Gruppierung HooNaRa (Hooligans-NazisRassisten) gegründet hat. »

» Der Verein, damals noch Drittligist, wurde daraufhin vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes hart bestraft und unter Bewährung gestellt. Als Teil der Strafe erhielt der CFC die Auflage, einen Antirassismusbeauftragten einzusetzen. Die genaue Definition der Aufgaben eines Antirassismusbeauftragten überließ man dem Verein. Da ich einige Jahre zuvor das Netzwerk „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Fußball" der ostdeutschen Fußballverbände koordiniert und dessen regelmäßige Treffen moderiert hatte, wurde ich angesprochen, ob ich mir vorstellen könne, dieses Amt zu übernehmen.

‚Wie stelle ich das bloß an?', fragte ich mich insgeheim, nachdem ich zugesagt hatte. Das eine ist, so ein Geschehen von außen zu betrachten und klug daherzureden, was alles getan und an welchen Stellschrauben gedreht werden müsse. Das andere ist, es tatsächlich tun zu müssen, in einem Fußballverein, der seinen Ruf ordentlich ramponiert, wenn nicht gar komplett ruiniert hat: als er in jenen Jahren einer Schar Rechtsextremisten allzu leichtfertig seine Stadiontribüne überließ und ihr zu wenig entgegensetzte, als sie sich in der Öffentlichkeit erdreistete, das Erscheinungsbild des Vereins in tiefbraunes Licht zu rücken.

Dabei trug der Verein nicht etwa selbst rechtsextremistisches Gedankengut in sich oder sympathisierte damit – davon konnte damals und kann heute erst recht keine Rede sein. Aber der Verein ist seiner Rolle als wichtiger gesellschaftlicher Akteur und als bedeutsame Sozialisationsinstanz für junge Menschen in der Region nicht gerecht geworden. Dass der Chemnitzer FC seine demokratische Haltung in den Tagen der Ausschreitungen nicht klar und unmissverständlich zum Ausdruck brachte, muss als ein schwerwiegendes Versäumnis angesehen werden.

Es wäre leicht gewesen zu sagen: „Die gehören nicht zu uns. Auch wenn sie das behaupten. Mit Menschen- und Demokratiefeinden haben wir nichts zu tun! Wir werden sie immer bekämpfen und ihnen in unserer Mitte keinen Platz geben!" So, wie es der Verein heute tut. „15.000 Plätze und keiner für Nazis!", prangt heute in großen Lettern über dem Stadion und ist auf der Website zu lesen. Heute sagt und weiß der Verein, dass es eine Stärke ist, sich offensiv mit der Tatsache einer gewissen Anzahl von Rechtsextremisten in der Fankurve auseinanderzusetzen. Heute weiß der Verein, wo der Hebel anzusetzen ist. Es gilt diejenigen wiederzugewinnen, die sich damals und in den Folgejahren vom CFC abgewendet haben, weil sie eine deutliche Abgrenzung und eine klare Haltung vermissten. Die irritiert davon waren, dass der Verein sich für Dinge, die in seinem Stadion geschahen, nicht als zuständig erklärte. Heute arbeitet der CFC daran, diese Menschen wieder ins Stadion zu holen: die demokratische Mehrheit, die sich am Fußballsport erfreuen möchte und mit vollem Herzen mit dem Heimatverein fiebert. Heute weiß man, es darf und soll Rechtsextremen keinen Spaß mehr machen, ins Stadion zu gehen. Weil die anderen lauter sind und weil ihnen deutlich gezeigt wird, dass ihre Strategie der Raumergreifung und der Einschüchterung nicht mehr verfängt. Weil sie eben nur eine kleine Schar sind, deren kurzfristiger Erfolg daraus resultierte, dass man perplex war angesichts ihrer Unverfrorenheit und rohen Gewalt.

Neben der Fassungslosigkeit angesichts des brutalen Vorgehens beging man außerdem einen Fehler, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Rechtsextremismus zieht. Man nahm die Protagonisten vor Ort nicht ernst, glaubte nicht wirklich, dass da organisierte, gefährliche und absolut überzeugte rechtsextreme Überzeugungstäterinnen und -täter am Werk sind, deren erklärtes Ziel es ist, sich ein ganzes Stadion untertan zu machen, um von dort aus ihr eigentliches Vorhaben zu propagieren: die Abschaffung der demokratischen Gesellschaft zugunsten eines vierten Reiches.

Nach 2018 wurde das Problem mit Neonazis in Chemnitz nicht kleiner, im Gegenteil: Sie erhielten Zuwachs aus dem Westen. Rechtsextreme aus Dortmund zogen gezielt dorthin, weil es ihnen mit den demokratischen Fans von Borussia Dortmund zu anstrengend wurde, die sie erst aus dem Stadion und dann aus der Stadt geschrien und gepfiffen hatten. In Dortmund hatten die Fans verstanden, dass der eherne Grundsatz der Fußballfans „Keine Politik in der Kurve" Menschenrechte und Verfassung nicht außer Kraft setzt. Doch auch dort war es ein langer Prozess, einen Umgang mit Neonazi-Fans zu finden. Aber letztlich verlief er erfolgreich. Der Rechtsextremismus hat bislang immer dann den Rückzug angetreten, wenn ihm entschlossen und klar die Stirn geboten wurde. Dazu braucht es allerdings einen langen Atem und den Schulterschluss aller Beteiligten.

Dies in Chemnitz zu organisieren ist nach wie vor meine Aufgabe. Der Reiz bestand für mich vom ersten Tag an darin, dass ich völlig freie Hand in meinem Vorgehen hatte, mir wurde von Beginn an großes Vertrauen entgegengebracht. Der Verein schlug sich zum Zeitpunkt meines Einstiegs zudem mit einem Insolvenzverfahren und der damit verbundenen Schwierigkeit herum, einen handlungsfähigen Vorstand zu installieren. Ich traf auf einen strukturell strapazierten und in der Neuausrichtung befindlichen Club. In dieser Phase war es mir möglich, mich in Ruhe zu orientieren und den Verein und sein Umfeld kennenzulernen. Denn es war mein Ziel, das Ganze streng systemisch anzugehen: Ich habe die Personen und Gruppen vor Ort prinzipiell als Menschen angesehen, „die unter geeigneten Bedingungen auch anders können – im weitesten Sinn konstruktiver" (Loth, S. 11). Ich wollte geeignete Bedingungen schaffen, um im konstruktiven Dialog gemeinsam mit allen relevanten Akteuren vor Ort Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, den rechten Fangruppierungen im Stadion und im Vereinsumfeld das Wasser abzugraben und die Mehrheit der Demokratinnen und Demokraten in Chemnitz zur Unterstützung zu gewinnen.

Im systemischen Ansatz wird ein Unternehmen, eine Abteilung, eine Gruppe oder ein Fußballverein als soziales System betrachtet, dass von außen nur verstanden werden kann, wenn die Regeln bekannt sind, die das Verhalten der Personen in diesem System leiten. Gibt es irgendwo Probleme oder Veränderungsbedarf, sind diese nur unter Einbeziehung des sozialen Systems und seiner inneren Regeln zu erkennen und zu lösen.

Kurz gesagt, es ging um die Identifizierung von Strukturen, die für eine Problemlösung und eine Veränderung infrage kamen, und darum, die dort Beteiligten anschließend für einen Veränderungsprozess zu gewinnen. Ich erkannte den Verein und seine instabile Struktur als ein tendenziell dysfunktionales System, das tat, was alle Systeme in vergleichbarer Situation tun: Einmal eingespielt, behalten sie das Verhalten, dass zur Dysfunktionalität geführt hat, hartnäckig bei. Das soziale System Chemnitzer FC war

Foto/Copyright: Chemnitzer FC

Martin Ziegenhagen während des Treffens im Oktober 2022 in Chemnitz

angesichts der massiven strukturellen und finanziellen Schwierigkeiten und des unzulänglichen Agierens im Zusammenhang mit der rechtsextremen Fanklientel arg aus der Balance geraten und tat zu diesem Zeitpunkt alles dafür, dass dies auch so blieb.

Ich kam zu dem Ergebnis, dass eine Reihe von Kompetenzen und Ressourcen erworben oder aktiviert werden mussten, um dieses System wieder in die Balance zu bringen. Dies ist nach wie vor nur prozesshaft zu realisieren und stellt in der konkreten Umsetzung eine Mischung aus Beratung, historisch-politischer Bildung, pädagogischen Konzepten und langfristiger Begleitung dar. Dieser Prozess ist fortlaufend im Gang und nimmt nach nunmehr zwei pandemischen Jahren mehr und mehr Form an. Es gibt Partnerschaften mit verschiedenen Schulen, der Verein bietet antirassistische, demokratiefördernde Workshops an. Ein partizipativer Leitbildprozess ist abgeschlossen und ein Leitbild verabschiedet. Ein Prüfkatalog und ein Konzept, wie es gelingen kann, den Worten des Leitbilds konkrete Taten folgen zu lassen, sind in Arbeit. Die Satzung des Vereins und die Stadionordnung sind verändert. Diverse Hausverbote für unerwünschte Personen, die sich Fans nennen, aber deren Haltung und Erscheinung mit den Werten des Vereins unvereinbar sind, wurden ausgesprochen und werden weiter ausgesprochen, sobald es Anlass dazu gibt. Der Verein erlebt sich mehr und mehr als handlungsfähig. Wir haben viel geschafft.

Dazu hat wesentlich beigetragen, dass ich neben dem sozialen System Verein, zu dem auch noch ein Nachwuchsleistungszentrum und ein großer Trainerstab sowie ein Förderverein gehören, von vornherein stark auf das Systemumfeld zugegangen bin. In der Hoffnung, dass das System Verein in Schwingung gerät, wenn von außen ein anderes System daran rüttelt. Das andere System sind die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Chemnitzer Initiativen und Projekte, die mich von Anfang an stark dabei unterstützt haben, die Menschen, die sich vom CFC abgewandt haben, zurückzugewinnen und zusätzlich neue Besucher- und Anhängerschaft zu generieren. Und auch wenn sich Systeme grundsätzlich von ihrer Umwelt, sprich anderen Systemen, abgrenzen, geht das Kalkül auf, dass Systeme in Bewegung geraten, wenn sie aufeinander reagieren. Immer noch zögerlich und sehr langsam geht man aufeinander zu. Aber das Vertrauen wächst und es ist keineswegs hinderlich, dass Chemnitz im Jahr 2025 Kulturhauptstadt Europas sein wird. Dies bietet viele Chancen und erzeugt eine gewisse Mitverantwortung für das Bild der Stadt Chemnitz in der öffentlichen, europäischen Wahrnehmung.

An diesem Prozess bin ich weiterhin beteiligt, achte darauf, dass – weiteres systemisches Prinzip – die Beteiligten vor Ort die Expertinnen und Experten für ihr Thema bleiben, und versuche Perspektivwechsel zu ermöglichen, Anregungen zu geben und das Ganze zu begleiten.

Vieles ist bereits geschafft. Gleichwohl ist der Weg noch weit und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die andere Seite nicht schläft und wir es mit wechselseitig lernenden Systemen zu tun haben. Wir haben den einen oder anderen Punkt gemacht. Das Spiel ist noch lange nicht gewonnen. Jüngst hat sich eine neue rechtsextremistische Gruppierung gegründet, „Kamenica Furor“, möglicherweise eine Nachfolgeorganisation von HooNaRa oder weiteren ehemaligen Gruppierungen, wie NS-Boys oder Kaotic. Unter der Führung zugezogener westdeutscher Aktivistinnen und Aktivisten? Einen ersten Auftrittsversuch mit Banner und Choreografie anlässlich eines Heimspiels konnten wir verhindern. Ein Erfolg. Aber es bleibt weiterhin ein Wettstreit.

Letztlich auch ein Wettstreit um die Vorherrschaft in der Kurve. Es gilt, hier eine „kritische Masse“ herzustellen, also eine ausreichende Anzahl derjenigen Fans zu erreichen und aktiv zu unterstützen, die im wahrsten Sinn des Wortes in der Mitte stehen. In der Mitte der Fankurve. Dort, wo der eherne Grundsatz von Fußballfans „keine Politik in der Kurve“ fehlinterpretiert bzw. als höherwertiger angesehen wird, als sich gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit zu positionieren. Diese spezielle Art der beweglichen Mitte zu erreichen, ist eine zusätzliche und absolut notwendige Aufgabe. Es kann mit den beschriebenen Maßnahmen erreicht werden, dass rechtsextremistische Kräfte im Stadion in die Defensive geraten. Aber nur, wenn diejenigen, die schwanken, der beweglichen Mitte angehören, die möglicherweise selbst mit der Demokratie oder ihrer gefühlten Umsetzung hadern, sich klar bekennen, kann es gelingen, die Kurve nazifrei zu machen. Sie müssen sich dagegen stellen. Dies erfordert Courage. Denn Rechtsextremismus bedeutet, auf den kleinsten Nenner gebracht, immer Rassismus und Gewalt. Und die Gewalt der Chemnitzer Naziszene wird zu Recht gefürchtet.

Trotzdem melden sich immer öfter Fans und melden Fälle von Rassismus oder rechtsextremistischer Übergriffe. Auf die der Verein sofort reagiert. Das ist ein weiterer Erfolg. Aber längst noch kein Anlass, in den Bemühungen nachzulassen. Das hat in Chemnitz auch niemand vor. Nicht in der Stadt und nicht beim Chemnitzer FC. ■

Martin Ziegenhagen ist wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und ehrenamtlicher Antirassismusbeauftragter beim Chemnitzer Fußballclub. Der hier veröffentlichte Beitrag ist der Publikation „Blickpunkt Migrationsgesellschaft: Im Dialog mit der beweglichen Mitte“ entnommen, die kostenlos über die Geschäftsstelle bezogen werden kann unter: *www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/*

Michael Stahl

Freiberg für alle

Ein zivilgesellschaftliches Netzwerk in Sachsen

In Freiberg lebt es sich gut. Die Stadt in Mittelsachsen mit circa 40.000 Einwohnern gehört zum UNESCO-Welterbe Montanregion Erzgebirge / Krušnohoří. Auf kleinem Raum hat sie eine nahezu vollständige städtische Infrastruktur zu bieten: Theater und Kino, Orgelmusik von Weltrang, ein Bad, abwechslungsreiche Gastronomie, einen kleinteiligen Einzelhandel, hervorragende Schulen, ausreichend Kindergartenplätze und mit der TU Bergakademie eine weltweit geachtete kleine, feine Universität. Aus ihr gliedern sich in schöner Regelmäßigkeit hochinnovative Unternehmen aus, die in Teilen als Weltmarktführer agieren. Freiberg ist ein Standort der Chip- und Solarindustrie.

Zugleich stellt die AfD in Freiberg die größte Stadtratsfraktion. Infolge der Proteste gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen haben die „Freien Sachsen", eine rechtsextremistische Kleinpartei, an Bedeutung gewonnen. Die schon länger vorhandene Szene der Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen tritt seit einigen Monaten organisiert in einem Verein in die städtische Öffentlichkeit. In Freiberg prallen Welten aufeinander. Hier liegt eine der Fronten, an welcher der Kulturkampf zwischen der freiheitlichen Demokratie und einer autoritären Gesellschaftsideologie ausgefochten wird.

Um sich zugunsten der freiheitlichen Demokratie und des Pluralismus zivilgesellschaftlich zu organisieren, hat sich im Juni 2019 das Netzwerk „Freiberg für alle" gegründet. Darin sind Vertreter*innen von Parteien, Kirchgemeinden und Vereinen, insbesondere unseres Partnervereins „Freiberg.grenzenlos e. V.", von Kultur- und Bildungseinrichtungen, Sportinitiativen wie der „Mitlaufgelegenheit" sowie Menschen aus Migrationsinitiativen und zahlreiche weitere Privatpersonen vereint im Einsatz für die freiheitliche Demokratie, den Pluralismus und den grundrechtbasierten Rechtsstaat. Sie alle treibt die Sorge um die politische Kultur in unserem Land und die Verletzung von Grundrechten durch rechtsradikale und rechtsextreme Parteien um. Im Gründungstext des Netzwerkes heißt es:

„Wir lieben Freiberg, Sachsen ist unser Zuhause. Deshalb setzen wir uns für ein neues Miteinander in unserer Stadt ein – Freiberg für alle. Wir blicken mit Sorge auf die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft. Wir wollen ...

... wieder ins Gespräch kommen: miteinander reden, statt übereinander.
... friedlich und sachlich streiten für ein lebenswertes Freiberg.
... respektvoll miteinander umgehen und die Menschenwürde achten.
... eine offene Gesellschaft erhalten, in der sich alle frei entfalten dürfen.
... unsere Demokratie bewahren und stärken."

Das Netzwerk betreibt eine Homepage, einen Facebook- und einen Instagram-Auftritt, gibt ein etwa halbjährig erscheinendes Magazin heraus und führt diverse Veranstaltungen durch: Gesprächsforen, Lesungen, Spendenaktionen zugunsten sozialer Zwecke, Konzerte sowie Lauf- und Musikveranstaltungen. Höhepunkte der vergangenen Jahre waren das Straßenmusikfestival „Musik für alle", ein „Welterbelauf" unter Einbeziehung großer Teile der Altstadt und die Aktion „Kunst sei Dank", bei der Kunstwerke von Freiberger Künstler*innen versteigert wurden. Mit dem Ertrag wurde dem medizinischen Personal der Stadt für seinen Einsatz in der Corona-Pandemie gedankt. Als während der Pandemie die

Gesicht zeigen für Demokratie und Pluralismus

Fotos: Jonas Benkert

Foto: Albrecht Holländer

Ansteck-Buttons der Initiative „Freiberg für alle“

von rechtsradikalen und rechtsextremen Gruppen orchestrierten Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnamen auf einen Höhepunkt gelangten, meldete sich das Netzwerk mit einem „Offenen Brief“ zu Wort, in dem die Freiberger*innen aufgefordert wurden, sich von rechtsextremen Gruppen zu distanzieren sowie die Pandemie und deren Folgen ernst zu nehmen und die notwendigen Schutzmaßnahmen einzuhalten.

Der Brief wurde von über 5.000 Personen unterzeichnet, die in der Region leben oder mit ihr verbunden sind. Zentraler Bestandteil der Arbeit des Netzwerkes war und ist jedoch die Aktion „Gesicht zeigen“: Menschen der Stadt und Region lassen sich fotografieren und verbinden ihr Gesicht mit einem Statement für freiheitliche Demokratie, Vielfalt und Menschenwürde. Sie zeigen auf diese Weise: Wir treten ein für das, was uns wichtig ist. Es gibt nicht allein jene in der Stadt, die unser Zusammenleben schlechtreden, weil sie es in seinen Grundstrukturen überwinden wollen, sondern es gibt viele, die gern in einer pluralistischen und freien Gesellschaft leben. Mit dieser Aktion sowie der Darstellung des vielfältigen sozialen Engagements, der wissenschaftlichen und kulturellen Brillanz sowie der erfolgreichen Wirtschaft in unserer Region schafft „Freiberg für alle“ eine Gegenöffentlichkeit zu den oftmals lauten neu- und altrechten Gruppen und Parteien.

Ein weiterer elementarer Bestandteil ist der „Begegnungsmarkt“, eine Gesprächsplattform im öffentlichen Raum: Menschen stellen sich auf den Markt und bieten sich an zum Gespräch, oftmals auch einfach zum Zuhören. Position zu beziehen und zugleich gesprächsoffen zu bleiben überall dort, wo ein wirkliches Gespräch gesucht wird, sind die beiden Säulen unserer Arbeit.

Im November 2020 wurde das Magazin „#gesichtzeigen“ von „Freiberg für alle“ im Rahmen des bundesdeutschen Ideenwettbewerbs „Machen! 2020“ ausgezeichnet. Trotz weiterer Auszeichnungen auf Bundes- und Landesebene dauerte es geraume Zeit, bis die Arbeit des Netzwerkes auch auf der Ebene der Kommunalpolitik Wertschätzung fand. Dennoch bleibt die Arbeit vor Ort mühsam: Zahlreiche lokale Akteure tun sich schwer mit einem aktiven Einsatz für Vielfalt und freiheitliche Demokratie. Zu ausgeprägt ist die Befürchtung politischer oder wirtschaftlicher Nachteile, sofern man sich zu offensiv gegenüber den antidemokratischen Kräften engagiert. Im schon mehrfach gescheiterten Versuch, Wähler*innen zurückzugewinnen, suchen Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte, allen voran die CDU, die Nähe zur AfD und ihren Positionen. Zudem müssen Menschen, die sich im Sinne des Netzwerkes zu Wort melden, mit Beschimpfungen vorwiegend im digitalen Raum rechnen. Diese Umstände ermüden.

Der zivilgesellschaftliche Einsatz für Demokratie, Freiheit und Pluralismus in unserer sächsischen Kleinstadt gleicht der Arbeit des Sisyphos, der einen Stein immer wieder den Berg hinaufrollen muss, nur um ihn jedes Mal vor dem Gipfel wieder den Berg hinunterrollen zu sehen. Es ist nicht leicht, sich immer wieder neu aufzuraffen und den Stein zu bewegen, zumal alle Arbeit im Netzwerk ehrenamtlich geschieht und in der Regel von Spenden und Fördermitteln abhängt, die ihrerseits eingeworben werden müssen.

Demgegenüber agiert eine finanziell und personell gut aufgestellte neu- und altrechte Bewegung, die strategisch vorgeht und im ländlichen Raum Sachsens ihren Einfluss zielorientiert auszubauen versucht. Aus den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen ist dieses Lager nochmals gestärkt hervorgegangen. Mit ihrer Ablehnung von Migration und der Leugnung des Klimawandels schlagen sie ganz aktuell politischen Profit. Die Stärke der AfD und ebenfalls der „Freien Sachsen“ vor der im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahl in Sachsen macht uns Sorge, auch wenn sich die Demokratie in Sachsen bisher als standfest erwiesen und den rechtsradikalen und rechtsextremen Parteien keine politischen Mehrheiten hat zukommen lassen. Insofern bleibt unsere Arbeit notwendig und anders als bei Sisyphos wohl auch nicht ohne Ertrag. Mit unserer kleinen Kraft wollen wir uns auch weiter einsetzen für ein „Freiberg für alle“. ■

Straßenmusikfest „Musik für alle“ 2021

Foto: Kai Winter

Dr. Michael Stahl stammt gebürtig aus dem Erzgebirge. Seit 2019 lebt er seiner Familie in Freiberg und ist Mitbegründer des Netzwerkers „Freiberg für alle“.

Nane Khachatryan und Dennis Riffel

Ostdeutsche Migrationsgesellschaft vertreten und leben

Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland

In Ostdeutschland habe man keine Erfahrung mit Migration, so lautet eine immer noch häufig gehörte Annahme, die aber grundfalsch ist. Ostdeutschland hat eine Migrationsgeschichte, die sich allerdings von der westdeutschen grundsätzlich unterscheidet. DDR-Vertragsarbeiter*innen unter anderem aus Vietnam, Mosambik und Polen beluden Schiffe in Rostock, förderten Kohle in der Lausitz, bauten Waggons in Halle. Menschen kamen für eine Ausbildung oder einen der raren Studienplätze; andere als politische Emigrant*innen. Ab den 1990er Jahren folgten Spätaussiedler*innen, Kontingentflüchtlinge und Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien, später aus Syrien und Afghanistan. Andere, als Kinder binationaler Paare in Ostdeutschland geboren, machten Erfahrungen des Andersseins, obwohl sie selbst keine Migration erlebten.

„Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft wird zu wenig benannt", sagte die Migrationsforscherin Noa K. Ha in einem Interview 2019 – 30 Jahre nach dem Mauerfall – und hat vermutlich auch im Jahr 2023 immer noch recht.

Im selben Interview stellte sie aber auch fest, dass „sich die migrantischen Vereine in den letzten Jahren organisieren. In allen neuen Bundesländern haben sich Dachverbände gebildet, die sich sehr selbstbewusst und sehr engagiert aufstellen und ihr Recht auf Teilhabe einfordern." (*https://heimatkunde.boell.de/de/2019/11/09/die-realitaet-der-ostdeutschen-migrationsgesellschaft-wird-zu-wenig-benannt*)

Foto: DaMOst

Die Mitgliederversammlung von DaMOst fand im Oktober 2022 in den Räumen der Bundesttiftung Aufarbeitung statt.

Seit 2018 besteht nicht nur in jedem der fünf ostdeutschen Bundesländer ein eigener migrantischer Dachverband oder ein Landesnetzwerk, sondern es gibt auch den Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst). DaMOst vernetzt die fünf ostdeutschen Landesnetzwerke der Migrant*innenorganisationen und ihre insgesamt über 300 ethnisch übergreifenden Mitgliedsorganisationen. Der Dachverband bündelt die vorhandenen Potenziale und Expertisen der ostdeutschen Migrant*innen unter einem Dach und vertritt ihre Interessen auf der Landes- und Bundesebene. Er sieht sich als Brücke zwischen ostdeutschen Migrant*innenorganisationen und relevanten Akteur*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien. Für die in ihm organisierten ostdeutschen Migrant*innenverbände bietet er Weiterbildungsmöglichkeiten und Plattformen für Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer an, die der Professionalisierung und Qualifizierung der Verbandsarbeit dienen.

Erste Zusammenarbeit

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. pflegt seit dem Jahr 2021 Kontakte zu DaMOst. Eine erste Zusammenarbeit begann bei der Konzeption der Broschüre „Migrationsgesellschaft und Transformationsgesellschaft in Ostdeutschland" (siehe den gleichnamigen Artikel von Ruth Wunnicke in Heft 113/2022). DaMOst und der Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE) stellten für die Broschüre den Kontakt zu Zeitzeug*innen aus unterschiedlichen migrantischen Communities her und führten auch eigene Interviews, die ohne die beiden migrantischen Verbände für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. so niemals zustande gekommen wären.

Ins Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft"

Besonders durch diese fruchtbare erste Zusammenarbeit mit DaMOst wurde deutlich, dass im Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft", das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" des Familienministeriums seit 2020 arbeitet, DaMOst als Ver-

treter einer spezifisch migrantisch-ostdeutschen Perspektive fehlt. In diesem Netzwerk ist neben dem BVRE, der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, den neuen deutschen organisationen (ndo) und der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) auch Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. vertreten. 2021/22 gelang es ihm, DaMOst als weiteren Partner aufzunehmen und gemeinsam in den beiden Themenfeldern „Selbstverständnis der Migrationsgesellschaft" und „Repräsentation und Teilhabe" aktiv zu werden.

Gemeinsam im Kompetenznetzwerk

DaMOst brachte sofort seine spezifisch ostdeutsche Expertise in das Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft" ein. Dies zeigte sich zum Beispiel bei der gemeinsamen Broschüre „Flucht aus der Ukraine. Herausforderungen und Chancen für die Migrationsgesellschaft", die Ende 2022 erschien. Nane Khachatryan und Yaroslav Emilianov von DaMOst haben für diese Publikation Mitarbeiter*innen von fünf Vereinen aus Ostdeutschland nach ihren Erfahrungen in der Ukrainehilfe befragt. Als Hauptproblem wurde dabei die Erschöpfung der Ehrenamtlichen durch die anhaltende Hilfe genannt. In den Interviews zeigte sich, wie unterschiedlich die einzelnen Vereine und Migrant*innenorganisationen auf ihre Hilfstätigkeit vorbereitet waren.

Mit dem Eintritt von DaMOst ins Kompetenznetzwerk intensivierte sich auch die bilaterale Zusammenarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und DaMOst. Eine gemeinsame Schnittmenge bildete dabei das Interesse an Erinnerungskultur und historisch-politischer Bildung. Schon 2021 nahm ein Mitarbeiter von DaMOst an einer Exkursion nach Wolfsburg auf den Spuren von Migrationsgeschichte teil, die gemeinsam von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und dem Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation in Wolfsburg durchgeführt wurde. DaMOst beteiligte sich ab 2021 auch intensiv an den beiden von Gegen Vergessen – Für Demokratie initiierten netzwerkinternen Arbeitsgemeinschaften „Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft" und „Politische Bildung". Jeweils zu Jahresbeginn tauschen sich DaMOst und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. über geplante Projekte und Maßnahmen beider Träger aus und besprechen mögliche Kooperationen. Bereits zweimal nahm Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. an der Jahreskonferenz von DaMOst teil, um einen Einblick in dessen weitreichendes Netzwerk zu erhalten und Projekte der einzelnen Landesnetzwerke kennenzulernen.

Bloggen über ostdeutsche Migrationsgeschichte und Migrationsgesellschaft

Die Früchte der Zusammenarbeit mit DaMOst zeigen sich besonders auf dem Blog migrations-geschichten.de, der von Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. seit Ende 2020 im Rahmen der Förderung durch das Familienministerium betrieben wird. Einer der Schwerpunkte des Blogs ist die Geschichte von Transformations- und Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland. Autor*innen von DaMOst oder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. berichten z. B. über Erzählcafés mit ostdeutschen Migrant*innen, die im Rahmen des Projekts „Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen" (MigOst) stattfinden, oder über Generationendialoge zwischen Vertreter*innen örtlicher Migrant*innenvereine und (post-) migrantischer Jugendinitiativen, die DaMOst im Rahmen der Förderung im Bundesprogramm „Demokratieleben!" durchführt. Gerade unternimmt DaMOst Exkursionen mit migrantischen Jugendlichen zu Tatorten rassistischer Anschläge der 1990er Jahre, über die ebenfalls auf dem Blog migrations-geschichten.de berichtet wird.

Kollegiale Beratung

Wichtig ist beiden Partnern die gemeinsame kollegiale Beratung bei Veranstaltungen und Projekten, etwa die Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Referent*innen für einen Workshop oder für die Besetzung eines Podiums. Dabei geht es häufig darum, dem anderen Partner das eigene Netzwerk und die eigene Expertise und Erfahrung zur Verfügung zu stellen. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. erhält dadurch neue Perspektiven auf die ostdeutsche Migrationsgesellschaft und wertvolle Zugänge zu ostdeutschen migrantischen Communities, während DaMOst umgekehrt von der Expertise eines bundesweit tätigen, überparteilichen, in der Mehrheitsgesellschaft gut vernetzten Trägers historisch-politischer Bildung profitiert. So konnten Ende März dieses Jahres die unterschiedlichen Expertisen von DaMOst, BVRE und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. bei einem Vernetzungstreffen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingebracht werden. Bei solchen Treffen zeigt sich besonders deutlich, wie gut die Zusammenarbeit im Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft" inzwischen funktioniert und wie wichtig sie gesamtgesellschaftlich ist. ■

Foto: DaMOst

Das Team von DaMOst, das für die Maßnahmen des Dachverbands im Kompetenznetzwerk Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft zuständig ist und mit dem Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V. eng zusammenarbeitet.

Nane Khachatryan hat Politikwissenschaft und Germanistik studiert, arbeitet seit 2021 bei DaMOst und leitet das Projekt „Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft" im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!"
Dr. Dennis Riffel ist Leiter der Fachgruppe Geschichtsvermittlung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Interview

„Die Person hinter dieser Tür macht den Unterschied!“

„Es geht LOS“ ist eine zivilgesellschaftliche, überparteiliche Initiative für losbasierte Bürgerbeteiligung. Das Team initiiert auf verschiedenen Ebenen geloste Bürgerräte. Da solche Beteiligungsverfahren aber Schwächen haben und nicht so inklusiv sind, wie sie auf den ersten Blick scheinen, wurde in zwei Brandenburger Städten das Konzept des „Aufsuchenden Losverfahren“ entwickelt. Ziel ist es, auch Menschen zur Beteiligung zu bewegen, die bisher nicht erreicht wurden, und so Vertrauen in die Abläufe demokratischer Entscheidungsstrukturen zu stärken. Juliane Baruck und Linus Strothmann berichten im Interview von ihren Erfahrungen.

Wie ist die Idee zum Aufsuchenden Losverfahren entstanden?
Linus Strothmann: 2016 habe ich für die Stadtverwaltung Falkensee angefangen, im Bereich Bürgerbeteiligung zu arbeiten. Falkensee liegt nordwestlich an der Stadtgrenze vor Berlin, war aber zu DDR-Zeiten von der Hauptstadt abgeschnitten – man brauchte zwei Stunden, um nach Ostberlin hineinzufahren. Nach der Vereinigung wurde Falkensee dann plötzlich extrem attraktiv. Bis 2016 hat sich die Bevölkerungszahl von 22.000 auf 45.000 Einwohner verdoppelt, viele Westberliner und Zuzügler aus Westdeutschland mit akademischem Abschluss sind dorthin gezogen. Die Erfahrung des Bürgermeisters und der Verwaltung war nun, dass zu Beteiligungsformaten immer nur die neu Zugezogenen kamen, die – so die Sichtweise – ihnen dann sagten, wie sie ihren Job zu machen hätten. Wenn der Bürgermeister aber anders, im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger, entscheiden wollte, hieß es, dies sei undemokratisch. Eine schwierige Situation, in der wir uns die Frage stellten: Wie können wir es anders machen?

Und dann haben Sie das Losverfahren eingeführt?
Linus Strothmann: Ja. Das war an sich aber nicht neu, seit vielen Jahren gibt solche Verfahren, damals vor allem als Planungszelle bekannt. Neu war aber einerseits, dass wir dann konsequent bei allen Themen mit Bürgerbeteiligungen, zu denen ein Workshop mit offenen Einladungen angeboten wurde, einen zweiten Workshoptermin mit Zufallsauswahl der Teilnehmenden angesetzt haben und dass wir uns eben nicht damit abgefunden haben, dass diejenigen die auf einen Brief reagieren für die Vielfalt reichen.

Es ist ja so: Solange alle kommen, die zufällig ausgewählt werden, entsteht eine sehr vielfältige Gruppe. Mir ist nur sehr schnell klar geworden, dass dies nicht der Fall ist. Es melden sich nur ungefähr zehn Prozent der Angeschriebenen zurück. Gängiges Verfahren ist deshalb, sehr viele Menschen anzuschreiben und unter denen, die sich zurückmelden, eine möglichst repräsentative Auswahl zu treffen. Am Ende landen so aber nur die im Verfahren, die zu den 10 Prozent der Personen mit hohem Interesse gehören, und nicht die Vielfalt, die wir eigentlich wollen. Deshalb bin ich zu den Menschen, die sich nicht zurückgemeldet haben, nach Hause gefahren.

Und welche Erfahrungen haben Sie dort gemacht?
Linus Strothmann: Viele der Menschen hatten gar nichts dagegen, teilzunehmen, manche haben nur zuerst den Sinn nicht richtig gesehen oder dachten, sie hätten inhaltlich nichts beizutragen. Es fehlte das Vertrauen, dass die eigene politische Haltung ein Gewicht haben kann und bei vielen auch überhaupt ein Gefühl, dass ihre Meinung gefragt und wichtig sein könnte.

Das widerspricht der oft gehörten Einschätzung, wer nicht komme, wolle eben nicht teilhaben und sei selbst schuld, wenn andere allein über die Angelegenheiten bestimmen.
Linus Strothmann: Unsere Meinung ist: Wir können es uns nicht leisten, Veranstaltungen zu organisieren, einzuladen und davon auszugehen, es würden schon die richtigen kommen. So funktioniert unsere Gesellschaft nicht. Wenn die Menschen nicht kommen, müssen wir herausfinden, warum sie nicht kommen.

Aber Ihr Vorgehen, zu denjenigen nach Hause zu fahren, ist sehr aufwändig und erfordert Mut, wahrscheinlich waren Sie nicht überall willkommen …
Linus Strothmann: Meine Erfahrung ist, dass man mit allen Leuten sprechen kann. Man kann für sie Hürden für die Teilnahme abbauen und man kann auch vermitteln: Hey, deine Meinung ist wirklich wichtig! Wenn eine junge Mutter mir absagt, weil es ihr unangenehm ist, unsere angebotene Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen, dann sage ich: „Gucken Sie mal, wenn alle so zurückhaltend sind wie Sie, dann sind die Stimmen von jungen Müttern überhaupt nicht in unserem Workshop vertreten.“ Und plötzlich wird ihr deutlich, dass andere in einer ähnlichen Situation sind wie sie und sie nicht nur für sich selbst spricht. So weit kommt man aber nur in einem persönlichen Gespräch.

Welche Hürden für die Beteiligung wurden Ihnen noch genannt?
Linus Strothmann: Wirklich schwer wird es, wenn Menschen etwa in Schichtarbeit keinen Einfluss auf ihre Arbeitszeiten haben. Es gibt noch immer einen Teil der Bevölkerung, der es sich ressourcenmäßig nicht erlauben kann, sich außerhalb von Wahlen mit Demokratie zu beschäftigen, und ich finde, in einem reichen Land wie Deutschland darf das nicht sein.

Ein anderes Beispiel: Ein 86-Jähriger aus Falkensee wurde zu einer Beteiligungsveranstaltung eingeladen, in der es um die Zukunft der Stadt im Jahr 2035 ging. Er fragte, was er dazu beitragen solle. 2035 wäre er schließlich bald 110 Jahre alt. Ich habe ihm dennoch zugeredet. Ein paar Tage später rief er bei mir an und fragte, ob er einmal in

Screenshot: Beke Detlefsen

Linus Strothmann und Juliane Baruck (Reihe unten v.l.) im Online-Interview mit den Mitarbeiterinnen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

mein Büro kommen dürfe. Dort stimmte er mir immerhin zu, dass seine Meinung auch wichtig sein könnte. Später rief er noch einmal an und fragte, ob er den Raum sehen könne, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte. Er hat den Raum gesehen und dann wurde mir klar: Dieser Mann ist während der Nazizeit aufgewachsen und hat später in der DDR gelebt, war außerdem nur acht Jahre lang zur Schule gegangen. Für ihn war es absolut nicht selbstverständlich, einfach so ins Rathaus zu einem Workshop zu gehen. Für ihn war es schon etwas Besonderes, überhaupt einmal im Rathaus zu sein.

Er ist dann tatsächlich zu der Veranstaltung gekommen und die anderen haben ihm gespannt zugehört, als er über die Geschichte der Stadt sprach, die erst aus zwei Dörfern zusammenwachsen musste und dann die ganzen Zugezogenen aufgenommen hat, und über die Schwierigkeit, hier Zusammenhalt zu schaffen – diese Perspektive hatten die Jüngeren nicht und veränderte schließlich auch die Prioritäten im Stadtentwicklungskonzept.

Frau Baruck, Sie haben im Zusammenhang mit dem Projekt „Hallo Bundestag" in verschiedenen Wahlkreisen an den Haustüren geklingelt, um zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger mit Wahlkreisabgeordneten ins Gespräch zu bringen. Gab es von der Resonanz her Unterschiede in den Regionen, in denen Sie unterwegs waren?

Juliane Baruck: Ja, es gibt schon Unterschiede, wie skeptisch die Leute reagieren, je nachdem, ob man in der Stadt oder auf dem Land unterwegs ist, oder auch nach Regionen.

Inwiefern?

Juliane Baruck: In einer Stadt wie Berlin mit Gegensprechanlagen ist es zum Teil schwierig, überhaupt bis zur Wohnungstür vorzudringen, was für ein persönliches Gespräch am meisten geeignet ist. Außerdem sind Menschen in Großstädten mit deutlich mehr konfrontiert als Menschen in Kleinstädten und ländlichen Gegenden, weshalb die Skepsis, wenn Fremde an der Haustür klingeln, schlicht größer ist. Das ist in Gegenden mit Einfamilien- oder kleineren Mehrfamilienhäusern viel einfacher.

Linus Strothmann: In ländlich geprägten Gebieten mit weiten Wegen wie etwa in Herzberg (Elster) wissen die Leute es außerdem per se zu schätzen, wenn man einen weiteren Weg auf sich nimmt, um mit ihnen zu sprechen.

Wie oft schlägt Ihnen starke Abwehr entgegen?

Linus Strothmann: 99,9 Prozent verhalten sich total nett, auch diejenigen, die politische Meinungen vertreten, die ich überhaupt nicht teile. Klar kommt es vor, dass Leute gleich sagen, sie hätten keine Zeit oder ganz andere Probleme, aber von Feindseligkeiten kann ich nicht berichten.

Juliane Baruck: Unsere Einstellung dazu ist, an jeder Haustür mit dem Gefühl zu klingeln: Die Person, die jetzt hinter dieser Tür steht, macht den Unterschied. Und ich glaube, wenn man mit einem offenen Herzen da rangeht, funktioniert das. Es ist immer ein Geschenk für uns, mit so vielen unterschiedlichen Menschen sprechen zu können. Natürlich gibt es Menschen, die nicht glücklich mit unserer Demokratie sind. Bei uns bleiben persönliche Schicksale aber stärker im Gedächtnis als Abwehrhaltungen. Zum Beispiel wenn jemand sehr krank ist und mit Tränen in den Augen sagt, dass er es einfach körperlich nicht schafft.

Gibt es in der Distanz zum politischen System Unterschiede zwischen Ost und West?

Linus Strothmann: Die gibt es schon, aber im Gespräch merken wir auch immer wieder, dass wir stark aufpassen müssen, nicht mit unseren eigenen Stereotypen loszugehen und diese dann vorschnell bestätigt zu sehen. »

» *Juliane Baruck*: Wir müssen mit Pauschalisierungen aufpassen, die daraus entstehen, dass wir Dinge aus unserer subjektiven Wahrnehmung heraus interpretieren. In meiner Erfahrung gibt es keinen Unterschied in der Bereitschaft, miteinander ins Gespräch zu kommen. Auch die Bereitschaft, sich zu engagieren, ist im Osten sehr hoch. Natürlich können die Unterschiede in der Sozialisierung nicht gänzlich ignoriert werden. Aber ein wertschätzender Umgang und ein offenes Ohr trifft bei den meisten Menschen auf positive Resonanz.

Linus Strothmann: Insofern liegt da ein großes Potenzial. Hinsichtlich funktionierender oder nicht funktionierender Beteiligungsformate gibt es aber noch großen Forschungsbedarf. Unser aufsuchendes Losverfahren wurde zuerst in zwei ostdeutschen Städten ausprobiert und es hat dort sehr gut gepasst. In Schleswig-Holstein war hingegen der Anteil der Ausgelosten, die sich schon nach dem Briefversand zurückgemeldet haben, höher als in Brandenburg. Dafür war in Schleswig-Holstein der Effekt der Haustürbesuche anschließend geringer. Wir sehen solche Tendenzen, haben aber noch nicht genug Fallzahlen für belastbare Aussagen.

Dazu kommt, dass die heute gängigen Beteiligungsformate vor allem in Westdeutschland entstanden sind, weil dort die meisten Akteure saßen. Wir müssen jetzt viel mehr Positivbeispiele aus ostdeutschen Kommunen sichtbar machen, an denen man sich hier orientieren kann. Diese gibt es zu hauf! Görlitz, Chemnitz, Leipzig – überall passiert sehr viel, was weniger bekannt ist. Und Brandenburg ist in Deutschland das Bundesland mit den meisten Bürgerhaushalten. Hier gibt es viele gute Ansätze.In Werder (Havel) entscheiden-Jugendliche zum Beispiel alle zwei Jahre über 200.000 € Sachsen hat sich auf den Weg gemacht und ein Netzwerk zum Thema Bürgerbeteiligung für die Kommunen geschaffen. Diese Infrastruktur ist wichtig, ebenso ein Austausch untereinander, damit man regional voneinander lernen kann und sich nicht immer an westdeutschen Beispielen orientiert, die vielleicht mit der Realität in der Kommune nicht viel zu tun haben.

Welche Themen eignen sich besonders für solche Beteiligungsformate?

Linus Strothmann: Das kommt darauf an, was man erreichen will. Wenn der Fokus auf den Ergebnissen liegt, die als Empfehlung an die politische Ebene fungieren sollen, müssen die Themen möglichst konkret sein und einen klar formulierten Rahmen haben: Wir haben Vorschlag A und Vorschlag B, und es wird darüber diskutiert, welcher besser ist, weil die Politik sich zum Beispiel beides vorstellen kann

Juliane Baruck: Wenn es eher um den Austausch an sich geht, eignen sich Themen, die ein bisschen breiter sind. Sie sollten aber in jedem Fall etwas mit dem Leben und dem Alltag der Menschen zu tun haben. In unserem Projekt „Hallo Bundestag" geht es zum Beispiel darum, bundesweite Themen mit den lokalen Gegebenheiten zu verbinden. Diese Erfahrungen geben uns viele Hinweise darauf, welche Probleme überall bestehen und welche der jeweilig regionalen Situation geschuldet sind.

Gibt es Möglichkeiten zu messen, ob Politik durch diese Verfahren besser wird?

Linus Strothmann: Es gibt Forschungen, die im Nachgang gefragt haben, wie zufrieden die Menschen mit den Entscheidungen sind. In den meisten Fällen waren die Menschen nach solchen Beteiligunsmöglichkeiten zufriedener.

Wir sehen zudem, dass sich Menschen, die in Losverfahren beteiligt waren, hinterher weiterhin in Gremien einbringen. Das ist zum Beispiel in Falkensee geschehen oder auch bei der erwähnten Beteiligung von Jugendlichen am Bürgerhaushalt.

Juliane Baruck: Wenn ich erlebt habe, dass ich in einer vielfältigen Gruppe gut diskutieren konnte, dann stärkt dies mein Vertrauen darauf, dass ich das in anderen Feldern auch machen kann. Am Ende fördert es auch mein Vertrauen in Entscheidungen, an denen ich nicht direkt beteiligt bin, weil ich ein Verständnis für die Abläufe entwickelt habe. Das Besondere ist, dass nicht nur das Vertrauen in die Politik durch solche Verfahren gestärkt wird, sondern auch in andere Menschen, die an Beteiligungsveranstaltungen teilnehmen. ■

Die Fragen stellten Liane Czeremin und Beke Detlefsen

Hintergrundinformation:

„Es geht LOS" hat für Kommunen einen Materialbaukasten für Aufsuchende Losverfahren inklusive einer App entwickelt, mit dem Kommunen solche Prozesse weitgehend selbstständig angehen können. Die Stadt Herzberg (Elster) hat dieses Angebot bereits in Anspruch genommen und das Aufsuchende Losverfahren sogar in die Beteiligungssatzung aufgenommen. Zum Aufsuchenden Losverfahren bietet „Es geht LOS" auch Trainings an, die z.B. von den Gemeinden Meinersen, Leipzig und Bremen schon genutzt wurden. Mehr Informationen zu allen Projekten unter: *www.esgehtlos.org*

Juliane Baruck hat einen Hintergrund in politischer und Sozialphilosophie. Sie engagiert sich seit 2019 bei „Es geht LOS" und hat diverse Projekte begleitet. Mit Linus zusammen hat sie 2021 die ersten Bürger:innenräte auf Wahlkreisebene pilotiert und leitet nun zusammen mit Linus das Projekt „Hallo Bundestag. Gewählt. Gelost. Gemeinsam." Außerdem hat sie maßgeblich die App fürs Aufsuchende Losverfahren entwickelt, die Open Source für Kommunen und Beteiligungsakteure zur Verfügung steht.
Dr. Linus Strothmann hat zunächst Ethnologie und Geografie studiert und über einen Pakistanischen Sufischrein promoviert. 2016 wechselte er aus der Wissenschaft in die kommunale Beteiligungspraxis. In Falkensee und Werder (Havel) entwickelte er das Aufsuchende Losverfahren. Von 2021 bis 2022 war er im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung für die Beteiligung junger und zukünftiger Generationen verantwortlich ehe er sich ab Januar 2023 ganz dem Projekt Hallo Bundestag widmete. Linus hat vier Kinder und lebt mit seiner Familie in dem Wohnprojekt Uferwerk in Werder.

Literaturhinweis:

Katharina Liesenberg, Linus Strothmann:
Wir holen Euch ab!
Wie wir durch Bürgerräte und Zufallsauswahl echte Vielfalt in die Demokratie bringen.
Oekom Verlag, München 2022
Softcover · 256 Seiten
ISBN: 978-3-96238-367-1 · 24,00 €

Interview

„Wir haben alle dazugelernt“

Ein nach dem Zufallsprinzip zusammengesetzter Zukunftsrat unterstützt die Stadt Eberswalde

„Meine Stadt der Zukunft“ heißt eine Initiative der brandenburgischen Landesregierung, bei der im Jahr 2021 in acht Städten Brandenburgs neue Modellprojekte gestartet sind, um die Stadtgesellschaften an der Entwicklung innovativer Planungsvorhaben zu beteiligen. Auch Eberswalde wurde ausgewählt. Die Stadt setzte einen Zukunftsrat ein – ein per Zufallsprinzip zusammengesetztes Bürgergremium aus 32 Personen, das zu eigenständig gewählten Schwerpunkten konsensbasierte Empfehlungen für Verwaltung und Kommunalpolitik entwickeln sollte. Besonders beschäftigte die Eberswalder Stadtplanung die Kombination aus steigender Nachfrage nach Wohnraum und fehlenden Entwicklungsflächen. Vor allem das von mangelnder Gestaltung geprägte Bahnhofsumfeld lud zum gemeinschaftlichen Nachdenken über zukunftsorientierte Nutzungsmöglichkeiten ein.

Zwischen November 2021 und Juni 2022 wurden sieben Sitzungen zu einzelnen Themenfeldern abgehalten – und die Ergebnisse anschließend veröffentlicht. Begleitend wurde die digitale Beteiligungsplattform EW2035 eingerichtet. Das Projekt wurde in einer Kooperation des Baudezernats und des Amts für Stadtentwicklung konzipiert und mit professioneller Begleitung durch das Institut nexus und der Complan Kommunalberatung GmbH durchgeführt. Anne Fellner, Baudezernentin und Erste Beigeordnete der Stadt Eberswalde, berichtet im Interview über die Erfahrungen.

Welche Kriterien hatten Sie für die Auswahl der Teilnehmenden am Zukunftsrat aufgestellt?

Anne Fellner: Der Zukunftsrat sollte eine möglichst authentische Repräsentation der Eberswalder BürgerInnen in vier definierten Altersgruppen darstellen. Trotzdem wollten wir eine absolut neutrale Auswahl der Teilnehmenden garantieren. Deswegen wurden 1.100 AnwohnerInnen mithilfe eines Zufallsgenerators ausgelost. Das weitere Auswahlverfahren wickelte das Planungsbüro ab.

Foto: Stadt Eberswalde / Florian Heilmann

Übergabe Bürgergutachten: Mitglieder des Zukunftsrates Eberswalde bei der Übergabe ihres Gutachtens. Baudezernentin Anne Fellner (2.v.r.) berichtet im Interview über die Erfahrungen.

Und wie kam das Format an?

Alle Beteiligten haben dazugelernt – nicht nur auf fachlichem, sondern auch auf zwischenmenschlichem Niveau. Die Diskussionskultur war von Offenheit, Verständnis und der Bereitschaft, die Motivation der anderen TeilnehmerInnen zu verstärken, geprägt. Alle erlebten dies als Bereicherung. Der Zukunftsrat diskutierte intensiv über eigene und fremde Perspektiven auf Stadt und es wurden fundierte Entscheidungen getroffen – in Form der im BürgerInnengutachten enthaltenen Empfehlungen. Ein Beispiel ist der Themenkomplex Verkehr und Mobilität, der aufgrund unterschiedlicher Ansprüche an den öffentlichen Raum häufig zum Streitpunkt in der Stadtgesellschaft wird. Für das BürgerInnengutachten wurde nach Konsenspunkten gesucht. Die Empfehlung „Der ÖPNV soll flächendeckend ausgebaut werden“ befanden 100 Prozent der TeilnehmerInnen für gut. Vorschläge, die auch individuelle Einschränkungen – beispielsweise die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in Eberswalde – beinhalten, fanden deutlich weniger Befürworterinnen, nämlich nur 76 Prozent.

Wieso gab es parallel die digitale Diskussionsplattform?

Mit unseren analogen Beteiligungsformaten interagiert meist eine spezifische Bevölkerungsgruppe. Dass es diese engagierten, beweglichen BürgerInnen gibt, die sich immer wieder einbringen, ist wichtig. Eberswalde hat aber gut 44.000 EinwohnerInnen – und unser Ziel war es, die bislang ungehörten BürgerInnen in unsere Partizipationsformate einzubeziehen. Auch haben analoge Formate den Nachteil, dass sie zeitlich fix sind – und nicht alle Interessierten können Zeit dafür aufbringen. Um Menschen die Möglichkeit zu geben, sich jenseits von festen Terminen zu beteiligen, haben wir die digitale Beteiligungsplattform gestartet – sie fungiert als Ergänzung.

Und wie schätzen Sie die Qualität der Ergebnisse ein?

Es sind definitiv einige gute neue Impulse entstanden – aber natürlich gibt es auch Detailergebnisse, die nicht mit meiner fachlichen Meinung konform gehen. Trotzdem sind sie relevant: Denn diskrepante Meinungen schaffen einen Rahmen für Planungsvorhaben. Die Empfehlungen des Zukunftsrates ermöglichen uns, konkurrierenden Interessen besser zu begegnen und nutzergerechte Lösungen auszuhandeln. ■

Die Fragen stellte
Sophie Paulina Gottwald

(Das komplette Interview finden Sie auf *www.demokratiegeschichten.de*)

Stefan Braun

Kaum Teil des Unterrichtskonzepts: 80 Jahre Aufstand im Warschauer Ghetto

Im Film „Masel Tov Cocktail" (2020) trifft die Religionslehrerin Frau Jachthuber im Kaufhaus zufällig auf den jüdischen Jungen Dima und lädt ihn als „Experten" für die Shoah in ihren Unterricht ein. Später spricht Dima zu den Zuschauern: „Aber ich glaube, mein Uropa passt nicht ganz in Frau Jachthubers Unterrichtskonzept." Frau Jachthubers „Problem": Dimas Uropa diente – wie 500.000 andere Juden – in der Roten Armee und kämpfte gegen den Nationalsozialismus. Offensichtlich kann sich Frau Jachthuber Juden während der Shoah aber nur als hilfloses Opfer vorstellen.

Lange Zeit erinnerte man in Deutschland nicht an den jüdischen Widerstand. Wenngleich sich dies in den vergangenen Jahrzehnten geändert hat, ist dennoch weitere Aufklärungsarbeit nötig. Eine im Februar 2023 veröffentlichte Studie des Georg-Eckert-Instituts zur Darstellung von Jüdinnen und Juden in Schulbüchern Nordrhein-Westfalens zeigt auf, dass Geschichtsbücher jüdischen Widerstand kaum aufgreifen beziehungsweise ihn auf knappe Verweise beschränken. Der 80. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto im vergangenen April sollte dazu anregen, sich einerseits mit dem Aufstand mehr auseinanderzusetzen und ihn andererseits als Teil eines vielfältigen Widerstands – unbewaffnet und bewaffnet – gegen den deutschen Nationalsozialismus zu begreifen.

Foto: Wikipedia/Adrian Grycuk

Gedenkstein für die Überlebenden des Warschauer Ghetto-Aufstandes.

Denn Jüdinnen und Juden reagierten in der Geschichte auf Diskriminierung und Verfolgung immer auch mit Selbstbehauptung und Widerstand. Nur um zwei Beispiele zu nennen: Im Deutschen Kaiserreich gründete sich 1893 der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zur Verteidigung gegen den anwachsenden Antisemitismus und im zaristischen Russland organisierten jüdische Parteien Selbstschutzeinheiten gegen antijüdische Pogrome.

Widerstand im Warschauer Ghetto

1939 leben ungefähr 3,5 Millionen Juden in Polen. In der Hauptstadt Warschau haben sie einen Bevölkerungsanteil von etwa 30 Prozent. Mit Kriegsausbruch beginnt die Verfolgung der Juden in Polen, Tausende sterben bereits während der Kampfhandlungen. Bereits im Herbst 1939 errichten die Deutschen erste Ghettos, im Oktober 1940 werden über 450.000 Jüdinnen und Juden im 3,4 Quadratkilometer kleinen Warschauer Ghetto eingepfercht. Im Ghetto organisiert sich ein vielseitiger Widerstand gegen die nationalsozialistische Unterdrückung. Es entstehen Untergrundbibliotheken, geheime Schulen, Hunderte Gebetsräume und Archive zur Dokumentation der deutschen Verbrechen. Zum Widerstand zählt zum Beispiel die Journalistin Rokhl Auerbakh (1903–76), die eine Suppenküche organisiert und in Emanuel Ringelblums Ghettoarchiv Oneg Shabbat mitarbeitet. Auch die politischen Parteien und Verbände führen ihre Arbeit im Geheimen weiter. Einige wie der Bundist Bernard Goldstein (1889–1959) hatten bereits während der Zwischenkriegszeit Selbstschutzeinheiten ihrer Partei organisiert.

Da die deutschen Besatzer offensichtlich die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung verfolgen, indem sie unter anderem die Tagesration für die Bevölkerung des Ghettos auf ungefähr 180 Kalorien festgelegt haben, entscheiden sich verschiedene politische Akteure als Konsequenz aus ihrem widerständigen Handeln zum bewaffneten Kampf. Bereits im März 1942 schließen sich Kommunisten und verschiedene zionistische Jugendorganisationen zum Antifaschistischen Block zusammen, um eine gemeinsame Kampforganisation zu bilden. Der antizionistische Bund lehnt eine Teilnahme zunächst ab und beschließt eigene Formationen aufzustellen. Ebenso sind die rechten Revisionisten nicht beteiligt.

Im Juli 1942 beginnen die Deutschen mit der „Großen Aktion". Jeden Tag werden nun Tausende verhaftet, ins Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet. Angesichts des immer offenkundigeren Ziels, der Ermordung

Fotos: Wikipedia

Emanuel Ringelblum (1900–1944), Mordechai Anielewicz (1919–1943), Rokhl Auerbakh (1903–1976); Zivia (Cywia) Lubetkin vor 1939 (1914–1978) (v.l.)

der jüdischen Bevölkerung, entsteht aus dem Antifaschistischen Block die Jüdische Kampforganisation (ŻOB), deren Ziel der bewaffnete Kampf gegen die drohende Vernichtung ist. Gleichzeitig schwächt die Große Aktion den Widerstand, da viele von dessen Akteuren, zum Beispiel der Linkszionist Jozef Kaplan, verhaftet und ermordet werden. Auch der Bund schließt sich dem ŻOB im Oktober 1942 an. Anders als der Betar, dessen Mitglieder im Herbst 1942 den häufig vergessenen Jüdischen Kampfverband (ŻZW) gründen.

In den nächsten Monaten bauen der ŻOB und der ŻZW Kampfgruppen auf. Ihr größtes Problem ist das Fehlen von Waffen, das sie über verschiedene Wege zu lösen versuchen. Der ZOB erhält einige Waffen von der Heimatarmee, andere werden auf dem Schwarzmarkt erworben, aber im April 1943 verfügt der ŻOB nur über zehn Gewehre und ein Maschinengewehr.

Als die Deutschen am 18. Januar 1943 abermals mehrere Tausend Jüdinnen und Juden deportieren wollen, bekämpft der ŻOB erstmals öffentlich die Unterdrücker und kann einige Soldaten töten. Ein Zeichen für die knapp 50.000 übriggebliebenen Bewohner des Ghettos und für die Nationalsozialisten, dass eine Auflösung des Ghettos nicht ohne Kampf durchgeführt werden würde.

Am 19. April 1943, dem Vorabend des Pessachfestes, marschieren deutsche Einheiten ins Ghetto ein, ihr Ziel ist dessen Zerstörung. 22 Kampfgruppen des ŻOB bekämpfen verteilt im Ghetto die Deutschen, während sich der ŻZW am Murankowski-Platz konzentriert. Durch ihre Guerillataktik können die Kämpfer den Soldaten Anfangs einige Verluste zufügen, müssen sich jedoch zunehmend in die sogenannten Bunker zurückziehen.

Am 8. Mai heben die Deutschen den Kommandobunker des ŻOB aus. Dort stirbt unter anderem der Anführer des ŻOB, Mordechai Anielewicz. Eine Gruppe von ungefähr 80 ŻOB-Kämpfern kann sich aus dem Ghetto retten. Beim ŻZW ist die Überlebendenzahl weit geringer. Nach über vier Wochen harter Kämpfe erklärt der SS-General Jürgen Stroop am 16. Mai den Aufstand für beendet. Aber auch danach verstecken sich noch bis mindestens Januar 1944 Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet des ehemaligen Ghettos.

Die überlebenden Aufständischen führen ihren Kampf als Partisanen in den Wäldern fort. Zivia Lubetkin, Marek Edelman und andere nehmen auch am Warschauer Aufstand im Jahr 1944 teil. Wahrscheinlich überlebten nur 31 ŻOB-Mitglieder den Zweiten Weltkrieg.

Auch ziviler jüdischer Widerstand wird oft vergessen

Der Warschauer Ghettoaufstand war der größte, aber nicht der einzige Ghettoaufstand. In zahlreichen Ghettos kam es ebenfalls zu bewaffneten Aufständen: in Łachwa (bereits im September 1942), in Białystok (August 1943) oder Częstochowa (Juni 1943). Jüdinnen und Juden organisierten Aufstände in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor und Auschwitz. Hundertausende kämpften in den alliierten Armeen und Tausende in den Partisaneneinheiten von Frankreich bis in die Sowjetunion.

Ebenso organisierte sich ein breiter ziviler jüdischer Widerstand, der oft vergessen wird: In Belgien rettet das Comité de Défense des Juifs mindestens 3.000 jüdische Kinder vor der Ermordung und in Deutschland unterstützte die religiös-zionistische Gruppe Chug Chaluzi jüdische Jugendliche beim Überleben in Berlin.

Diese Beispiele bieten zahlreiche Gründe, anlässlich des Jahrestages darüber nachzudenken, welche Bedeutung wir dem jüdischen Widerstand in Warschau, aber auch an all den anderen Orten in unserer Erinnerungskultur einräumen wollen. ■

Wandgraffiti zum Gedenken an den Widerstandskämpfer Marek Edelman in Warschau (2013).

Foto: Wikipedia/Adrian Grycuk

Stefan Braun arbeitet als Lehrer für Geschichte und Evangelische Religionslehre am Niederrhein.

Theresa Ostertag, Stella Krekeler

Workshopangebot #BeInterNett – Demokratische Kommunikation im Netz

Im Rahmen von zwei Modellprojekten hat Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in den vergangenen Jahren Workshops zum demokratischen und konstruktiven Umgang mit Hate Speech entwickelt, die sich in erster Linie an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren richten. Diese Workshops sollen auch künftig Wissen vermitteln sowie Raum für praktisches Ausprobieren bieten.

„Es gibt Momente im Leben, in denen wir an unsere Grenzen stoßen und vor den Wogen von Hass und Resignation zu ertrinken drohen. Tagtäglich werden wir mit Schreckensmeldungen und hasstreibenden Kommentaren konfrontiert, die uns zum Verzweifeln bringen können. Doch es gibt Zeiten, in denen wir Kraft schöpfen und uns nicht mehr von Resignation überwältigen lassen. Es kommen Momente, in denen wir uns besinnen und neuen Mut finden, um unsere Resignation in Ansporn und Widerstand zu verwandeln. Diese Momente sind es, die uns als #BeInterNett-Coaches in unserem Projekt gegen Hassrede immer wieder angetrieben haben, für unsere Werte und gesellschaftlichen Zusammenhalt einzustehen."

Hubeyb Yöntem,
#BeInterNett-Coach

Foto: GVFD e. V.

#BeInterNett-Coaches gemeinsam mit der Vizepräsidentin der Bundeszentrale für politische Bildung, Cemile Giousouf, beim Coach-Wochenende in Köln im Dezember 2021.

Seit 2020 bietet Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unter dem Schlagwort #BeInterNett Workshops zum Umgang mit Hass im Netz an. Die Teilnehmenden erfahren in den Workshops auf theoretischer Ebene viel Wissenswertes über die Mechanismen und Folgen von digitaler Hassrede. Sie trainieren aber ebenso auf praktischer Ebene den Einsatz möglicher Strategien, die geeignet sind, diskriminierenden Äußerungen und Hass entgegenzutreten, Betroffene inklusive sich selbst zu schützen und den Diskurs im Internet durch konstruktive Kommunikation positiver zu gestalten.

Gemeinsam mit dem Rat muslimischer Studierender und Akademiker e. V. im Rahmen zweier Modellprojekte entwickelt, setzt das Workshopkonzept einen inhaltlichen Schwerpunkt auf antimuslimische Hate Speech und den konstruktiven sowie demokratischen Umgang damit. Das Angebot richtet sich auch gezielt an junge Menschen aus der muslimischen Community, um diese in ihrer Selbstwirksamkeit zu unterstützen – aber nicht ausschließlich, denn antimuslimischen Aussagen entgegenzutreten muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Noch immer scheinen Ressentiments gegen Muslim:innen in vielen Fällen gesellschaftsfähig zu sein und Umfragen zeigen antimuslimische Einstellungen in Deutschland konstant auf einem hohen Niveau: Muslimische Menschen werden stereotypisiert, ihre Religion wird als Feindbild wahrgenommen. #BeInterNett möchte hier entgegenwirken.

Nach Ablauf des zweiten Modellprojektes Ende 2022 wurde #BeInterNett in das allgemeine Workshopangebot von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. überführt und kann somit auch weiterhin umgesetzt und gebucht werden. Der Fokus auf eine breite Zielgruppe soll in diesem Rahmen weiter verstärkt werden. Die Workshops richten sich daher explizit an alle in Deutschland lebenden jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren, können aber nach Absprache auch von anderen Personen besucht werden.

Die teilnehmenden Gruppen können zwischen zwei Varianten wählen: Das Basistraining dauert drei, das Tagestraining sechs Stunden. Das Basistraining fokussiert dabei auf die grundlegenden Inhalte, während das Tagestraining darüber hinaus mehr Raum für das individuelle Üben bietet.

Durchgeführt werden die Workshops von hierfür eigens ausgebildeten #BeInterNett-Coaches, die über dezidiertes Fachwissen zu den Themen konstruktive Kommunikation, Hate Speech und antimuslimischer Rassismus verfügen. Sie sind geschult und geübt in der Durchführung von Work-

shopformaten, sowohl vor Ort in Präsenz als auch online über Videokonferenztools. Hier berichten zwei der #BeInterNett-Coaches von ihren Erfahrungen:

*„Als #BeInterNett-Coach hatte ich das Privileg, an einem Projekt teilzunehmen, das mir heute persönlich viel bedeutet. Es war eine Möglichkeit, nicht nur mein Wissen und meine Erfahrung weiterzugeben, sondern auch einen Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft zu leisten. Als ich mich für dieses Projekt bewarb, war mir bewusst, dass Hass und (u. a. antimuslimischer) Rassismus allgegenwärtige Leiderfahrungen vieler Menschen sind und täglich unzähligen Menschen ihre Stimme rauben. Es war an der Zeit, aus der passiven Resignation auszubrechen und in die aktive Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen zu gehen. #BeInterNett bot mir die Möglichkeit, genau das zu tun und gleichzeitig an den Erfahrungen und Erkenntnissen der Teilnehmer*innen zu wachsen.*

*Während der Trainings haben wir uns intensiv mit Hintergründen, Theorie sowie Ausprägungen von Hassrede und antimuslimischem Rassismus auseinandergesetzt. Wir haben gelernt, wie man diese Phänomene erkennt, benennt und ihnen aktiv entgegenwirkt. Besonders beeindruckend war die Entschlossenheit der Teilnehmer*innen gegen Ende der Trainings, etwas gegen Hassrede und unterschiedliche Formen der Diskriminierung sowohl im Internet als auch im analogen Leben zu unternehmen. Wir haben gemeinsam Strategien erarbeitet, wie man auf Hass reagiert, wie man ihm nachhaltig entgegentritt und wie man den Diskursrahmen positiv verschiebt.*

Für mich persönlich war das Projekt eine unvergessliche Erfahrung. Es hat mich gelehrt, dass jeder von uns die Möglichkeit hat, Veränderungen – und seien es nur kleine – herbeizuführen, wenn wir uns gemeinsam dafür einsetzen. Ich schätze mich glücklich, ein Teil von #BeInterNett gewesen zu sein, und weiß, dass wir alle auch in Zukunft mit Entschlossenheit unseren Beitrag dazu leisten werden, für eine harmonische Welt einzustehen. Eine Welt, in der wir alle in Frieden und Gerechtigkeit zusammenleben können, ohne uns die Stimme rauben zu lassen und ohne Angst vor Diskriminierung und Hass haben zu müssen."

Hubeyb Yöntem,
#BeInterNett-Coach

Foto Heißner, Rechte: privat

Foto Yöntem; Rechte: privat

Svenja Heißner (links) hat Public History an der Freien Universität Berlin studiert und arbeitet als Community-Managerin bei TeachFirst. Hubeyb Yöntem studiert sowohl Arabistik & Islamwissenschaft im Master an der WWU Münster als auch Politik- & Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld.

„Ich erfuhr damals im Rahmen des Studiengangs Public History von dem Projekt #BeInterNett. Dafür entschieden habe ich mich aufgrund des Themas. Ungleichheit, Diskriminierung, Ausgrenzung und damit auch Rassismus sind große Herausforderungen unserer Gesellschaft und haben sich für mich als Schwerpunkte meiner Arbeit herauskristallisiert. Besonders spannend war für mich das Denken dieser Strukturen im digitalen Raum, damit hatte ich bisher eher weniger Berührungspunkte. Ich freute mich außerdem sehr, in einem solchen Projektrahmen Menschen mit denselben Interessen zu treffen und gemeinsam inhaltlich zu arbeiten.

Von Anfang an fühlte ich mich sehr wohl mit der Gruppe und hatte stets sehr intensive, offene und schöne Erlebnisse an den Coach-Wochenenden und auch später bei der Durchführung der Workshops. Das Konzept wurde von den Gruppen gut angenommen und es sind viele spannende und hilfreiche Gespräche entstanden.

Die Coach-Wochenenden nehmen für mich nochmal eine besondere Stellung ein. Auch weil das Projektteam von Anfang an total engagiert, umsichtig und auf Augenhöhe agiert hat, haben wir uns schnell zu einer Gruppe mit gemeinsamen Zielen, aber auch gegenseitigem Vertrauen entwickelt, wurden hervorragend in das Konzept und dessen Umsetzung eingearbeitet, konnten viele Inhalte vertiefen, unsere Coach-Fähigkeiten verbessern und uns mit dem Projekt identifizieren. Ich nehme #BeInterNett heute als ein Gemeinschaftskonstrukt wahr, das alle Teilnehmenden zu einer sehr besonderen Gruppe zusammengeschweißt hat, und ich bin dankbar, dass ich Teil dieser Gruppe sein darf."

Svenja Heißner,
#BeInterNett-Coach ■

Banner: #BeInterNett

Theresa Ostertag und **Stella Krekeler** sind Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle im Fachbereich Jugendbildung und Kompetenzstärkung, in dem das Projekt angesiedelt ist.

RAG Brandenburg

Dieter Starke

Gegen das Vergessen – „March of the Living“ 2023

Jugendliche aus Brandenburg und Israel nehmen gemeinsam am „Yom HaShoa“ – am „Marsch der Lebenden“ – in Auschwitz teil

Foto: Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum

Gedenkfeier zum 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto

Mehr als 250 Schüler:innen aus dem Land Brandenburg und aus Kfar Jona, der israelischen Partnerstadt von Oranienburg, nahmen am 18. April 2023 gemeinsam am „March of the Living“ in Auschwitz teil, der in Zusammenarbeit mit „March of Remembrance and Hope“ (MoRaH) organisiert wird.

Der „Marsch der Lebenden“, vorbereitet und durchgeführt von „March of the Living International“, ist ein Gedenkmarsch vom Konzentrationslager Auschwitz zum Vernichtungslager Birkenau. Er gibt jüdischen und nichtjüdischen Teilnehmenden aus aller Welt Gelegenheit, der Opfer des Holocaust zu gedenken. Noch gibt es Überlebende, die im Rahmen des Gedenkmarsches von ihren Erinnerungen berichten können.

Am Yom HaShoa, dem israelischen Holocaust-Gedenktag, findet seit 1988 der „March of the Living“ in Auschwitz statt. Im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz ermordeten die Nationalsozialisten über 1,1 Millionen Menschen. Die meisten von ihnen waren jüdisch.

Der „Marsch der Lebenden“ erinnert an den Todesmarsch kurz vor der Befreiung des Lagers 1945. Die völlig erschöpften Häftlinge mussten damals bei eisiger Kälte zu Fuß Richtung Westen marschieren. Wer nicht weitergehen konnte, wurde erschossen. Bisher haben mehr als 120.000 Menschen am „March of the Living“, dem nachhaltigen Protest junger Juden aus aller Welt gegen die Leugnung des Holocaust, teilgenommen.

Seit 2005 sind auch nichtjüdische Teilnehmende zu dem Gedenkmarsch eingeladen. In diesem Jahr nehmen Schüler:innen aus Birkenwerder, Oranienburg, Wittenberge, Zehdenick und aus Kfar Jona gemeinsam teil. Nach der Ankunft werden sie zu einer zweistündigen geführten Tour durch das Stammlager Auschwitz I erwartet. Obwohl die Schüler:innen gut vorbereitet sind – schließlich leben vielen von ihnen in der Nachbarschaft der ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück –, sind sie von den Dimensionen des Geländes und von dem Ausmaß der Grausamkeiten überrascht und sichtlich bewegt.

Die Jugendlichen sind still und ernst. Der Rundgang gehe unter die Haut, sagt ein 17-jähriger Teilnehmer. Vieles habe er schon gewusst, doch die Räume mit den Haaren und Schuhen der Ermordeten – all das wirklich zu sehen und von den Schicksalen einzelner Menschen zu erfahren, das sei etwas völlig anderes, so der Schüler der Regine-Hildebrandt-Gesamtschule aus Birkenwerder.

Am Yom HaShoa versammeln sich die mehr als 10.000 in Bussen angereisten Teilnehmer:innen vor dem Stammlager zum Ge-

Fotos: Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum

Ankunft des „March of the Living 2023“ in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

denkmarsch nach Auschwitz-Birkenau. Mit blauen Jacken ausgestattet, bewegt sich ein riesiger Marsch der Hoffnung nach Birkenau, zum größten Massengrab der Welt. Überwiegend junge Menschen nehmen schweigend, bewegt und ergriffen an dem Gedenkmarsch teil. Der Moment der Stille ist ergreifend, aber auch ein Symbol der Hoffnung. „Wir sind hier, wir leben. Wir gedenken all jener, die in der Shoah ihr Leben verloren haben.“ Dies ist die Botschaft, die die Teilnehmer:innen des „Marschs der Lebenden“ von Auschwitz in die Welt senden.

Als Zeitzeugin berichtet die Überlebende Eva Umlauf, wie sie Auschwitz als Kind überlebt hat. Die slowakisch-deutsche Ärztin kam 1944 als Zweijährige mit ihrer Mutter ins KZ Auschwitz. Beide überlebten, ebenso Evas Schwester Nora, die dort geboren wurde. Für die Jugendlichen sind dieses „persönliche Erleben“ und die Möglichkeit, Fragen zu stellen, besonders wichtig. Leider wird die Zahl der Menschen, die noch von ihren Erfahrungen berichten können, immer geringer.

Die deutschen Jugendlichen tauschen sich auch mit Gleichaltrigen aus Israel aus. Immer wieder geht es dabei um Rassismus und Antisemitismus – und den Umgang damit. Der „March of the Living“ setzt so nicht nur ein Zeichen gegen das Vergessen, sondern auch für jüdisches Leben insgesamt, jetzt und in der Zukunft.

Die Teilnehmer:innen des „March of the Living“ fahren überaus beeindruckt nach Hause zurück. Tief haben sich beim Besuch der Gedenkstätte im einstigen Stammlager die Ereignisse in ihre Köpfe eingebrannt: tonnenweise Haare, Koffer, Schuhe, Kleidungsstücke, auch Kinderspielzeug – Überbleibsel all der Menschen, die in Auschwitz ermordet wurden. Nie vergessen werden die Jugendlichen aus Brandenburg und Israel die riesige Schlange der 10.000 Menschen aus aller Welt, die gegen Antisemitismus und für die Einhaltung der Menschenrechte demonstriert haben.

„Auschwitz und Birkenau muss man selbst gesehen haben, um wahrnehmen zu können, was hier passiert ist“, so das Fazit einer Schülerin des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums aus Zehdenick. „Für mich persönlich ist es schön zu sehen, wie sich vor allem die Jugendlichen mit diesem Teil der Geschichte auseinandersetzen. Das ist ein gutes Zeichen, das Hoffnung gibt“, sagt eine Lehrerin des Oberstufenzentrums Prignitz aus Wittenberge.

Die begleitenden Lehrer:innen aus Brandenburg und Israel sind stolz auf ihre Schüler:innen: „Sie haben sich mit einer erstaunlichen Reife präsentiert, haben sich auf die Geschichte eingelassen und sich intensiv damit auseinandergesetzt.“ Die Pädagog:innen hoffen sehr, dass in den nächsten Jahren weitere Schüler:innengenerationen die Möglichkeit haben, am „March of the Living“ teilzunehmen. ■

Zeitzeugengespräch mit der Shoah-Überlebenden Dr. Eva Umlauf vor der „Zentralsauna“ in Auschwitz-Birkenau

Dieter Starke ist Oberstudiendirektor a. D., Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Vorsitzender des Instituts Neue Impulse e. V. und Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg e. V

RAG Nordhausen

Dr. Marie-Luis Zahradnik, Joachim Heise

Digitale Überlieferung

Im Rahmen des Projektes „Digitalisierung der jüdischen Friedhöfe im Landkreis Nordhausen" sollen jüdische Sepulkralkultur und Gemeindegeschichte im ländlichen Raum wieder sichtbar gemacht werden. Verschiedene Tafeln mit QR-Codes informieren seit Anfang 2023 über die Geschichte jüdischer Grabstätten.

Fotos: privat

Auf allen fünf jüdischen Friedhöfen im Landkreis Nordhausen wurden Anfang 2023 Informationstafeln aufgestellt. Zudem wurden kleine QR-Code-Tafeln zum weiteren Nachlesen der Texte auf Englisch und Russisch sowie für weitere Rechercheangebote zu den Friedhöfen angebracht.

Fragen zur Übermittlung geschichtlicher und religiöser Ereignisse sind im Judentum existenzielle Grundlagen für die Erinnerungs- und Gedenkkultur, die eng mit dem Wissen über jüdische Kultur verbunden sind. Das kulturelle und das kollektive Gedächtnis sind im Judentum nicht an einen Ort gebunden. Das schreibt zum Beispiel auch Verena Holz in ihrem Beitrag „Religiöse und ästhetische Strategien der Erhaltung und Erinnerung oraler Tradition" im Band „Neues Erbe. Aspekte, Perspektiven und Konsequenzen der digitalen Überlieferung", der 2011 von Caroline Y. Robertson-von Trotha und Robert Hauser herausgegeben wurde. Dieses nicht ortsgebundene Gedächtnis resultiert wohl aus der jüdischen Geschichte mit vielen Vertreibungen und Wanderungen, die es notwendig machten, das Wissen über Zeit und Raum hinaus zu bewahren. Umso bedeutender ist es für die jüdische Kulturgeschichte, dass nicht mehr erkennbare Räume der jüdischen Bestattungskultur durch öffentlich zugängliche Informationen wieder ein Stück weit sichtbar gemacht werden.

Von der Idee zur Initiative

Durch das Projekt „Digitalisierung der jüdischen Friedhöfe im Landkreis Nordhausen" an der Hochschule Nordhausen werden die abseits gelegenen, noch vorhandenen und die nicht mehr existierenden Friedhöfe mit ihren Grabmalen und Besonderheiten im digitalen Raum gezeigt. Ihre Geschichte wird vor Ort auf Infotafeln erzählt, weitere Informationen können per QR-Code nachgelesen werden. Zudem werden die Texte der Informationstafeln dort auf Englisch und Russisch angeboten. Mit den QR-Codes kann außerdem auf zukünftige Online-Vorhaben verwiesen werden und eine Vernetzung erfolgen.

Die Tafeln gehen auf die Initiative von Dr. Marie-Luis Zahradnik und Joachim Heise zurück. Sie intensivierten das Vorhaben im Austausch mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, den lokalen Initiativen und Stadtverwaltungen mit deren Friedhofsverwaltungen und Bauhöfen.

Die Bürgermeister von Bleicherode, Ellrich mit den Ortsteilen Werna und Sülzhayn sowie Nordhausen begleiteten das Vorhaben engagiert und organisierten beispielsweise für ihre Städte die notwendigen baulichen Maßnahmen. Sie setzten sich in Gesprächen ein und unterstützten eine schnelle Abstimmung bei der Umsetzung des Vorhabens in ihren Verwaltungen.

Impulse und Nachhaltigkeit

Die Tafeln stoßen auf positive Resonanz, weil sie gut informieren. Die Ortsansässigen haben den Eindruck, dass ein lange vergessener Teil der Lokalgeschichte wieder erlebbar wird. Die Initiative ermöglichte nicht nur die Sichtbarmachung von jüdischer Sepulkralkultur und Geschichte, sondern kann in folgenden Projekten weiter von den Einwohnern der Orte mitgestaltet und mitgetragen werden. So ist im Gespräch, auch eine Tafel am Standort der einstigen Synagoge in Ellrich zu errichten. Für Wanderer und Interessierte könnten weitere themenbezogene Inhalte z. B. in Schülerprojekten gestaltet und online zur Verfügung gestellt werden. Ein zukünftiger Schritt hin zur Präventionsarbeit wird eine per QR-Code erreichbare Online-Meldefunktion für Besucher sein, die Auffälligkeiten wie etwa Vandalismus feststellen. ■

Weitere Informationene im Online-Portal von MENORA:
www.juedisches-leben-thueringen.de

Fotos: privat

Auf den Tafeln für die nicht mehr existierenden Friedhöfe in Sülzhayn und Werna sind neben der historischen Erklärung auch Namen von Juden genannt, die nachweislich um 1808 in den Orten lebten.

DANKSAGUNG

Die Jüdische Landesgemeinde Thüringen, die Städte und die Hochschule Nordhausen danken der Thüringer Staatskanzlei für die Förderung des Digitalisierungsprojekts, das die inhaltliche Gestaltung der Informationstafeln erst ermöglichte, dem Digitalisierungszentrum der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena und allen denen, die bei der Umsetzung der Idee unterstützt haben.

Der Dank gilt allen voran Joachim Heise vom Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., dem Landratsamt Nordhausen, das eine Zuwendung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit – Bundesweite Förderung lokaler Partnerschaften für Demokratie“ gewährte, dem Land Thüringen, das mit seinem Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit das Projekt kofinanzierte, sowie der Kreissparkasse Nordhausen.

Dr. Marie-Luis Zahradnik ist Nordhäuserin und hat im Rahmen ihrer Promotion eingehend die Geschichte der Juden in Nordhausen erforscht. Sie führt für den Nordhäuser Altertums- und Geschichtsverein e. V. Führungen über die jüdischen Friedhöfe durch, veröffentlicht wissenschaftliche Aufsätze und kuratiert Ausstellungen zum jüdischen Leben. Aktuell leitet sie das Projekt „Digitalisierung jüdischer Friedhöfe in Nordthüringen“ (Hochschule Nordhausen) und die Arbeitsgruppe „Schändung von Grabmalen – Handlungsfelder der Präventions- und Bildungsarbeit“ des Landespräventionsrates im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales.
Joachim Heise wurde in Erfurt geboren und im Mai 1983 durch das MfS inhaftiert. Nach der Verurteilung zu einer dreijährigen Haftstrafe im September 1983 wegen „Landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“, „staatsfeindlicher Agententätigkeit“ sowie „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und einem Freikauf durch die Bundesregierung aus dem Strafvollzug im Juni 1984 kehrte er 2006 nach Nordhausen zurück. Seitdem ist er in der Aufarbeitung des SED-Unrechts bundesweit ehrenamtlich tätig. Joachim Heise ist Vereinsmitglied seit 2012.

Über das Leben mit dem Stigma

Initiiert vom „Bund der ‚Euthanasie‘-Geschädigten und Zwangssterilisierten“ wurden in den zurückliegenden Jahren Interviews mit zahlreichen Überlebenden geführt, die Ausschluss und Zwangssterilisation in der Zeit des Nationalsozialismus selbst erlitten haben, ebenso wie mit Angehörigen von Opfern der NS-„Euthanasie“, deren Familienmitglieder ermordet worden waren. Margret Hamm hat dazu jetzt einen Sammelband herausgegeben. Die Autorinnen und Autoren wenden sich darin jeweils einem Schicksal zu und zeichnen die Lebens- und Leidenswege von als „lebensunwert“ Stigmatisierten nach. Sie wählen dafür differenzierte Herangehensweisen und individuelle Perspektiven. Ergänzt werden die biografischen Beiträge um wissenschaftliche Essays zu Themen wie dem Ehegesundheitsgesetz, zu Denunziation, Traumata, Ausschluss und Teilhabe, Sterbehilfe und Triage. ■

Margret Hamm (Hrsg.):
Ausschluss und „Euthanasie“ gestern – Sterbehilfe und Teilhabe heute, Leben mit dem Stigma
Metropol Verlag, 2023
Gebundene Ausgabe • 351 Seiten
ISBN 978-3-86331-685-3 · 26,00 €
E-Book/PDF 21,00 €

RAG Böblingen

Michael Kuckenburg

Die erste „Adolf-Hitler-Schule“ in Württemberg

„Adolf-Hitler-Schulen“ waren nationalsozialistische „Elite-Internate“. Es gab sie ab Mitte der 1930er Jahre. Die Böblinger höhere Schule, das heutige Goldberg-Gymnasium Sindelfingen, ist jedoch als „normale Schule“ schon vorher – nämlich im April 1933 – nach Hitler benannt worden. Die Umstände ihrer Umbenennung zeigen die Macht der NSDAP-Kreisleiter in der Anfangsphase der NS-Diktatur.

Die höhere Bezirksschule des Kreises Böblingen war 1929 gegründet worden, am 21. April 1933 sollte ein Anbau eingeweiht werden. In seiner Ansprache versicherte Schulleiter Dr. Wilhelm Kissling den Zuhörern, „dass Anstaltsleitung und Lehrerschaft ihr Äußerstes tun werden, die ihr anvertraute Jugend im Sinne des Wollens der nationalen Regierung zu erziehen“. Anschließend wurden gemeinsam die erste Strophe des Deutschlandlieds und das „Horst-Wessel-Lied“ angestimmt. Bis dahin verlief alles nach neuestem Standard.

Aber danach ergriff zur allgemeinen Überraschung der Latein- und Geschichtslehrer Max Luib das Wort – und benannte die höhere Bezirksschule in „Adolf-Hitler-Schule“ um. Für Namensgebungen waren eigentlich der Bezirk Böblingen als Schulträger und das Kultusministerium in Stuttgart zuständig, bloß galt das im Frühjahr 1933 bereits wenig: Max Luib war Kreisleiter der NSDAP.

Der Landrat knickte ein, das Ministerium auch

Vom liberal-konservativen Böblinger Landrat Karl Heinrich Rüdiger forderte Luib am 2. Juni 1933 die formelle Anerkennung des neuen Schulnamens. Rüdiger fragte, fast unterwürfig, zurück: „Ich meine gelesen zu haben, dass der Herr Reichskanzler von den Parteigenossen verlangt, vorher seine Zustimmung für eine derartige Ehrung einzuholen. Soll ich eine solche Zustimmung einholen oder hält die Parteileitung eine solche nicht für nötig?“ Der Landrat erhielt keine Antwort, kurz darauf wurde er auf Betreiben Luibs entlassen.

Auch die zweite Instanz, die für die Namensgebung zuständig war, knickte vor

Rektorat
der Adolf Hitler-Schule
(Reformrealgymnasium
und Oberrealschule)
Böblingen

Die erste „Adolf-Hitler-Schule“ in Württemberg, vermutlich in ganz Deutschland. Das wurde nach dem Krieg jahrzehntelang unter den Teppich gekehrt, heute bekennt sich die Schule offen zu ihrem früheren Namen. Quelle: Goldberg-Gymnasium Sindelfingen

dem Kreisleiter ein: Am 29. Mai 1933 hatte Theodor Bracher, Chef der Ministerialabteilung im württembergischen Kultusministerium und wie Rüdiger liberal-konservativ, vorsichtige Kritik geäußert („der Ministerialabteilung ist von einer solchen Benennung nichts bekannt“) und das Rektorat „ersucht, darüber zu berichten“. Nach einem handgeschriebenen, der äußeren Form nach respektlos hingeschmierten und völlig unleserlichen Antwortbrief Luibs bestätigte Bracher am 10. Juli förmlich, was faktisch längst entschieden war: Die Schule hatte, als erste in Württemberg (möglicherweise in ganz Deutschland), den neuen Namen längst im Briefkopf.

Der Vorgang zeigte, wer inzwischen das alleinige Sagen hatte. Anfang März 1933 war die demokratisch gewählte Regierung in Stuttgart durch Hitlers Gefolgsleute abgelöst worden. Am 23. März hatten die Konservativen im Reichstag mit dem Ermächtigungsgesetz der Naziregierung „Strick und Galgen“ (Zitat des SPD-Politikers Wilhelm Hoegner) zu deren freier Verfügung ausgehändigt. Die demokratischen Parteien waren in Auflösung begriffen, die Hitlergegner in der Region eingeschüchtert oder ins KZ Heuberg verschleppt worden. In nicht einmal drei Monaten war aus der taumelnden Republik eine brutale Diktatur geworden. Unter den neuen Machtverhältnissen konnte der Provinzfürst eine staatliche Schule eigenhändig umbenennen, ohne die zuständigen staatlichen Stellen auch nur um Genehmigung zu fragen.

Luibs Partei verwüstete die Schule auch innerlich:

- Am 23. März 1933 verbot der neue Kultusminister Mergenthaler alle marxistischen und pazifistischen Schülervereinigungen. Dafür durfte die SA jetzt die Schulräume nutzen.
- Am 5. Mai wurde der Teil des Lehrplans, der die Weimarer Verfassung betraf, aufgehoben, Verfassungstexte durften nicht mehr an Schüler verteilt werden, Bücher demokratischen Inhalts wurden aus der Bibliothek entfernt.
- Ein Erlass vom 23. Mai verlangte, „den Schülern aller Schulen die Bedeutung und Größe der nationalen Erhebung eindringlich vor Augen zu stellen“, weshalb jeder Lehrer zur Lektüre von „Mein Kampf“ verpflichtet wurde.
- Am 24. Juli wurde „Aufstehen und Erheben des rechten Armes“ für die Schüler zu Beginn jeder Schulstunde zur Pflicht („die Lehrer erwidern mit dem Hitlergruß“).
- Am 23. Dezember war die Gleichschaltung der Schule mit der Einführung des „Führergedankens“ (der Lehrerrat darf den Schulleiter lediglich beraten – „Beschlüsse werden nicht gefasst, Abstimmungen finden nicht statt“) abgeschlossen.

Gegenwind nur aus den eigenen Reihen

Demokratische Meinungen waren schon während der Weimarer Republik an den höheren Schulen in der Minderheit – und teil-

weise geächtet – gewesen, aber sie waren nicht verboten. Jetzt hatten Max Luib und seine „Parteigenossen“ sie zum Schweigen gebracht, auch die Lehrer an der Böblinger „Adolf-Hitler-Schule“.

Der Großteil von ihnen war bereits im Frühjahr 1933 in den NS-Lehrerbund und/oder die SA eingetreten, nachdem sie Luib im März eingeschüchtert hatte: „I sorg' dafür, dass die junge Kollege, die bisher gfaulenz hent, alle end SA neikommet!“ Das war keine ganz hohle Drohung, schließlich konnte Luib in seiner zusätzlichen Funktion als Sonderkommissar für Böblingen und Leonberg freihändig über die Verschleppung ins KZ verfügen. Und zusätzlich hatte das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April all denen mit Entlassung gedroht, die nicht die Gewähr dafür boten, „dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“.

Gegenwind bekam Luib bezeichnenderweise nur aus den eigenen Reihen. Am 1. September teilte Reichsinnenminister Wilhelm Frick (NSDAP) mit, dass für eine Benennung in „Adolf-Hitler-Schule“ die ausdrückliche Zustimmung Hitlers nötig sei – überhaupt sei in dieser Frage „größte Zurückhaltung am Platze“. Theodor Bracher im Kultusministerium witterte Morgenluft und fragte Luib, ob (und wenn ja: warum) „die Umbenennung aufrechterhalten werden soll“. Der befreite sich aus der Klemme durch einen ziemlich dreisten Brief nach Stuttgart, dessen rhetorische Schlussfrage lautete: „Warum soll die Bezeichnung nicht aufrechterhalten werden, wenn die Schule den Namen des Lehrers der Deutschen [die letzten drei Wörter im Original gesperrt, M.K.] trägt“? Vor diesem Argument bzw. dieser Drohung strich das Kultusministerium die Segel.

Der Namensgeber Max Luib (1895–1963) wechselte 1934 als Schulleiter an das Spohn-Gymnasium in Ravensburg und schnellte mit einem Satz vom Studienrat zum Oberstudiendirektor empor. In den letzten Kriegstagen rief er sich zum Bürgermeister von Ravensburg aus und drohte für das Heraushängen weißer Fahnen mit Konsequenzen. 1950 wurde er entnazifiziert: als Mitläufer mit Pensionsanspruch.

Foto: Goldberg-Gymnasium Sindelfingen

Quelle: © Städtische Galerie Böblingen

Fritz Steisslinger: „Adolf-Hitler-Schule 1933“ (mit Dank an die städtische Galerie Böblingen – Nachlass Fritz Steisslinger)

Parteiintern hatte Luib mit seinem Alleingang allerdings den Bogen überspannt. Im Herbst 1933 musste er bei Gauleiter Murr antreten und versprechen, „nur noch seiner Berufung als Erzieher zu leben“. Diese Zurückhaltung wurde ihm versüßt durch die Berufung zum Schulleiter am Spohn-Gymnasium Ravensburg und die Beförderung in einem Satz vom Studienrat zum Oberstudiendirektor.

„Problematisches nicht ansprechen“

Die Böblinger Schule behielt den ihr von Luib verpassten Namen genau zwölf Jahre lang, bis zum Einmarsch der Franzosen am 21. April 1945, allerdings leicht verändert: 1938 erhielt sie den Zusatz „für Jungen“. Mädchen sollten, der Nazi-Ideologie folgend, auf eine eigene Schule mit „Fächern des Frauenschaffens“ wechseln (was aber nicht passierte, weil die nächste Mädchenoberschule in Stuttgart und damit zu weit weg war). Nach 1945 durchlief die Schule eine Namens-Odyssee, seit Dezember 1960 heißt sie Goldberg-Gymnasium Sindelfingen.

Sie hätte auch „Geschwister-Scholl-Gymnasium“ heißen können. Im August 1949 hatte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes diesen Namen vorgeschlagen, das Kollegium lehnte ab: Die frühere Benennung habe „bei der Bevölkerung des Kreises zu Missverständnissen über die politische Haltung der Lehrerschaft“ geführt, weshalb es einen neutralen Namen bevorzugte (bzw. sich hinter einem solchen verschanzte). Die Zeit des „Schlussstrichs“ hatte begonnen.

Der frühere Name wurde in den folgenden drei Jahrzehnten peinlich unter der Decke gehalten. Noch bei der großen 50-Jahrfeier der Schule 1979 wurde, als es um die Zeit von 1933 bis 1945 ging, stets etwas nebulös von der „Schule auf dem Goldberg“ gesprochen. Der Hauptredner hatte von einem Verantwortlichen den Hinweis bekommen, dass „Problematisches aus der Zeit des Dritten Reiches nicht angesprochen werden“ solle.

Die Geschichtswerkstatt am Goldberg-Gymnasium (ein langjähriges Projekt von Mittel- und Oberstufenschülern) machte 1983 den früheren Schulnamen publik, was nicht überall gern gesehen wurde. Seit 2004 bekennt sich die Schule auf einer Stele neben dem Haupteingang ganz offen zur finstersten Zeit ihrer Geschichte. ■

Michael Kuckenburg hat von 1974 bis 2012 am Goldberg-Gymnasium Deutsch, Geschichte sowie Politik unterrichtet und war betreuender Lehrer der Geschichtswerkstatt.

RAG Rhein Ruhr West

Wolfgang Braun

Ensemble! – Insieme! – Juntos! – Miteinander!

Gelungener Neustart des Festes zum Europatag in Duisburg

Ein kleines Wunder war der Kulturabend in der Pauluskirche in Duisburg-Hochfeld zwei Tage vor dem diesjährigen Europatag. Acht Jahre, wohlgemerkt acht Jahre, nachdem diese Kulturabende, die immerhin von 2010 bis 2015 jährlich an demselben Ort veranstaltet wurden, zuletzt stattfanden, galt wieder „Europa feiert! Feiert Europa!" und – in der Spitze – 110 Teilnehmer feierten zusammen. Damit wurde mit Bezug auf den Umfang des Publikums der Höchstwert des letzten Jahrzehnts nicht nur eingestellt, sondern sogar um etwa 20 Interessenten übertroffen. Doch nicht nur der Zuspruch übertraf die Erwartungen, sondern auch die Qualität des Programmes und die der einzelnen Darbietungen. Doch im Einzelnen und der Reihe nach sowie für Nichtortskundige.

1. Die Rahmenbedingungen

Das Fest fand statt in einem Innenstadtteil Duisburgs, der vor wenigen Jahren nicht nur in der bundesdeutschen Presse, sondern auch im Fernsehen anlässlich der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien als Problemstadtteil bekannt wurde, „Stadtteil mit erhöhtem Erneuerungsbedarf" ist die offizielle Umschreibung für solche Wohngegenden. Eigentlich fehlt dort das Publikum für gehobene Kulturveranstaltungen, es ist von außerhalb zu gewinnen. Und eigentlich werden diese Gegenden auch ungern von den dann anzusprechenden Personen aufgesucht – zudem leidet Duisburg nicht, wie zumeist angenommen, an einem kulturellen Unterangebot, sondern – bezogen auf die kleine Nachfrage – an einem relativen Überangebot. Die Vielfalt der Alternativen führt wegen der relativ kleinen Interessentenkreise zu einer wechselseitigen „Kannibalisierung" der konkurrierenden Präsentationen.

Schlussfolgerung der Organisatoren: Hochfeld mag in Duisburg der von der Bevölkerungszusammensetzung her gesehen sinnvollste Stadtteil für ein solches Fest sein, von den Erfolgsbedingungen her betrachtet trifft eine ungünstige gesamtstädtische Rahmensituation auf erschwerende Bedingungen im Stadtteil, verbunden zudem mit mangelnder Kontinuität bei der Umsetzung des eigenen Vorhabens. Eigentlich kann so etwas nur scheitern.

2. Das Programm

2014 waren mit einem Programm, das 40 Jahre Demokratisierung in Südeuropa in den Mittelpunkt stellte und ein hervorragendes musikalisches Angebot mitbrachte, 90 Gäste angelockt worden. Diese Zahl wurde nun auf Anhieb überraschend überboten. Die Gunst der Stunde mag nach drei Jahren Corona und weiteren Schocks eine Rolle gespielt haben, vor allem aber verdankt sich der Zuspruch der breit angelegten Trägerstruktur (siehe Kasten I) und prominenter Unterstützung. Als Eingangslied sorgte „Insieme 1992" von Toto Cottugno, der einzige europa-politische Schlager der vergangenen 75 Jahre, für einen lebhaften Auftakt, bevor der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Dr. Christoph Urban den Abend mit genau den richtigen Worten eröffnete:

„Europa feiert, und wir feiern Europa! Herzlich willkommen in der Pauluskirche zum Europa-Fest. Es freut mich, dass wir heute die Möglichkeit haben, Europa zu hören, zu schmecken, zu erleben und gemeinsam zu feiern. Morgen, am 8. Mai, gedenken wir der Befreiung nicht nur Deutschlands von der nationalsozialistischen Herrschaft, sondern auch der Befreiung ganz Europas von dem Albtraum des Großdeutschen Reiches durch die Alliierten. Anstelle der Unterwerfung Europas unter eine Diktatur entstand in den darauffolgenden Jahren eine Gemeinschaft von Menschen, die über nationale Grenzen hinweg zusammenleben, arbeiten und sich austauschen wollen und sich einer gemeinsamen Vision von Menschenrechten und Gerechtigkeit verpflichtet fühlen."

Edeltraud Klabuhn, die erste Bürgermeisterin der Stadt Duisburg, vertiefte in ihrem Grußwort die Worte des Vorredners, indem sie aus persönlicher Erfahrung über das generationelle Privileg einer mehr als 70jährigen Friedensphase und die Bedeutung einer halt- und belastbaren Friedensordnung sprach.

Es folgte ein zweieinhalbstündiges Programm, nach dem die Besucher mit standing ovations Zugaben von Jolanta Wolters und dem Pianisten Wim Naus geradezu einforderten, und zwar nach fast 40 Minuten mit deutschen, französischen und polnischen Chansons. Jolanta Wolters ist eine Chansonsängerin mit einer Ausdrucksbreite und

Superintendent Dr. Christoph Urban eröffnete den Kulturabend in der Pauluskirche.

Foto: Josip Sosic

-intensität, mit der sie sowohl die klassische Diva wie Hildegard Knef oder Marlene Dietrich verkörpern kann als auch die „Rockröhre" à la Suzie Quatro oder Gianna Nannini. Wim Naus unterstrich am Flügel ihre Gesangsinterpretationen geradezu kongenial.

Vorausgegangen war ein Auftritt von David Alcantara, gebürtig in Cadiz und nun wohnhaft in Duisburg. Dass der Flamenco Andaluz eine Stilrichtung von enormer Breite mit unbekannter Ausdruckskraft ist, führte der Künstler nicht nur vor, sondern erläuterte es auch. Wenn es der Zeitrahmen gestattet hätte, hätte das Publikum weitere Lieder nur allzu gern gehört …

Die bisher genannten Künstler werden in der Veranstaltersprache als „local heroes" bezeichnet. Die Interpreten verfügen über einen eigenen Einzugskreis vor Ort und haben zugleich eine überregionale Ausstrahlung erworben oder sogar schon mitgebracht.

Die Entdeckung des Abends für eine breitere Öffentlichkeit war hingegen der erste Programmpunkt, der Chor der jüdischen Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen unter der Leitung von Frau Medzhibovska. Ein kräftiger Gesang bei eleganter Klavierbegleitung – selbst bekannte „Schlager" wie Shalom bekommen dann einen neuen Charme.

3. Eine „Klammer" fürs Programm

Ein Dilemma dieses Veranstaltungstyps ließ sich bei der Absicht, Europa an einem Abend kulturell erfahrbar machen, nicht vermeiden. Zwei künstlerische Auftritte reichen nicht hin, um die Breite und Vielfalt des kulturellen Europas vorzuführen, drei Auftritte hingegen sind insgesamt zu lang, um das Publikum durchgängig zu bannen. Eine Pause wird dann auch noch erforderlich und die Gefahr von frühzeitigem Verlassen des Festsaals durch weitere Gäste steigt … Diese Gefahr kann nicht vermieden werden, sie kann nur eingedämmt und gemeistert werden. Eine dem Anlass entsprechende Bewirtung zu günstigen Preisen hilft ungemein weiter, löst aber allein nicht das Problem. Brücken sind zu schlagen und durch eine taktvolle und anregende Moderation der rote Faden erkenntlich zu machen.

Waltraud Schleser, Vorsitzende der Deutsch-Französischen Gesellschaft Duisburg, und Josip Sosic, Vorsitzender des Bundes der Kroaten Duisburg, führten anspruchsvoll und kurzweilig durch den Abend. Unterstützt wurden sie dabei von Wolfgang Schwarzer, früher selber Moderator dieses Europafestes, durch eine Sammlung von Zitaten prominenter Persönlichkeiten zur Vor- und Frühgeschichte der Europäischen Integration. Diese anregende und aufschlussreiche Sammlung soll noch zugänglich gemacht werden.

Eine „Klammer" für das Programm war die „Canzone" von 1990. Eingangs wurde sie vom Band eingespielt, zum Abschluss trug sie Silvester Pece, ein bekannter konzertanter Akkordeon-Spieler in Duisburg vor (siehe Info-Kasten III). Für die Anwesenden standen Textblätter in vier Sprachen – Italienisch, Französisch, Englisch und Deutsch – zur Verfügung. Zum Abschluss erklang Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude", die Europahymne, in der festliche geschmückten Kirche. Der würdevolle Ort ist letztlich als Erfolgsfaktor nicht wegzudenken – ein Funktionssaal mit allen technischen Schikanen schafft kein vergleichbares Ambiente.

4. Abschluss, Ausblick und Epilog

Vor den Schlussworten von Gemeindepfarrer Martin Hoffmann sprach Bürgermeisterin Edeltraud Klabuhn allen Anwesenden aus dem Herzen, indem sie spontan, berührt von der Atmosphäre des Abends, für eine Wiederholung in den Folgejahren plädierte und eine wirksamere Ansprache der jüngeren Jahrgänge einforderte. Letztlich wies sie unausgesprochen auf die besondere Glaubwürdig- und Glaubhaftigkeit der Akteure hin: Alle Interpreten und die Moderatoren des Abends, die aus den GUS-Staaten, aus Polen, aus Spanien, aus den Niederlanden, aus Kroatien und Serbien, aber auch aus Deutschland stammen, haben eines gemeinsam: Sie leben als Europäer in der Bundesrepublik Deutschland. Dafür, dies erfahrbar zu machen, sind solche Veranstaltungen von Bedeutung.

Für eine breite Ansprache junger Menschen bleiben noch weitere Formate zu entwickeln. Bezüglich einer Wiederholung des Europafestes steht im nächsten Jahr ein weiterer Schritt an. Anlässlich des 75. Jahrestags des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 soll nach fast zehn Jahren Unterbrechung das „Fest der Freiheit zum Verfassungstag" wieder durchgeführt werden. Wenn möglich, als ganztägige Freiluftveranstaltung am Samstag, 25. Mai 2024, wiederum vor der Pauluskirche.

Die Hürde, die dann zu meistern bleibt, sprach Pfarrer Martin Hoffmann in seiner Danksagung an, indem er die erhebliche Anzahl der stillen Helfer, darunter Jusos und Gemeindejugendliche, in den Mittelpunkt stellte. Auch 2024 werden 30 bis 40 tatkräftige Menschen erforderlich sein!

Zudem betonte er die Leistungen der Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. bei der Vorbereitung und Durchführung. Damit wies er auf eine zentrale Aufgabe unserer Vereinigung hin: Dahin zu gehen, wo man gefordert ist und auch gefordert bleibt.

Dies gilt auch für die Inhalte. Wer feste Feste feiert, hat sich dann der Pflicht zu stellen. Am Folgetag, dem 8. Mai, referierte der frühere Bundesvorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie Prof. Dr. Bernd Faulenbach zu dem Thema: „Wider den Präsentismus – Die deutsche Erinnerungskultur in der Bewährungsprobe". ■

„Europa feiert! Feiert Europa!" – Der Trägerkreis

Ein Fest von Bürgern für Bürger. Veranstaltet von der Evangelischen Gemeinde Duisburg-Hochfeld in Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Regionale Arbeitsgruppen Rhein-Ruhr West und Mittleres Ruhrgebiet; Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e. V.; Deutsch-Britische Gesellschaft Duisburg e. V.; Bund der Kroaten e. V. Duisburg; Europa-Union Deutschland, Kreisverband Duisburg-Mülheim-Niederrhein; Freunde der Friedensorgel – Amici dell' Organo della Pace Sant' Anna di Stazzema; Laboratorium – Ev. Zentrum für Arbeit, Bildung und gewerkschaftliche Seelsorge; Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen K.d.Ö.R.; Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) – Stadtverband Duisburg; Jugendring Duisburg. Und mit Unterstützung von Volkshochschule Duisburg, Europe Direct Duisburg – Niederrhein, Kommunales Integrationszentrum der Stadt Duisburg und Unlimited Veranstaltungsservice.

Wofgang Braun ist Sozialwissenschaftler und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein Ruhr West von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Westküste

Berndt Steincke

Veranstaltungsreihe „NS-Menschheitsverbrechen und Dithmarschen“

Ausstellungen und Vorträge im Historischen Lernort Neulandhalle

Foto: privat

Die Veranstaltungen im Historischen Lernort Neulandhalle waren im ersten Halbjahr 2023 gut besucht.

Der in Brunsbüttel lebende Geschichtslehrer des Detlefsengymnasiums Glückstadt Jens Binckebanck ist der Initiator der oben genannten Veranstaltungsreihe über NS-Menschheitsverbrechen im Zusammenhang mit Dithmarschen. In Zusammenarbeit mit dem Verein Dithmarscher Volkshochschulen, der Brunsbütteler Volkshochschule, der Stadt Brunsbüttel, dem Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe SH-„Westküste“ Berndt Steincke, mit der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung, dem Gymnasium Brunsbüttel und dem Werner-Heisenberg-Gymnasium Heide ist 2023 eine Veranstaltungsreihe entstanden, die im Kreis Dithmarschen und insbesondere in dem Historischen Lernort Neulandhalle im Dieksanderkoog (ehemaliger Adolf-Hitler-Koog) große Resonanz gefunden hat.

Der Kreis Dithmarschen an der schleswig-holsteinischen Westküste gehörte zu den frühen Hochburgen des Nationalsozialismus. Bereits bei den Reichstagswahlen 1928 erzielte die NSDAP hier einen Stimmenanteil von rund 18 Prozent. 1935 wurde ein bereits 1933/34 eingedeichter Koog nach Adolf Hitler benannt und propagandistisch ausgeschlachtet. Dieses neu gewonnene Land im Adolf-Hitler-Koog wurde von den Nationalsozialisten nicht nur als erste Erweiterung des „Lebensraumes“, sondern durch die ideologische Auswahl der Siedlerfamilien auch als „Volksgemeinschaft im Kleinen“ inszeniert. Die 1936 in diesem Koog errichtete „Neulandhalle“, die bis 1945 als Versammlungs- und Schulungsstätte diente, sollte diesen ideologischen Anspruch repräsentieren. Nach 1945 war in den Räumen zunächst eine Gaststätte untergebracht, von den 1970er Jahren an bis 2011 wurden sie als „Evangelisches Jugend- und Freizeitzentrum Neulandhalle“ genutzt. Seit 2019 gehören das Gebäude und eine Ausstellung auf dem Außengelände zum Historischen Lernort Neulandhalle. ■

Ausstellung und historischer Ort: Der Historische Lernort Neulandhalle im Dieksanderkoog in Dithmarschen

Fotos: privat

Berndt Steincke ist Ehrenvorsitzender der „Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung“ sowie Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Westküste von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Interview

Nicht klagen, selber was machen!

Birgit Kipfer wird in diesem Juli 80 Jahre alt. Seit dem Jahr 2000 ist die ehemalige SPD-Politikerin Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und seit 2010 Sprecherin der Landesarbeitsgruppe (LAG) Baden-Württemberg. Von 1988 bis 2009 war sie Mitglied des baden-württembergischen Landtags. Im Interview berichtet sie über ihr langjähriges Engagement, ihre Vorbilder und Antriebsfedern.

Birgit, dein politisches, soziales und kulturelles Engagement ist beeindruckend und vielfältig. Die Ergebnisse bezeugen auch deinen kontinuierlichen und stetigen Einsatz. Was hat dich geprägt und welche Vorbilder hast du gehabt?
Birgit Kipfer: Vor allem waren mir meine Eltern ein Vorbild. Mein Vater hat uns als Arzt vorgelebt, dass es jeder Mensch wert ist, umsorgt zu werden – ungeachtet von Herkunft und Vermögen. Auch meine Mutter, die aus Norwegen kam, engagierte sich ehrenamtlich und war darüber hinaus sehr fürsorglich gegenüber anderen Menschen.

Welchen Raum hast du als Kind und Jugendliche gehabt, um dich zu entfalten?
Als Jüngste von fünf Kindern habe ich viel Geborgenheit erfahren und wurde sogar eher von meinen älteren Geschwistern erzogen. Als Kinder hatten wir viele Freiräume zum Herumstöbern in den städtischen Ruinen Bremens. Leitplanken, an denen ich mich hätte orientieren sollen und können, bekam ich keine gesetzt. Meinen Eltern, geprägt durch den Krieg, war es wichtig, dass wir unseren Horizont weiten und Erfahrungen in anderen Ländern sammeln. So waren wir häufig in den Sommerferien im Heimatland meiner Mutter und meine Eltern schickten mich auch schon früh, mit 13 und 14 Jahren, allein auf Reisen zu ihren Freunden in Paris und London.

Welchen Halt hast du erfahren, was sind deine Lebensanker?
Bis heute pflegen wir als Familie sehr enge Verbindungen, obwohl die Familienmitglieder weit in der Welt verstreut leben. Seit meinem zwölften Lebensjahr spielte ich Cello und so wurden klassische Musik und das Musizieren mit anderen mein Lebenselixier. Mein Ehemann hat mich in allem, was ich veranstaltete, unterstützt. Und ich war und bin insofern privilegiert, da sich mein Leben immer in gesicherten finanziellen Verhältnissen abgespielt hat.

Foto: privat

Birgit Kipfer

Welche Themen haben dich politisiert? Für welche Themen hast du dich bevorzugt engagiert?
Anfang der 1970er Jahre habe ich mich für die Politik Willy Brandts begeistert. Deshalb bin ich vor 50 Jahren in die SPD eingetreten und habe dann eine klassische Ochsentour gemacht. Dann hat mich die Stellung der Frauen in der Gesellschaft beschäftigt, auch aus eigenem Erleben heraus. Wichtig war und ist mir die Bewahrung der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit, aber auch die Chancengleichheit, der Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Kultur und Musik. Später wurde Medienpolitik mein Thema und ist es auch heute noch.

Was hat dich in deiner politischen Arbeit motiviert?
Mein Lebensmotto war immer: Nicht klagen, sondern selber was machen, egal, was auf dich zukommt! Bei jeglicher Arbeit habe ich sehr viel selbst profitiert. Die vielen Begegnungen mit Leuten vom Fach haben mich immer bereichert und motiviert.

Was war dein innerer Antrieb, als du dich zusammen mit zwei anderen Mitgliedern für die Gründung der KZ-Gedenkstelle Hailfingen-Tailfingen eingesetzt hast?
Über das „Mitglied sein" bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hinaus haben wir hier eine Möglichkeit gesehen, vor Ort etwas zu tun, damit der Holocaust, dieses deutsche Menschheitsverbrechen, nicht vergessen wird. Wir wollten zeigen, dass die Verbrechen nicht nur weit weg im Osten Europas stattfanden, sondern direkt hier, vor der eigenen Haustür. Wir wollten dafür Sorge tragen, dass über Gründe und Mechanismen, die zum Holocaust geführt hatten, diskutiert wurde, um Wege zu zeigen, wie wir uns gegen ähnliche Entwicklungen in der Gegenwart wappnen können. Denn das geht nur mit einem demokratischen Rechtsstaat. Wir empfanden, dass wir es den Opfern und Überlebenden schuldig sind, und machten darüber hinaus die Erfahrung, dass Gedenkstätten nicht nur für unsere Erinnerung wichtig sind, sondern auch für die Familien und Nachkommen der Opfer. Dort finden sie einen oft lang vermissten Ort, um zu trauern und ihrer Angehörigen zu gedenken. Als wir mit unserer Arbeit in Hailfingen-Tailfingen begannen, herrschte noch weitgehend eine Schlussstrich-Mentalität. Das hat sich inzwischen wohl ein wenig verändert.

Ein Pfeiler der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist die Erinnerungskultur an das DDR- »

» **System. Wie kommt es, dass du dich für das DDR-Museum Pforzheim engagierst?**
Anders, als viele meinen, fand die deutsche Teilung nicht nur im fernen Ostdeutschland statt, sondern sie hatte auch etwas mit dem deutschen Südwesten zu tun. Viele hatten „drüben" Familie und Freunde. Und viele Ost-Geflüchtete kamen hierher mit ihrer individuellen Lebensgeschichte, die erzählt werden sollte – ganz abgesehen von der allgemeinen Politik im Kalten Krieg, die ja ganz Deutschland betraf.

Der Sammler Klaus Knabe, der selbst 1961 kurz vor dem Mauerbau von Dresden nach Pforzheim kam, wollte durch das Aufzeigen dieser Geschichte junge Menschen, aber auch ältere Generationen für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Werte sensibilisieren. Denn diese sind ja keine Naturgesetze, wie viele junge Menschen meinen. Es soll ihnen bewusst werden, wie gut es ist, hier leben zu dürfen. Diese Intention des DDR-Museums Pforzheim haben wir im Sinne des Gründers fortgesetzt und kein „Heimatmuseum" daraus gemacht. Ich habe dann erfolgreich für die Finanzierung einer hauptamtlichen Leitungsstelle durch den Landeshaushalt gekämpft. Jetzt läuft dieser „Lernort Demokratie" fast von allein und ich kann mich demnächst zurückziehen.

Gesellschaftlicher und globaler Wandel stellen uns immer wieder vor neue Herausforderungen. Welche Themen hältst du gegenwärtig und zukünftig für besonders wichtig?
Wichtig sind gewiss die Bekämpfung des Klimawandels, die Bewältigung der Digitalisierung oder die Integration vieler Menschen aus aller Welt. Am wichtigsten aber bleibt das Einstehen für unseren freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat – also die Bekämpfung des Rechtsextremismus, indem wir uns ihm stellen und aus unserer eigenen Blase heraustreten.

Ein gesellschaftliches Klima zu bewahren oder zu erschaffen, das zur politischen Teilhabe einlädt – wie kann das gelingen?
Demokratie ist mehr als das Wissen darüber, wie sie funktioniert. Sie ist eine Lebenseinstellung und ermöglicht das Mittun in einer Zivilgesellschaft. Das muss mit den Menschen eingeübt werden, in Kindergarten, Schule, Hochschule, bei der Ausbildung, in der Erwachsenenbildung und überall dort, wo Menschen zusammenkommen.

Foto: Wachendörfer

Birgit Kipfer im Gespräch mit Vorstandsmitglied Carsten Rose während der Mitgliederversammlung 2022 in Frankfurt am Main.

Was ist dir wichtig zu hinterlassen und den Generationen deiner Kinder und Enkel weiterzugeben?
Meine Enkel sollen begreifen, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit respektiert werden muss – und dass sie, anstatt zu jammern, sich aufraffen, etwas selbst zu tun. „Man muss was tun ..." ■

Die Fragen stellte Annette Simminger, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

man muß was tun

man muß was tun
muß man was tun
was muß man tun

man hätte was getan
hätte man was getan
was hätte man getan
hätte man was getan

tun was man muß
was man tun muß
tun muß man was
was muß man tun

Das Gedicht von Franz Mon (1926–2022) hängt bei Birgit Kipfer Zuhause an der Wand.

ZWEI LEUCHTTURMPROJEKTE

Für zwei Projekte hat sich Birgit Kipfer besonders eingesetzt: **1998** gründete sie unter der Obhut des damaligen LAG-Sprechers Alfred Geisel mit einigen weiteren Mitgliedern die Regionale Arbeitsgruppe Böblingen-Herrenberg-Tübingen. 2001 begann sie zusammen mit Harald Roth und Volker Mall für das Gedenken an das etwa 30 Kilometer südwestlich von Stuttgart gelegene KZ-Außenlager in Hailfingen-Tailfingen zu arbeiten. Am **6. Juni 2010** konnten schließlich die **KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen** im alten Tailfinger Rathaus eröffnet und ein Mahnmal am westlichen Ende des ehemaligen Flugfelds in Hailfingen eingeweiht werden.

Etwa **2009** lernte Kipfer den Gründer des DDR-Museums in Pforzheim, Klaus Knabe, kennen, der auch Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war. Er bat sie kurz vor seinem Tode, sich um den Fortbestand seines Museums zu kümmern. Es entstand die Idee, die Sammlung Knabes in eine Stiftung einzubringen. Dabei unterstützte der damalige Vereinsvorstand, ganz besonders Joachim Gauck und Eberhard Diepgen, mit Besuchen in Pforzheim das Einwerben der Gründungssumme von 100.000 Euro. So konnten im **Juli 2012 die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"** gegründet und der Wunsch Klaus Knabes erfüllt werden. Daraufhin wurde Birgit Kipfer zur Stiftungsvorsitzenden gewählt. Das ist sie noch heute.

Werner Jung

Ein Haus für Erinnern und Demokratie

Neues Angebot und Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Erinnern und Demokratieförderung miteinander zu verbinden, ist schon vom Namen her das Ziel von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Auch das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (NS-DOK) sieht in dieser doppelten Aufgabe seinen Auftrag. Durch eine wesentliche Erweiterung, die im Juni 2023 der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, haben sich die Arbeitsmöglichkeiten so verbessert, dass das NS-DOK als ein Haus für Erinnern und Demokratie bezeichnet werden kann. Dabei hat „Haus" zunächst eine allgemeine, übertragende Bedeutung, ist jedoch vor allem konkret bezogen auf das EL-DE-Haus, den ehemaligen Sitz der Gestapo in Köln, wo sich heute das NS-DOK befindet.

Demokratieförderung gehört zu den zentralen Aufgaben von Gedenkstätten. Wer die NS-Zeit erforscht und vermittelt, sollte sich zum Ziel setzen, dazu beizutragen, dass sich ein derartiges Verbrechen nicht wiederholt. Schon allein die Tatsache, ob und wieweit eine Gesellschaft sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus befasst und versucht, daraus Lehren für die heutige Gesellschaft zu ziehen, verweist in einer Art Lackmustest auf den Zustand der Demokratie in einem Land. So gesehen ist kritisches Erinnern bereits eine Förderung unserer Demokratie und entscheidend für ein demokratisches Bewusstsein. Das Lernen aus der Geschichte des Nationalsozialismus bedeutet eben auch, wachsam gegenüber aktuellen Bedrohungen unserer Demokratie zu sein.

Diese Grundidee, Erinnern und Demokratieförderung miteinander zu verbinden, ist für das NS-DOK nicht neu. Mit der 2008 gegründeten Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) wurden professionelle Strukturen für Bildung, Beratung und Dokumentation extrem rechter und antisemitischer Vorfälle und Gruppierungen geschaffen. 2019 kam die Fachstelle „[m²]: miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus" hinzu. ibs und [m²] sind dauerhafte Angebote, die ausschließlich von der Stadt Köln finanziert werden.

Ein glücklicher Umstand hat nun eine grundlegende und starke Erweiterung ermöglicht. Ich bekam im Juni 2016 als Direktor des NS-DOK den Ehrenpreis des Kölner Kulturrats verliehen. Eine gute Gelegenheit, in den Medien zwei zentrale Forderungen zu platzieren: „Es ist, glaube ich, an der Zeit, dieses Gebäude [das EL-DE-Haus, W. J.] vollständig dem NS-Dokumentationszentrum für seine Zwecke zur Verfügung zu stellen. Mir geht es darum, hier ein Haus für Erinnern und Demokratie zu etablieren." Unmittelbar nach der Preisverleihung wurde eine kleine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Konzepts gegründet. Bereits knapp nach einem Jahr beschloss der Rat der Stadt Köln, das Haus für Erinnern und Demokratie im kompletten Umfang des mittlerweile entwickelten Konzepts zu verwirklichen. Nach Auszug des Rechts- und Versicherungsamts und des örtlichen Personalrats aus den beiden oberen Etagen konnte das NS-DOK am 1. Juli 2019 diese Räume übernehmen und ist seitdem alleiniger Nutzer des EL-DE-Hauses. Die beiden oberen Etagen umfassen 1.380 Quadratmeter, womit sich die Fläche des Hauses insgesamt auf rund 4.300 Quadratmeter erstreckt.

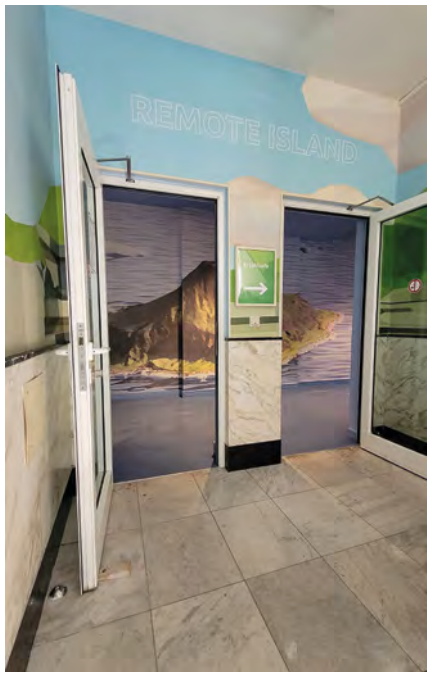


Foto: Ilja Gold

Remote Island – der Eingangsbereich des NS-Dokumentatinszentrums der Stadt Köln 2023

DIE TEILE DES NEUEN KONZEPTS

Erlebnisort zur Demokratie: „Remote Island – Abenteuer Demokratie auf einer Insel"

Unter weitgehender Beibehaltung der bisherigen Raumstruktur wird auf der dritten Etage eine handlungsorientierte Rauminstallation geschaffen. Eine Gruppe – wie etwa eine Schulklasse – verbringt zweieinhalb bis drei Stunden in dem Spiel. Für diesen Zeitraum ist sie dort die einzige Gruppe. Die Arbeit erfolgt in Kleingruppen von vier bis fünf Jugendlichen. Insbesondere bietet der Erlebnisort einen modernen Zugang zum Themenfeld Demokratie, der auf Erlebnis und Erfahrung, nicht primär auf Kognition ausgerichtet ist. Eine Spielsituation ermöglicht selbstforschendes und entdeckendes Lernen. Die Jugendlichen werden dank aufwändiger Medientechnik und dynamischer Licht- und Mediensteuerung durch das Inselspiel geleitet.

Auf einer weit abgelegenen Insel werden die Teilnehmenden als letzte Überlebende einer globalen Katastrophe vor die Aufgabe gestellt, eine neue Gesellschaft zu begründen. Grundsätzliche Fragen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft werden anhand folgender fünf Themen diskutiert: Arbeit, Ernährung, Kultur, Sicherheit und Wohnen. Die fünf Themenräume werden nacheinander durchlaufen. Zunächst wird in einem „Storyraum" das »

Fotos: Ilja Gold

Remote Island – der Kulturraum (Bild links) und das Erzählcafé (Bild rechts) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, 2023

» Problem dargestellt, dann diskutieren die Jugendlichen die zu lösende Aufgabe und setzen anschließend in dem angrenzenden „Aktionsraum" konkret eine Lösung um. Es geht darum, in dem Inselspiel eigene Gesellschaftsverträge auszuhandeln und darüber in einem demokratischen Abstimmungsprozess – im „Inselrat" – zu entscheiden. Das Ergebnis fließt in einen Inselvertrag ein, der den Teilnehmenden mitgegeben wird. Eine solche Insel existiert auch real. Sie heißt Tristan da Cunha und ist die entlegenste bewohnte Insel mitten im Atlantischen Ozean.

Erzählcafés

Drei Erzählcafés bieten ein vertiefendes Angebot nach Führungen durch die Gedenkstätte und die Dauerausstellung. Mit rund 100.000 Besucherinnen und Besuchern und über 2.200 geführten Gruppen im Jahr (Stand 2019 vor Corona) war das NS-DOK schon längst an seine Kapazitätsgrenze gestoßen. Die Räume sind mit einer Theke und einer Bühne für die Aufführung von Spielszenen ausgestattet und mit in Trödelläden zusammengekauften Tischen, Stühlen, Barhockern bestückt, die in lockerer Aufstellung so angeordnet sind, dass sich kleine Gruppen zusammenfinden können. Die Erzählcafés sind Orte der Reflexion. Die begleitenden Lehrpersonen organisieren dies in Eigenregie und regen das selbstforschende Lernen der Jugendlichen an. Sie bedienen sich dabei der vorbereiteten und zusammengestellten Materialien, über die sie sich vor dem Besuch auf der Internetseite informieren konnten.

Junges Museum

Im Jungen Museum geht es vor allem um die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und auch Familien. Das Lernen im Dialog steht im Vordergrund. Es wird die Geschichte eines jüdischen Mädchens aus Köln erzählt (Faye Cukier), das zusammen mit seinen Eltern auf abenteuerliche Weise die Flucht nach Belgien überlebte. Im Kontrast dazu steht die Geschichte eines Jugendlichen aus Köln, der früh in der Hitler-Jugend Karriere machte (Edgar Gielsdorf). Die Geschichten der beiden Protagonisten werden jeweils in einer Raumeinheit dargestellt. Das Junge Museum stellt dabei didaktische Exponate aus, die für die jeweilige Biografie eine Rolle spielen. Die Kinder und Jugendlichen können die Exponate berühren und sich diese aneignen sowie Audio- und Videostationen nutzen.

Junges Museum – Raum für Faye Cukier

Die Erweiterung des NS-DOK stellt eine Bildungsoffensive dar. Sie verstärkt die Angebote zur Demokratieförderung und gleichzeitig jene zu einer vertiefenden Beschäftigung mit der NS-Geschichte. Neben Standardführungen durch die Gedenkstätte Gestapogefängnis und die Dauerausstellung von 90 Minuten sind nun verstärkt mehrstündige, halb- und ganztätige Programme bis hin zu Projektwochen möglich. Nach einem weiteren Beschluss des Rates von 2020 sind für Kölner Schülerinnen und Schüler sämtliche pädagogische Angebote des NS-DOK gebührenfrei. Dies rechtfertigt es, das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln seitdem als **Haus für Erinnern und Demokratie** zu bezeichnen. ■

Dr. Werner Jung arbeitete von 1986 bis 2021 im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, zunächst als stellvertretender Direktor und von 2002 bis Ende Oktober 2021 als Direktor. Er ist seit den Anfängen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Mitglied und gehörte bis 2021 dem Vorstand an.

GESCHENKSPENDE. SCHENKEN MIT SINN.

Ob **Geburtstag, Weihnachten, Hochzeit** oder **Taufe** – vermutlich grübeln auch Sie gelegentlich, was Sie **Familie, Freunden, Verwandten** oder **Kollegen** schenken sollen. Haben Sie schon einmal über eine Geschenkspende nachgedacht?
Diese **nachhaltige Geschenkidee** macht doppelt Freude. Denn mit einer Geschenkspende unterstützen Sie die ehrenamtliche Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bei der Stärkung der Demokratie und Sie machen zivilgesellschaftlich orientierten Menschen eine besondere Freude.
Eine Geschenkspende ist übrigens auch **das ideale Last-Minute-Geschenk**. Sie können eine Geschenkspende ganz bequem von zu Hause abschließen und die Geschenkurkunde sofort ausdrucken.

GESCHENKSPENDE FÜR FIRMEN

Kleine Firmen bis hin zu großen Unternehmen spenden gerne an gemeinnützige Vereine. Beispielsweise können Unternehmen statt materieller Geschenke zu Weihnachten oder zum Firmenjubiläum an ihre Kunden oder Lieferanten Geschenkspenden verschenken und damit die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. fördern.

Bei Fragen zur Geschenkspende kann Ihnen in der Geschäftsstelle Astrid Schuhmann weiterhelfen unter *info@gegen-vergessen.de* oder per Anruf in unserer Zentrale.

SPENDE VERSCHENKEN – SO GEHT'S

Auf unserer Internetseite
www.gegen-vergessen.de/unterstuetzung/spenden/
finden Sie rechts unter WEITERE SPENDENMÖGLICHKEITEN den Link zur GESCHENKSPENDE. Sinnvoll schenken mit einer **GESCHENKSPENDE – ganz einfach in vier Schritten**:

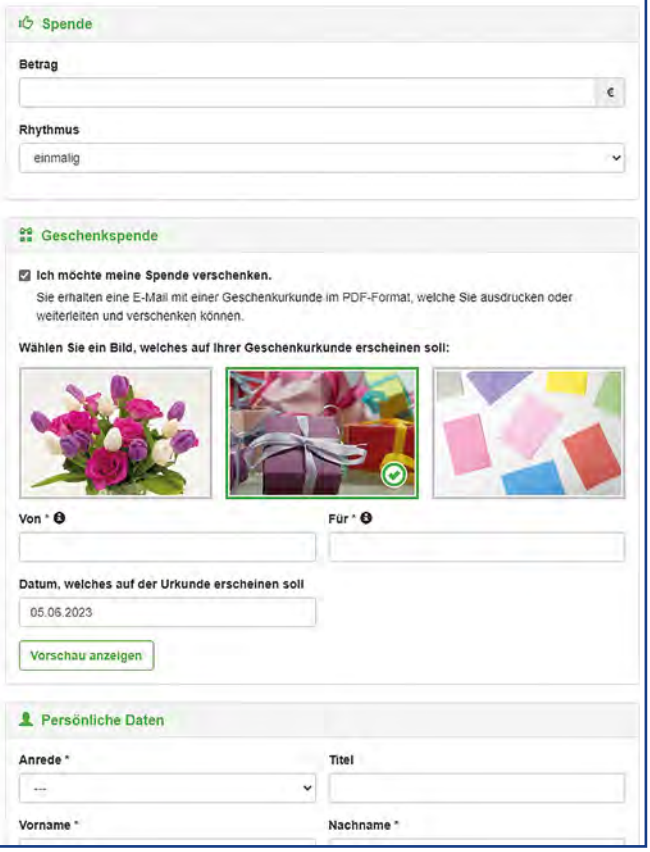
1. Setzen Sie im Spendenformular das Häkchen bei **„Ich möchte meine Spende verschenken"**.

2. Personalisieren Sie Ihre Geschenkurkunde, indem Sie den Namen der beschenkten Person und Ihren Namen angeben, und **wählen Sie ein Motiv**, das auf Ihrer Geschenkurkunde abgebildet sein soll.

3. Nachdem Sie das Formular ausgefüllt und abgeschickt haben, wird innerhalb weniger Minuten automatisch eine **E-Mail mit der Geschenkurkunde** an Ihre Adresse geschickt.

4. Das **Geschenk überreichen**: Ausdrucken können Sie sich die Geschenkurkunde über jeden herkömmlichen Drucker – am besten in Farbe, Schwarz-Weiß geht aber auch. Dann können Sie Ihre Geschenkurkunde direkt überreichen. Sie können die Urkunde auch per E-Mail weiterleiten.

Selbstverständlich können Sie Ihre Spende steuerlich geltend machen. Sie erhalten wie üblich zeitnah nach der Spende Ihre Spendenbescheinigung. Auch für Firmen ist die Spende steuerabzugsfähig.



WIR SAGEN DANKE!

Im April 2023 starb unser langjähriges Mitglied Achim Großmann, ehemaliger MdB und parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, im Alter von 75 Jahren.

Anlässlich der Beisetzung baten seine Angehörigen im Sinne des Verstorbenen um Spenden für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Insgesamt kamen so 10.666,11 € für die Arbeit des Vereins zusammen.

Wir danken hierfür der Familie Großmann und allen Spenderinnen und Spendern sehr herzlich.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Im Schatten der Politik: Erinnerungen in Moll

Nie ohne Angst, doch voller Mut und Hoffnung – ungewöhnliche Lebenswege quer durch deutsche Zeiten.

„Fremd" – das ist ein Buch voller Erinnerungen und Erfahrungen, „die exemplarisch für viele Menschenschicksale sein könnte[n]. So ist dieses Buch allen Menschen gewidmet, die irgendwo im Nirgendwo leben." Heute, wohlgemerkt – und deshalb ist die biografische, besser: diese ganz persönliche und so schmerzhafte Geschichte des Kindes, des Jugendlichen, des jungen Erwachsenen Michel Friedman ein nicht allein historisches Beispiel. Sie steht für viele ganz ähnliche, wenn auch völlig unterschiedliche Lebensschicksale gestern und heute, das ist Michel Friedman wichtig. Er will keine Sonderrolle. Er will nur erzählen und sich erinnern an das, was war und was ist und vor allem auch: was sein könnte, wenn Hass nicht mehr wäre, wenn Ausgrenzung keine Rolle mehr spielte; wenn ein fremder oder nur fremd klingender Name kein Abwenden mehr provozierte und Schläge schon gar nicht; wenn ein anderes Aussehen, ein anderer Glaube, schon eine andere Meinung oder ungewohnt neue Ideen völlig normal wären, jederzeit willkommen also und problemlos anerkannt von der ersten flüchtigen Begegnung an.

Begleiten wir Michel Friedman, begleiten wir das Kind Michel noch ein bisschen durch sein Leben, durch seine Vergangenheit. Und lassen wir uns dabei von dem grafischen Druckbild der Seiten dieses Buches nicht täuschen. Moderne Langzeitgedichte werden gern so zwischen Buchdeckeln präsentiert: Linksbündig werden die kurzen Verszeilen angeordnet, einzelne Worte oder zwei oder drei Wörter reichen für eine Zeile, Satzfragmente folgen, längere Satzkonstruktionen lösen sich auf in drei, vier, fünf Zeilen, Endreime sind die Ausnahme, Atempausen richten sich nach dem Druckbild, und altmodische Zeichensetzung hat Seltenheitswert oder so ähnlich. „Fremd", das ist alles andere als Poesie. Es ist ein ganz besonderes und ungewöhnlich persönliches Buch.

Eure Heimat: mit Nummern eingraviert

Hier eine erste Station: Mama und Papa in Krakau, im Ghetto, sie wollen raus, so schnell wie möglich, nur weg.

Aber wohin?
Wer wollte euch noch haben?
Ihr, die aus dem Nirgendwo kamt .
Brennmaterial.

Ihr seid
Nichts.
Niemand.

Doch jetzt liegt Papa auf dem Asphalt. Grölende Gestalten um ihn herum, gegen den Juden wird gepöbelt, Hass pur: Er wird geschlagen, getreten, er wird ausgelacht. Mama steht in der Nähe, sie sieht alles: Sie schreit.

Dann:
Ein Mann stellt seine Aktentasche auf den Boden:
dunkler Anzug,
weißes Hemd,
blaue Krawatte,
Brille mit dicken Augengläsern.
Baut sich vor Mama auf,
richtet sich auf.
Seine Hände sind gepflegt,
manikürte Fingernägel.
Zu spät,
zu leise.
Seine Faust rast in ihr Gesicht.

Du spürst wieder Tritte.
Magen.
Leber.
Lunge.
Weg von hier.
Aber wohin?
Wohin nur?
Wohin?

Auschwitz ist die nächste Station. Mama und Papa werden überleben dank eines Mannes, über den sogar wir Nachgeborenen viel zu spät und damals immer noch viel zu wenig erfahren haben. In den späten 1950er, den frühen 1960er Jahren ist Oskar Schindler nie Schulstoff gewesen. Dieser furchtlose Mann mit seiner Namensliste der „Schindlerjuden" hat 297 Jüdinnen und 781 Juden retten können, unter ihnen Michels Eltern. Oskar Schindler war kein „Wolf", keiner der „Wirs", der laue Ausreden brauchte, um nicht helfen zu müssen. Er war einer der viel zu wenigen auf der anderen, der – ja doch! – guten Seite.

Eingraviert.
Was kann der Einzelne schon tun?
Feige Ausrede.
Verfluchter Oskar Schindler.
Stimmt nicht,
stimmt nie.
Eingraviert.
Mama, Papa leben.
Du lebst.
Handeln statt reden.
[…]
„Was kann man schon tun?",
sagen die Wirs.
„Es braucht Mut, um etwas zu tun",
sagen sie.

Sie sagen es schon so lange,
dass sie es selbst glauben.

Erst im Juni 1993 wurde Oskar Schindler von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern" geehrt für die Rettung seiner Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Ein halbes Jahr später kam Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste" in die Kinos, erst jetzt wurde seine Geschichte wirklich bekannt. Oskar Schindler war bereits 1974 in Hildesheim gestorben –

vergessen fast, nur nicht von denen, die er gerettet hatte. Sie hatten ihm sehr bald nach Kriegsende als Dank einen Ring geschenkt, in den der Talmud-Spruch graviert war: „Wer nur ein einziges Leben rettet, rettet die ganze Welt." Der Ring war aus Zahngold gearbeitet worden … Etwas anderes gab es damals nicht, mit dem die Überlebenden ihrem Retter hätten angemessener danken können.

Wir müssen noch einmal an den Anfang dieses Buches zurück, zurück zu seiner ersten Zeile: Ich bin auf einem Friedhof geboren, lesen wir da. Diesen Satz zitiert Michel Friedman in jedem seiner zahlreichen Interviews zu „Fremd". Atmosphärisch ist er bitterernst zu nehmen: 1956 wird das Kind, wird Michel in Paris geboren. Mama und Papa haben überlebt, das ja, doch wie?

Meine Mutter,
mein Vater,
meine Großmutter:
Über-Lebende.
Trauernde.
Traurige.
Lebenstraurige.

Ich war ihr Lächeln.
Lächelnde Traurigkeit.
Wie bringe ich euch zum Lächeln?
Wie bringe ich euch zum Lachen?
Wie bringe ich euch Glück?
Zum Leben?
Gescheitert.
In der Regel:
gescheitert.
Ein Kind sollte das nicht sollen,
sollte das nicht müssen,
sollte das nicht wollen.
Sollte von seinen Eltern
zum Glück getragen werden.

Ging nicht,
Pech gehabt.

Sprache heißt: Dazugehören, Freiheit

Dabei wird es bleiben in Frankreich und später auch in Deutschland: die Juden im „Land der Mörder", dort wie hier und lebenslang Fremde. Michel das Kind, der Jugendliche unterstützt die Eltern so oft und so gut es geht als Übersetzer, als Dolmetscher nicht nur vor den Behörden. Er versucht sie aufzumuntern und wenigstens zwischendurch zu verhindern, dass Mama bei fast jeder Gelegenheit in Tränen ausbricht. Er hilft, wenn die Fremdsprache Deutsch zur unüberwindlichen Hürde wird. Papa kennt die eigenen Bildungslücken genau, irgendwann fängt er an, jeden Abend mindestens drei Stunden lang die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu lesen: Buchstabe für Buchstabe, stockend Wort für Wort, vorsichtig Zeile für Zeile, selten Absatz nach Absatz. Die deutsche Sprache ist schwere Kost, doch Papa gibt nicht auf. Und sollte es gar nicht vorangehen, dann darf Michel dem Vater vorlesen. Dann lächelt der Vater und ist sehr stolz.

Papa sagt:
Sprache ist wichtig.
Sprache heißt
Dazuzugehören.
Freiheit.
Mitreden.
Mitschreiben.
Mitdenken.
Papa weiß:
Es reicht nicht.
Sie merken es.
Ihm fehlen die Worte.
Ihm fehlt die Sprache.
Deutsch bleibt fremd.

Hitler kam zu früh, steht da lapidar. Mutter und Vater hatten keine Chancen auf Bildung. Und auf Zukunft? Michel aber hat sie. Doch irgendwann sind die schulischen Probleme dieses Kindes nicht mehr zu verbergen und alle seine Notlügen wie Seifenblasen zerplatzt. Einundzwanzig Tage sind es noch bis zu den letzten Klassenarbeiten, sagt der Lehrer. Michel könne es schaffen, meint er, wenn er nur wolle. Nicht aufgeben, sagt Papa, nur nicht aufgeben. Wie soll er beim Lernen, beim Üben helfen, ganz handfest und praktisch?! Papa schließt für einundzwanzig Tage sein Geschäft, er bleibt an Michels Seite, jeden Tag.
Ich lerne.
Er sitzt.
Er ist da,
einfach da, mein Papa.
Einundzwanzig Tage.

Ja – und das Kind wird versetzt. Der Vater sagt, und er wird es immer wieder wiederholen:

„Du hast nur eine Chance.
Werde klug.
Lerne.
Sie können dir alles nehmen,
nur nicht das,
was du im Kopf hast."
Papa setzt wieder seine Brille auf
und liest.
Buchstabe für Buchstabe.
Jeden Abend.
Jahrelang.

Und das Kind, der Jugendliche, der junge Erwachsene? Sie haben ihm nicht beibringen können, wie Leben geht. Sie haben ihm nicht erklären können, wie man umgeht mit dem Tode; was es bringt, das ständige quälende Nachdenken über alles Fremde in der Fremde. Und wie es ausgehen kann, das verflixte Leben als Fremder in einem fremden Land. Wo sind die Täter von damals in der gar nicht mehr so jungen Bundesrepublik nach 1965, als die Eltern mit ihrem Sohn nach Frankfurt am Main kommen mit ihrem Staatenlos-Pass? Wie gehen sie aus, die „Besuche" bei der Ausländerbehörde über acht Jahre einmal, in jedem Jahr Schlangestehen? Wie ist das auszuhalten, wenn Angst und auf beiden Seiten Misstrauen bleiben? Und was ändert sich wirklich, wenn endlich der »

Michel Friedman
Fremd.
Berlin Verlag, Berlin/München 2022
Gebundene Ausgabe • 176 Seiten
ISBN 978-3-8270-1461-0 • 20,00 €

» deutsche Pass überreicht wird? Wenn Michel das Abitur hat? Wenn die Mutter stirbt und wenn der Vater sich langsam dem Leben entzieht? Wann gehört man endlich dazu, wann wird das neue Land Heimat (wenn überhaupt)?

Als Papa gestorben ist und beerdigt wird, da bricht das längst erwachsene Kind zusammen. Die Fassade, die so lange gehalten hat und offensichtlich so selbstverständlich wie anstrengend war – sie zerbröselt. Jetzt helfen andere. Und außerdem: Aufgeben gilt nicht, nachgeben schon gar nicht. Fast alles bleibt so, wie es immer war – und noch immer ein bisschen fremd wohl auch:

Das Kind,
es strampelt,
es kreischt,
es wehrt sich,
es sucht sich,
es bewegt sich,
immer noch,
weiter noch.

Das Kind,
es lebt.

Mit diesen kurzen, fast atemlosen Zeilen entlässt Michel Friedman uns Leserinnen und Leser in die Gegenwart. Sie fühlt sich anders an jetzt nach der Lektüre. „Fremd" wird uns immer begleiten, denke ich – nein, hoffe ich sehr.

1393 km „Bollwerk gegen die Sklaverei"

Erinnert sich noch jemand an Hans-Christoph Seebohm (DP, später CDU) und an die berühmt-berüchtigten „Sonntagsreden" dieses national-konservativen Hardliners, über die sich Konrad Adenauer regelmäßig aufzuregen pflegte? Seebohm nahm auch sonst kein Blatt vor den Mund. Als das „Kreisblatt für Helmstedt" im Dezember 1955 die ersten „zehn Jahre Zonengrenzkreis" mit einer Sonderausgabe feierte, da forderte Seebohm (damals Bundesminister für Verkehr und Vorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft) in seinem Beitrag „Zonenrandhilfe dient der Wiedervereinigung" unter anderem: Das Grenzland gen Osten solle zu einem „Bollwerk gegen die Sklaverei" werden und seine Bewohner in einen „geistig-politischen Verteidigungszustand" versetzen. Die dazu notwendige finanzielle Unterstützung könne aus dem Verteidigungshaushalt kommen – das hatte der Bundestagsabgeordnete Paul Bleiss (SPD) schon im Mai 1954 vorgeschlagen.

Der in Goslar, also im Zonenrandgebiet aufgewachsene Mensch kann sich daran nicht erinnern, da war er mit seinen neun Jahren noch zu jung. Zugegeben: Auch sonst fällt es ihm schwer, mit den inzwischen sehr historischen Begriffen von Trizonien/Trizonesien über Grenzland bis zu dem „Markenzeichen" Zonengrenzgebiet oder dem ein klein wenig neutraleren Zonenrandgebiete eigene Erinnerungen zu verbinden. Und die 1393 Kilometer Grenze reduzieren sich ganz schnell auf die zehn, zwölf, fünfzehn Kilometer Skiwanderung im Harz durch den hohen Neuschnee vom Torfhaus aus Richtung Demarkationslinie mit dem Brocken in naher Ferne und den Pennäler-Fragen: Können wir nicht wenigstens heute auf den Brocken? Und: Warum dürfen wir das denn nicht?

Also: Mir geht es hier nicht viel anders als der viele Jahre später ebenfalls auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs aufgewachsenen Autorin Astrid M. Eckert (heute Professorin für deutsche und europäische Geschichte an der Emory University in Atlanta). Sie umschreibt es völlig korrekt: „Dieses Buch ist also auch mein Versuch, die Absurditäten zu verstehen, mit denen ich aufgewachsen bin, und warum ich sie damals nicht absurd fand."

Keine Sorge: Dieses Buch mit seinen 552 Seiten ist eine so exzellente wie sehr gut lesbare Studie: 353 Seiten Text über die Entstehung des westdeutschen Grenzlandes, seine wirtschaftliche Entwicklung und seine touristische Bedeutung; und in dieser Präzision und Ausführlichkeit wohl erstmalig über die grenzüberschreitenden Folgen der „grenzenlosen Umweltverschmutzung", über den Einfluss des Eisernen Vorhangs auf die Landschaft bis hin zum „Grünen Band" heute und dann über Gorleben natürlich: Anspruch und Wirklichkeit nicht allein an den Verhandlungstischen West und Ost – auch das nur noch historisch inzwischen mit der opulenten Ausnahme seines „Abfalls für die Ewigkeit". Ja, und dazu dann fast 200 Seiten als Anhang mit Anmerkungen und Literaturangaben für alle, die noch weiter in die Tiefe gehen wollen: ein in dieser Fülle und Gründlichkeit sehr reizvolles Angebot.

Schon im Dunstkreis der Währungsreform 1948 tauchen die ersten Ost-West-Stereotype auf wie die „DMark-ationslinie", allerdings längst nicht so haltbar wie die Mär vom „goldenen Westen". Zwischen 1950 und 1952 bestimmen „Denkschriften" die Interessenpolitik in Sachen Grenzlandbildung: Schriften über die Folgen der Demarkationslinie auf die lokale und die regionale Wirtschaft mit dem Wegfall der alten Ost-West-Routen und der dringend notwendigen Planung neuer Nord-Süd-Verbindungen. Die Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandkammern mit Sitz in Braunschweig legt schon 1950 „Erkenntnisse und Vorschläge" über „Die Auswirkungen der Ostzonen-Grenze auf die anliegenden Gebiete der Bundesrepublik" vor, eher rhetorische Fragen inklusive – diese zum Beispiel: „Unser jetziges Industriepotential liegt im Westen, unser Arbeitspotential im Osten […] Soll die Arbeitskraft zur Industrie oder die Industrie zur Arbeitskraft gehen?"

Nur wenige Tage, bevor die DDR im Mai 1952 die Grenze abriegelte und damit auch den kleinen Grenzverkehr beendete, hatten die direkt betroffenen westlichen Bundesländer Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Ostgrenzgebiete prä-

Astrid M. Eckert
Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang.
Aus dem Englischen von Thomas Wollermann, Bernhard Jendricke und Barbara Steckhan.
Ch. Links Verlag, Berlin 2022
Gebundene Ausgabe • 560 Seiten
ISBN 978-3-96289-151-0 • 30,00 €

zise als 40 Kilometer tiefen Korridor westlich der Demarkationslinie einschließlich des Abschnitts zwischen Bayern und der Tschechoslowakei sowie der sogenannten „nassen Grenze“ Schleswig-Holsteins in der Ostsee definiert. Die bereits bestehenden und die zukünftig zu erwartenden wirtschaftlichen Probleme sowie deren „politische Auswirkungen“ lieferten die wichtigsten Argumente für jede finanzielle Forderung und Förderung: Mit Blick auf den Verfassungsauftrag Wiedervereinigung sei es Bonns Aufgabe, das Grenzland „in politischer, psychologischer und wirtschaftlicher Hinsicht“ so auszustatten, dass es diesem Auftrag in der Zukunft jederzeit gerecht werden könne. Zonengrenzgebiete als Notstandsgebiete und Markenzeichen zugleich, das passte nahtlos zusammen. Ach ja – und die „Befreiung vom Solidaritätsbeitrag für West-Berlin“, vom „Notopfer Berlin“, sie könnte vielleicht auch zu den neuen Privilegien des Zonenrandgebietes gehören. Die winzig kleine blaue 2-Pfennig-Steuermarke „Notopfer Berlin“ musste zwischen 1948 und 1954 zusätzlich auf nahezu alle innerdeutschen Postsendungen geklebt werden, nur nicht von bzw. nach West-Berlin und natürlich nicht in die SBZ bzw. die DDR.

Vom Stacheldraht zum „Grünen Band“

Ohne Zonenrandförderung, primär also ohne Bundesmittel ging nicht sehr viel westlich des Eisernen Vorhangs. Und die Interessengruppen in Sachen Grenzland waren clever und einfallsreich. Das Zonenrandgebiet als westdeutsches Entwicklungsland? Das konnte nicht sein, wollte man doch das deutsche Wirtschaftswunder gen Osten strahlen lassen. Und sollte der westliche Blick gen Osten, also der „Eiserne Vorhang als Touristenattraktion“, doch als Urlaub und politische Propaganda zugleich erfolgreich vermarktet werden. „Trauer um die verlorene Heimat und Vergegenwärtigung der Teilung“: Hier an der Grenze war beides hautnah zu erleben – Vertriebene und DDR-Flüchtlinge waren bis in die 1980er Jahre die treuesten Besucher der Grenze mit Schildern wie diesen auf der Westseite: „Auch drüben ist Deutschland“, „Deutschland ist unteilbar“, „Dreigeteilt? Niemals!“.

Dass die so aus naher Ferne zu besichtigenden, immer perfekter ausgebauten militärischen Grenz- und Sperranlagen bei den West-Besuchern den Eindruck verstärkten, „sie seien für die Ewigkeit gebaut“ und schon deshalb ein fester „Bestandteil der Nachkriegsordnung“, das war so nicht gedacht. „Wir“ hier, „die anderen“ da drüben: „Es ist wahrscheinlicher, dass der Grenztourismus eine allmähliche Entfremdung beförderte, als dass er das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt hätte.“ Diese Bilanz ist kaum zu widerlegen, schon gar nicht, nimmt man die Reaktionen der ehemaligen Sperrgebietsbewohner direkt nach dem Fall der Grenze dazu. „Füttern verboten“ hallt es, als Westdeutsche auf einer Aussichtsplattform-West stehen und die Ostdeutschen beobachten, eine bös-ironische Szene gleich am Beginn von Leander Haußmanns grandioser Filmkomödie „Sonnenallee“ (1999).

Müllexporte aus der BRD in die DDR (und das nicht nur hinter Lübeck gen Osten). Über 100 Jahre Kalibergbau und die ökologisch tote Werra, damals wie heute mit diesem bitteren Resümee: „Für die Werra war der Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus am Ende nur eine Frage des Verschmutzungsgrades.“ Die Papierfabrik in Gera und ihre Schwefeldioxidemissionen: Luftverschmutzung pur, saurer Regen und der „Zwang an den [deutsch-deutschen] Verhandlungstisch“ – das Umweltabkommen von 1987 als eine der wenigen Ausnahmen in den Dauerstreitigkeiten zwischen BRD und DDR über das Verursacherprinzip (die DDR ist verantwortlich für die Schäden-Ost, sie zahlt) und das Nutznießerprinzip (die BRD ist der Gewinner von Umweltschutzmaßnahmen in der DDR, deshalb trägt Westdeutschland die Kosten). Auch das klingt wieder absurd: Selbst wenn es in Umweltgesprächen und Umweltverhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin nur selten zu einer tragfähigen politischen Einigung gekommen ist – manche der da schon historischen Protokolle, Anträge, Zusammenfassungen oder Einigungsversuche sind nach der Wiedervereinigung schnell zur Basis ökologischer Sanierungen in den neuen Bundesländern geworden.

Das gilt übrigens auch für die hier sehr eindrucksvoll rekonstruierte Entstehungsgeschichte des „Grünen Bandes“. Ein „Happy End der europäischen Teilung“?! Das muss sich erst noch zeigen, dieses Kapitel ist noch längst nicht abgeschlossen. Nur Gorleben, das seit Februar 1977 offiziell verkündete und heftigst umstrittene „Nukleare Entsorgungszentrum“ mit einer Wiederaufbereitungsanlage und einem Endlager für Atommüll scheint seit dem September 2021 endgültig auserzählt. Die Kavernen des Salzstocks in ehemaliger Grenznähe, „sie werden einfach verfüllt“. Sprengkraft hat diese Geschichte dort jedenfalls in unserer Gegenwart keine mehr.

Der Verlust unserer Identität

Nach handfestem Ärger oder gar Brisanz klingt hier nur wenig, als die Volkskammer der DDR am 17. Juni 1990 das „Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens“ beschließt. Der „Treuhand“, einer Anstalt des öffentlichen Rechts (dem Bundesfinanzministerium zugeordnet), werden rund 8.500 Betriebe zugewiesen, die „schnell“ zu privatisieren sind; die „entschlossen“ zu sanieren sind; und die gegebenenfalls „behutsam“ stillzulegen sind, so die Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel 1991. Noch grundsätzlicher: Um möglichst erfolgreich oder deutlicher: effektiv zu arbeiten, habe die Treuhand „ertragsorientiert“ (= möglichst hohe Gewinne einfahren!) und »

Hermann Vinke
„Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt.“
Staatsholding Treuhand als Fehlkonstruktion. Die Sicht der Betroffenen.
VSA-Verlag, Hamburg 2021
Broschierte Ausgabe • 208 Seiten
ISBN 978-3-96488-072-7 • 16,80 €

» „gemeinwohlorientiert" (= möglichst viele Arbeitsplätze erhalten!) zu agieren. Davon betroffen waren damals ungefähr vier Millionen Werktätige – Familienangehörige nicht mitgezählt …

So viel Theorie in Kurzfassung. Für die Beschreibung der Folgen reicht ein einziges, zugegeben etwas sperriges Wort: Massenentlassungen. Der gelernte Werkzeugmacher Stefan Kademann aus dem Döbelner Kombinat „Schlösser und Beschläge" war nach 1990 engagierter IG-Metall-Gewerkschafter dort und in Zwickau. Er umschreibt die Wirklichkeit von damals bis heute so: „Für viele war es ein Verlust ihrer Identität. […] Und dann das Ende der eigenen Autoindustrie. […] Da ist damals ein tiefer Riss entstanden. […] Da ist ein Gefühl entstanden, einer Verlierer-Generation anzugehören, ein Gefühl, das sich vom Einzelnen auf die Familie und die Kinder übertragen hat. Wahrscheinlich sind es die Leute, die wir heute bei Demonstrationen auf der Straße sehen." Deutlicher geht es kaum.

Seine widerständige Geschichte berichtet vom Ende des ostdeutschen Fahrzeugbaus. Von den ehemals 12.000 Werktätigen in und um Zwickau waren zum Schluss gerade mal 300, 400 Beschäftigte noch fest in Lohn und Brot, primär eingesetzt zum Abbau der nach und nach stillgelegten Fabrikteile oder zur Sanierung von besonders historischen, also irgendwie erhaltenswerten Industriedenkmälern. Für alle anderen galt: Kurzarbeit, Umschulung, Arbeitslosigkeit. Nur einen Lichtblick gab es, eine krasse Ausnahme damals: Ab 1989 war im Zwickauer Vorort Mosel ein Trabant-Modell mit einem „Vierzylinder-Viertaktmotor" unter VW-Lizenz produziert worden; auch das hatte 1991 schnell ein Ende. Doch schon am 21. Mai 1990 begann VW hier mit der Fertigung des „Polo II", im Februar 1991 dann mit der Produktion des „Golf II" – und seit 2007 firmiert das neue Werk hochoffiziell als „Volkswagen-Fahrzeugwerk Zwickau".

Die Heilige Johanna der Textilhöfe

Außergewöhnlich genug: Hermann Vinke hat in Mecklenburg-Vorpommern den Schiffbauern zugehört, die ihm ganz offen über ihren hektischen und zwischendurch immer wieder (wenigstens zeitweise!) erfolgreichen Kampf um den Erhalt der ostdeutschen Werften berichtet haben. In der Lausitz hat er Christine Herntier getroffen, die sich über mehr als 20 Jahre, zuletzt als Bürgermeisterin von Spremberg, um das Überleben des „Textil-Kombinats in Cottbus-Spremberg" gekümmert hat und die Textil- und Bekleidungsindustrie dann doch nicht vor dem Ende retten konnte; falls Sie sich erinnern: ehedem höchst erfolgreiche Zulieferin nicht nur für die „Quelle"-Kataloge im Westen. Eine herrliche Schlagzeile der „Frankfurter Rundschau" aus dem März 1991: „Textilindustrie – Ost und West lassen sich schwer zusammennähen", schon gar nicht dann, wenn sich die Treuhand nur um den möglichen Verkauf der ehemals staatseigenen Betriebe kümmert, nicht um deren Sanierung, deren dauerhaften Erhalt also.

Rund 23.000 Mitarbeiterinnen und -arbeiter hatte das Kombinat zu DDR-Zeiten, davon 8.000 in den drei Spremberger Werken. Als die junge Ingenieurin (Maschinenbau und Betriebswirtschaft) Christine Herntier mit Zustimmung der Treuhand die Geschäftsleitung unter anderem für die Spremberger Textilwerke übernimmt, deutet alles auf Sanierung hin und auf die Wiederaufnahme der internationalen Kontakte. Die Geschäfte laufen, und sie laufen sehr gut. Trotzdem: Ab dem 19. März 1992 gilt das nicht mehr. Die Geschäftsführerin wird vom Leiter der Treuhand-Niederlassung Cottbus darüber informiert, es gebe einen „tollen" österreichischen Investor, der „wird die Lausitzer Textilindustrie retten". Statt Sanierung Privatisierung und keine Diskussion!

Der Fabrikant für Loden und Trachten aus Tirol bietet bei einem Besuch in Spremberg Christine Herntier einen sehr ordentlich dotierten Arbeitsplatz an. Ihre Reaktion: „Nein […]. Ich bin Sprembergerin. Die Herstellung von Textilien soll in Spremberg bleiben. Ich mache es lieber selber." Sie wendet sich an die Beschwerdestelle der Treuhand. Sie wird als Geschäftsführerin gekündigt. Wenig später nimmt die Treuhand die Kündigung zurück. Und Christine Herntier kümmert sich: Eigenes Geld hat sie nicht, sie braucht Kredite. Die Eigentumswohnung und ihre Lebensversicherung werden von der Bank als Sicherheiten akzeptiert, ihr Ehemann bürgt zusätzlich. Im April 1993 kann die „Spremberger Tuche GmbH" den Betrieb aufnehmen mit den ersehnten Arbeitsplätzen, neuen Rohstoffen (Hanf-Fasern), nachhaltiger Produktion und einer gewaltigen Portion Optimismus. „Ich war […] angestellte Geschäftsführerin der Spremberger Tuche und blieb es bis Sommer 2012." Dann war endgültig Schluss. „Und es wurde ein geordneter Ausstieg mit allem Drum und Dran", sagt Christine Herntier. Es klingt ein bisschen stolz – nein: nur ein kleines bisschen zufrieden.

Und heute? Seit 2014 ist Christine Herntier Bürgermeisterin von Spremberg. Sie kümmert sich als Mitglied der „Kohle-Kommission" um den Ausstieg der Region aus der Braunkohle. „Die Heilige Johanna der Textilhöfe" und ihre „Zwei Transformationen in einer Lebensspanne", mit diesen beiden Zeilen und viel Sympathie hat Hermann Vinke ihr Kapitel in seinem Buch überschrieben und geschrieben.

Das Stahlwerk Henningsdorf, das Chemiedreieck Leuna–Buna–Bitterfeld, das Kali-Bergwerk Bischofferode … und diese letzte Historie ist die bitterste, die mieseste und die böseste aller (Wirtschafts-) Geschichten aus der Treuhand-Zeit. Zu Henningsdorf gehört Andreas Schulz, der Bürgermeister. In Schkopau und im langen Kampf um Buna sind die Diplom-Chemikerin Ingrid Häußler und der Diplom-Chemiker Klaus-Dieter Weißenborn zu finden. Der gelernte Dreher Gerhard Jüttemann erinnert an die Proteste, den Hungerstreik, die Ausschuss-Sitzungen, den Geheimvertrag der Treuhand mit der BASF und die Reisen der Belegschaftsvertreter der Kali-Grube nach Bonn, Berlin und Brüssel: Reisen voller Rückschläge. Und da ist neben vielen anderen auch noch der Unternehmer Johannes Peine aus Westfalen, der das Kali-Bergwerk Bischofferode kaufen wollte von der Treuhand. Er hatte das Vertrauen der Bergleute, weil er ganz sicher war: „Ich wusste, dass ich auf weißem Gold stand und dass ich es nur abzubauen brauchte. Das lag unter ihren Füßen, das Material für den Abbau war in Ordnung. Modernste Technik, besser als im Westen." Er hatte wie die Bischofferoder Kumpel keine Chance gegen die Treuhand und gegen „K[ali]+S[alz]", die westdeutsche Großkonkurrenz.

Interessiert das alles noch, ist das noch heute von irgendeiner aktuellen Bedeutung? Hermann Vinke ist fest davon überzeugt, wenn er 30 Jahre danach für die Aufarbeitung der Treuhand-Geschichte und ihrer Folgen voller Empathie fordert: „Weg von den maßgeblichen Figuren! Weg vom Überbau der Treuhand und hin zu den Menschen, die bislang in der öffentlichen Wahrnehmung zu kurz gekommen sind. Dieses Buch ist ein erster Versuch dazu." Ja. Man müsste ihn nur endlich offen zur Kenntnis nehmen, gerade auch im Westen. Es wird Zeit. ■

Der Widerstand, der aus der Ostalb kam

Klaus Müller

Zu Georg Elser – dem „Bürgerbräu"-Attentäter auf Adolf Hitler am 8. November 1939 – ist eigentlich alles gesagt und geschrieben, dachte man. Doch nun hat sich Wolfgang Benz, der ehemalige Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, noch einmal mit ihm beschäftigt und eine neue Biografie geschrieben. Was den interessierten Leser schon rein äußerlich beeindruckt, ist die kompakte Form der Darstellung – ergänzt um eine Reihe gut ausgewählter Bilder aus den verschiedenen Phasen des Lebens von Georg Elser. Auf nicht einmal 200 Seiten – gegliedert in übersichtliche 16 Kapitel – blättert Wolfgang Benz die Persönlichkeit dieses in Hermaringen, einem Ort in der Ostalb geborenen, in sogenannten einfachen Verhältnissen aufgewachsenen Handwerkers in seiner Vielfalt auf. Man spürt förmlich die Hochachtung, die er für ihn empfindet.

Wolfgang Benz ist ein Historiker, der gut erzählen kann. Das macht die Lektüre nicht nur interessant, sondern auch spannend. Vor allem zwei Motive sind es, die den Autor, der sich mit dem Widerstand gegen die NS-Diktatur in den vergangenen Jahrzehnten schon mehrfach intensiv und umfassend auseinandergesetzt hat, noch einmal zu Georg Elser geführt haben: Als studentische Hilfskraft in den 1960er Jahren – so schreibt er gleich zu Beginn seines Buches – habe er am Institut für Zeitgeschichte die erstmals „akribischen Forschungen" seines Chefs Dr. Anton Hoch zu Georg Elser und auch dessen „nicht ganz spannungsfreies Verhältnis" zum Entdecker der Verhörprotokolle Elsers im Bundesarchiv 1969 – Anton Gruchmann – aus nächster Nähe mitbekommen. Das waren Erfahrungen, die ihn jetzt noch einmal zu Georg Elser zurückkehren ließen. Hinzu kommt ein zweites, wichtigeres und das Buch prägende Motiv: Die bisherige Elserforschung habe dem „Einfluss der Landschaft und ihrer Menschen auf den Entschluss des bildungsfernen Handwerkers zum Widerstand in seiner höchsten Ausprägung, dem Tyrannenmord", keine Aufmerksamkeit geschenkt. Und darauf kommt es an: Wolfgang Benz stammt auch aus dieser Region.

Mit großem Einfühlungsvermögen und umfassender Kenntnis der historischen, wirtschaftlichen und sogar ortsbezogenen Entwicklungen und Details schildert der Autor die Lebenswelt der Menschen in der Ostalb: eine neue, die Elserforschung tatsächlich sehr bereichernde Ergänzung, die nur von jemandem kommen kann, der „ortskundig" ist. Wolfgang Benz beschreibt die Menschen als arbeitsam, zielstrebig und gesellig, aber auch selbstbewusst und notfalls widerständig – so schon zu Zeiten des Herzogtums Württemberg, wenn man Entscheidungen „höheren Ortes" als ungerecht oder willkürlich empfand. Daniel Christian Schubart, der als unbotmäßiger Schriftsteller des Herzogs Zorn hervorgerufen hatte und über viele Jahre im Kerker saß, gilt bis heute als leuchtendes Beispiel für die Unbeugsamkeit und Standfestigkeit württembergischen Freigeistes.

In Georg Elser sieht Benz einen typischen Spross dieser Region: „Die Abneigung des Individualisten, dem die persönliche Freiheit über alles ging, gegen die vielfältigen Zwänge des NS-Alltags, gegen die martialischen Rituale der ‚Volksgemeinschaft', gegen den Hitlergruß, den das dressierte Volk gehorsam entbot, war schon früh ausgeprägt." Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, die Elser als Kind und Jugendlicher machen musste, hatten ihn zur tiefsten Ablehnung des Krieges geführt.

In einem eigenen, vergleichsweise ausführlichen Kapitel wirft der Autor einen Blick auf die insgesamt mehr als 40 Anschläge, die auf das Leben Hitlers verübt wurden, aber alle scheiterten. Von vielen dieser Attentäter ist bekannt, wie sehr sie sich mit der ethisch-moralischen Zulässigkeit eines Tyrannenmordes beschäftigt haben. Das gilt auch für Georg Elser, wie das Verhörprotokoll, das seine Skrupel und ethischen Zweifel in der ihm eigenen, aber ins polizeiamtliche Deutsch übertragenen Sprache deutlich belegt. Im Gegensatz zu anderen plante er über den Mord hinaus keine neue Staats- oder Gesellschaftsordnung. Er hoffte „nur", dass mit der Beseitigung von Hitler, Göring und Goebbels die Möglichkeit zur Beendigung des Krieges eintreffen würde. Elser hatte keine Mittäter, keine Gesinnungsgenossen. „Seine Tat war", so Wolfgang Benz, „in richtiger Erkenntnis ihrer Notwendigkeit – einsame Obsession. Er führte sie aus in einzigartiger technischer Präzision."

Etwa die Hälfte seines Buches widmet Benz den Folgen des Attentats – eine sehr sinnvolle Gewichtung, ermöglicht doch der heutige Rückblick auf die lange Zeit der widersprüchlichen und von Unterstellungen und Spekulationen geprägten Rezeption nach 1945 eine immer abgewogenere Bewertung der Tat und vor allem der Person Georg Elsers.

Grausam, unberechenbar und brutal nahm das Regime nach dem 8. November 1939 Rache – nicht nur an Georg Elser, dessen Folterspuren alle mit ansehen konnten und mussten, die ihm die Verhörer der SS und der Sonderkommission gegenüberstellten. Die höchsten SS- und Polizeibeamten mussten ran, um Elser, seine ganze Familie und Menschen aus seinem Wohn- und Arbeitsumfeld zu verhören, zu quälen und zu demütigen. Einige verloren ihre Arbeitsplätze, wurden krank für ihr Leben. „Für die Königs- »

Wolfgang Benz
Allein gegen Hitler – Leben und Tat des Johann Georg Elser.
C. H. Beck-Verlag, München 2023
Gebundene Ausgabe • 227 Seiten
ISBN 978-3-406-80061-0 • 27,00 €

» bronner Bürger wurden die Wochen nach dem Münchener Attentat zur Hölle", schreibt Wolfgang Benz. Der Ort wurde zu „Attentatshausen" – und das für lange Zeit auch nach 1945.

Georg Elser wurde im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert, wo er fast fünf Jahre verblieb, bis er im Februar 1945 ins KZ Dachau gebracht und dort am 9. April 1945 auf Anordnung Hitlers erschossen wurde. Intensiv widmet sich Wolfgang Benz den Gerüchten um Georg Elsers angebliche Auftraggeber und Hintermänner gerade aus dieser Zeit. An der Mär, der NS-Staat habe das Attentat in Auftrag gegeben, um die Errettung des Führers umso größer erscheinen zu lassen, haben nicht wenige nach 1945 gestrickt und festgehalten – trotz aller Fakten. Dazu zählte der spätere Kirchenpräsident von Hessen-Nassau, Martin Niemöller, der mit Elser zusammen in Sachsenhausen und Dachau eingesperrt war und seinen Anteil an der langjährigen Verunglimpfung Elsers im Nachkriegsdeutschland trägt.

Durchaus vergnüglich liest sich des Autors kleiner Seitenhieb auf den Chemnitzer Historiker Lothar Fritze, der in seinem Habilitationsvortrag vom 10. November 1998 Georg Elsers Attentat einer „moralphilosophischen Bewertung" unterzog und Elser attestierte, er sei intellektuell und ethisch für ein solches Attentat unzulänglich ausgerüstet und der Anschlag deshalb nicht legitim gewesen. Die daraufhin einsetzende heftige Kritik konterte ein Mentor aus Fritzes Chemnitzer Umgebung mit dem Generalvorwurf, im Umgang mit der NS-Geschichte sei die Öffentlichkeit in Deutschland offenbar „traumatisiert" und nicht in der Lage, „mit der gebotenen Sachlichkeit, Nüchternheit, Offenheit und Unverkrampftheit unkonventionelle Thesen (zu) behandeln" – eine Steilvorlage für Wolfang Benz, der es aufschlussreich gefunden hätte, wenn Fritze seine moralphilosophischen Erwägungen auch am Helden des 20. Juli 1944, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, exemplifiziert hätte, der – aus einer anderen Sozialschicht kommend – immerhin schon fünf Jahre nach Elser zum Attentäter wurde! Fritze – für Wolfgang Benz ein besonderes Beispiel für die diversen Versuche, den Widerstand gegen Hitler zu delegitimieren.

Neu an dieser Biografie ist auch ein Überblick über die vielfältige Rezeption der Person Georg Elsers und des Attentats – darunter etwa die literarischen Annäherungen Peter-Paul Zahns und Rolf Hochhuths sowie die Filme, unter denen Klaus Maria Brandauers Film von 1989 (Georg Elser – Einer aus Deutschland, Premiere im Heidenheimer Lichtspielhaus) wegen seiner besonderen Breitenwirkung hervorsticht. Wolfgang Benz allerdings sieht das Fernsehspiel „Der Attentäter" von Rainer Erler und Hans Gottschalk aus dem Jahr 1969 noch immer als „die beste Adaption der Geschichte des Attentats" an. Nicht fehlen durfte ein Blick auf den langen Weg der Anerkennung Elsers in Königsbronn – vom erst 1999 eröffneten Elser-Museum über die Aufstellung einer Elser-Skulptur am Bahnhof bis zur späten Anerkennung, die Georg Elsers Sohn Manfred seinem Vater in den 1990er Jahren zuteilwerden ließ.

Wolfgang Benz beschließt sein Buch mit einem Bezug auf den Germanisten Joseph Peter Stern, der 1920 in einer jüdischen Familie in Prag geboren wurde und 1938 nach Großbritannien emigrierte. Er beschrieb Georg Elser schon 1975 (!) in seinem Buch als „Hitlers wahren Antagonisten" und als „Mann ohne Ideologie", „aber moralischen Postulaten verpflichtet, von ähnlichem Herkommen aus kleinen Verhältnissen wie Hitler, aber von entgegengesetzten Idealen – Freiheit, Gerechtigkeit, Friedfertigkeit – angetrieben" (Benz). Im Sinne dieser Bewertung sieht auch der Autor in ihm ein „moralisches Gegenbild zum Diktator": „Er steht für das Gute, für alle, die in Selbstverständlichkeit das als richtig und notwendig Erkannte tun, er steht für die Unbeirrbarkeit des zum Widerstand gegen Tyrannei Entschlossenen. Zu Recht sehen die Nachgeborenen Georg Elser deshalb als besonders authentischen Widerstandskämpfer."

Dieses außerordentlich lesenswerte Buch ist ein Geschenk an alle, denen die Anerkennung der Widerstandsleistungen der sogenannten kleinen Leute ein besonderes Anliegen ist. ■

Klaus Müller ist pensionierter Schulleiter und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Vom Mut weiterzukämpfen

Das neue Buch von Ernst Klein versammelt verschiedene, eigentlich sehr bedrückende Geschichten über Flucht und Vertreibung, die aber dennoch Hoffnung machen und eine wertvolle Orientierung für Gegenwart sowie Zukunft bieten können. Über zwanzig Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erzählen in diesem Buch ihre mutmachenden Lebensgeschichten: Grundlage für die Berichte sind die vielen Begegnungen des Herausgebers mit Menschen, die während der NS-Herrschaft aus Deutschland fliehen mussten, und mit Menschen, die wegen der Verfolgung in ihren Heimatländern in Deutschland ein neues Zuhause fanden. Mit diesem Buch möchte Ernst Klein „als Zeuge der Zeitzeugen" inspirierende Mutmach-Geschichten vor allem an junge Menschen weitergeben – in der Hoffnung, dass sie sich durch die Lektüre auf ihre eigenen Stärken besinnen und aktiv für Toleranz und Achtung der Menschenwürde sowie gegen jede Form der Gewalt, Rassismus und Antisemitismus einsetzen. ■

Ernst Klein (Hrsg.):
Eine Hummel auf dem Mond – Lebensgeschichten, die mutig und stark machen
n.a., 2023 • Paperbag • 147 Seiten
ISBN 978-3-9825484-0-1 • 12,50 €
Das Buch ist direkt bestellbar über den Autor. Infos: www.ernstklein-volkmarsen.de

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

Iris Gleicke, Stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Staatssekretärin a. D., ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Christine Lieberknecht, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

Cem Özdemir, MdB, Stellvertretender Vorsitzender, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Linda Teuteberg, MdB, Stellvertretende Vorsitzende

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dietmar Nietan, MdB, Mitglied im Geschichtsforum der SPD

Eva Schmierer, Schatzmeisterin, Leiterin der Zentralabteilung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Zeithistoriker

Tilo Braune, Staatssekretär a.D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Norbert Haase, Historiker, Referent für Kultur im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, ehemaliger Geschäftsführer eines Bauelemente-Fachbetriebes

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Omar Kuntich, Vorstandsvorsitzender Bündnis Malikitische Gemeinde Deutschland e. V.

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Michelle Müntefering, MdB, Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt a. D.

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker

Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Lala Süsskind, Jehi `Or (Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus)

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, 2015–2020, Historiker

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993–2000, Bundesminister a. D.

Die neue Publikation von **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,** Handlungsempfehlungen für Praktikerinnen und Praktiker in der politischen Bildungsarbeit.

Eine Orientierungshilfe und Ideensammlung für die Erarbeitung zielgerichteter Angebote für Menschen aus den unterschiedlichsten Wertemilieus.

Diese Publikation kann kostenfrei in der Berliner Geschäftsstelle bestellt oder als PDF geladen werden unter: www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/

In Kooperation mit:

Bündnis Marokkanische Gemeinde Landesverband NRW e.V.
إتحاد المساجد و الجمعيات المغربية في شمال الراين و وستفاليا

Gefördert durch die bpb: Bundeszentrale für politische Bildung